



Plenarprotokoll

40. Sitzung

Donnerstag, 21. November 2013

Jugendmedienschutz und Novellierung des JMStV	3218	Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	3227
		Dr. Kai Dolgner [SPD].....	3227
Große Anfrage der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/780		Beschluss: Tagesordnungspunkt mit der Aussprache erledigt.....	3230
Antwort der Landesregierung Drucksache 18/1114		Gemeinsame Beratung	
Dr. Robert Habeck, Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten.....	3218	a) Keine Spekulation mit Steuergeldern	3230
Sven Krumbeck [PIRATEN].....	3219	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/1283	
Dr. Axel Bernstein [CDU].....	3220, 3228	b) Bericht zur Zinssicherung	3230
Peter Eichstädt [SPD].....	3222, 3229	Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/1307	
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3223		
Oliver Kumbartzky [FDP].....	3224		
Lars Harms [SSW].....	3225		

Monika Heinold, Finanzministerin	3230, 3239	Beschluss: 1. Ablehnung des Geschäftsordnungsantrags auf Rücküberweisung der Petition	
Dr. Heiner Garg [FDP].....	3231	L2122-18/380 „Landesgesetzgebung; Sonn- und Feiertagsgesetz“ an den Petitionsausschuss	
Tobias Koch [CDU].....	3233	2. Kenntnismahme des Berichts Drucksache 18/1260 und Bestätigung der Erledigung der Petitionen.....	3253
Lars Winter [SPD].....	3234		
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3235	Berichts Antrag - Zukunft der Flüchtlingspolitik in Schleswig-Holstein	3253
Torge Schmidt [PIRATEN].....	3237		
Lars Harms [SSW].....	3238	Antrag der Fraktion der FDP	
Beschluss: 1. Berichts Antrag Drucksache 18/1307 mit Berichterstattung der Landesregierung erledigt		Drucksache 18/1282	
2. Überweisung des Antrags Drucksache 18/1283 an den Finanzausschuss.....	3239	Andreas Breitner, Innenminister....	3253
Mehr Zeit für Pflege	3240	Wolfgang Kubicki [FDP].....	3255
Bericht der Landesregierung		Astrid Damerow [CDU].....	3257
Drucksache 18/1213		Serpil Midyatli [SPD].....	3258
Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung.....	3240	Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3260
Birte Pauls [SPD].....	3241, 3248	Angelika Beer [PIRATEN].....	3261
Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	3243	Lars Harms [SSW].....	3263
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3244	Beschluss: Berichts Antrag Drucksache 18/1282 und der Tagesordnungspunkt insgesamt durch die Berichterstattung der Landesregierung erledigt.....	3265
Anita Klahn [FDP].....	3245		
Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	3246	Herausforderungen der Sparkassen	3265
Flemming Meyer [SSW].....	3247		
Tobias Koch [CDU].....	3249, 3250	Bericht der Landesregierung	
Beschluss: Überweisung an den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung.....	3250	Drucksache 18/1215	
Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses in der Zeit vom 1. Juli 2013 bis 30. September 2013	3250	Andreas Breitner, Innenminister....	3265
Bericht des Petitionsausschusses		Wolfgang Kubicki [FDP].....	3266
Drucksache 18/1260		Tobias Koch [CDU].....	3268
Uli König [PIRATEN].....	3250	Thomas Rother [SPD].....	3269
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN], zur Geschäftsordnung.....	3251, 3252	Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3270
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], zur Geschäftsordnung.....	3251	Torge Schmidt [PIRATEN].....	3272
Jürgen Weber [SPD], zur Geschäftsordnung.....	3252	Lars Harms [SSW].....	3273
Peter Eichstädt [SPD], zur Geschäftsordnung.....	3252	Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss und den Finanzausschuss.....	3274
		Vorratsdatenspeicherung stoppen!	3274

Antrag der Fraktionen von SPD,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRA-
TEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1285 (neu)

* * * *

Torge Schmidt [PIRATEN].....	3274
Dr. Axel Bernstein [CDU].....	3275
Dr. Kai Dolgner [SPD].....	3277
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3280
Wolfgang Kubicki [FDP].....	3281, 3287
Lars Harms [SSW].....	3283
Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	3284
Uli König [PIRATEN].....	3285
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	3286
Andreas Breitner, Innenminister....	3289

Beschluss: Annahme in geänderter
Fassung..... 3289

**Initiative für eine wachstumsorien-
tierte Mittelstandspolitik**..... 3289

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1309

**Mittelstandspolitik durch qualitati-
ves Wachstum und gute Rahmen-
bedingungen**..... 3289

Änderungsantrag der Fraktionen von
SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1328

Johannes Callsen [CDU].....	3289
Olaf Schulze [SPD].....	3290
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3292
Oliver Kumbartzky [FDP].....	3293
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	3295
Flemming Meyer [SSW].....	3296
Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	3297
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], zur Ge- schäftsordnung.....	3299

Beschluss: 1. Annahme des für
selbstständig erklärten Ände-
rungsantrags Drucksache 18/1329
2. Ablehnung des Antrags
Drucksache 18/1309..... 3300

Regierungsbank:

Torsten Albig, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewen-
de, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kul-
tur und Europa und Zweite Stellvertreterin des
Ministerpräsidenten

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung
und Wissenschaft

Andreas Breitner, Innenminister

Monika Heinold, Finanzministerin

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Ar-
beit, Verkehr und Technologie

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesund-
heit, Familie und Gleichstellung

* * * *

Beginn: 10:04 Uhr

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die Sitzung und begrüße Sie sehr herzlich an diesem sonnigen Donnerstagvormittag. Zunächst gebe ich Ihnen bekannt, dass die Kollegen Wolfgang Baasch, Kirsten Eickhoff-Weber und Sandra Redmann erkrankt sind. - Wir wünschen ihnen gemeinsam von dieser Stelle aus gute Besserung!

(Beifall)

Beurlaubt sind ab 10 Uhr der Kollege Dr. Stegner sowie die Kollegen Dr. Andreas Tietze und Christopher Vogt. Von der Landesregierung sind wegen auswärtiger Verpflichtungen beurlaubt Herr Ministerpräsident Albig, Frau Ministerin Spoorendonk sowie Frau Ministerin Wende ab 13 Uhr.

Ich weise darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt 52, Mehr Zeit für Pflege, heute Vormittag nach den gesetzten Tagesordnungspunkten aufgerufen wird. Tagesordnungspunkt 54, Herausforderungen der Sparkassen, wird heute Nachmittag nach dem gesetzten Tagesordnungspunkt aufgerufen. Weiter weise ich darauf hin, dass die Fraktionsvorsitzenden für die heutige Vormittagssitzung ab 11 Uhr beurlaubt sind, da sie im Auftrag des Landtags einen Termin wahrnehmen.

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler der Regionalschule Comenius aus Quickborn sowie Jugendliche des Jugendaufbauwerks Koppelsberg. - Herzlich willkommen im Kieler Landeshaus!

(Beifall)

Wir beginnen mit einem Thema, das für junge Menschen vielleicht besonders interessant ist.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

Jugendmedienschutz und Novellierung des JMStV

Große Anfrage der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/780

Antwort der Landesregierung
Drucksache 18/1114

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. In Vertretung des Herrn Ministerpräsidenten erteile ich zur Beantwortung der Großen Anfrage dem Minister für Energiewende,

Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Herrn Dr. Robert Habeck, das Wort.

Dr. Robert Habeck, Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! - Guten Morgen! Ich halte die Rede in Vertretung für den Ministerpräsidenten. Sie lautet wie folgt: Ende 2010 scheiterte die umfassende **Novellierung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags**. Seither gilt der Staatsvertrag in der Fassung von 2003 unverändert fort. Ziel des Staatsvertrags ist es, Kinder und Jugendliche davor zu schützen, im Fernsehen oder auch im Internet auf Dinge zu stoßen, die sie verstören, erschrecken oder ihre Entwicklung beeinträchtigen. Diesen verfassungsrechtlichen Auftrag wird keiner von uns infrage stellen wollen.

Bei den traditionellen Medien **Hörfunk und Fernsehen** gelingt der Jugendmedienschutz schon gut. Aber wie schaffen wir es, das zehn Jahre alte Jugendmedienschutzrecht auch beim Internet an den heutigen Stand der Technik anzupassen, ohne dass die Freiheit im Netz eingeschränkt wird?

Genau das möchte die Fraktion der PIRATEN mit ihrer Großen Anfrage von der Landesregierung wissen. Entsprechende Anfragen hat es übrigens auch von den drei anderen Landesparlamenten gegeben, in denen die PIRATEN vertreten sind. Deshalb ist bei der Beantwortung mit diesen Ländern informell zusammengearbeitet worden. Die Fragen der PIRATEN zielen auf den Stand der aktuellen **Überlegungen der Rundfunkkommission der Länder**, wie der Jugendmedienschutz künftig weiterentwickelt werden soll. Dabei hat der Zeitpunkt der Anfrage sicherlich auch damit zu tun, dass die Länder nach dem Scheitern der Novellierung 2010 angekündigt hatten, im Herbst dieses Jahres neue Vorschläge zur Diskussion vorzulegen. Erklärtes Ziel ist dabei die Entwicklung von unbürokratischen und praktikablen Regelungen für die Verbesserung des Jugendmedienschutzes.

Ich kann Ihnen heute sagen: Die Rundfunkkommission benötigt mehr Zeit. Es besteht Einigkeit zwischen den Ländern, dass in dieser so schwierigen Frage Gründlichkeit vor Schnelligkeit gehen muss. Deshalb wird die Rundfunkkommission im kommenden Monat noch keinen Entwurf für einen neuen Staatsvertrag präsentieren. Diese Entscheidung finde ich richtig. Wir werden uns beim Jugendmedienschutz nicht unter Zeitdruck setzen lassen. Dazu besteht auch kein Grund.

(Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten Dr. Robert Habeck)

Das **bestehende Recht**, das in der Antwort auf die Große Anfrage umfassend dargestellt wird, ist weit mehr als nur ein Notbehelf und bietet im europäischen Vergleich schon jetzt ein **hohes Schutzniveau**. Außerdem werden flankierend die Projekte und Maßnahmen zur Förderung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen sowie von Eltern und Lehrkräften immer besser angenommen. Hier sind in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte gemacht worden, insbesondere an den Schulen. Die Resonanz auf den Medienkompetenztag Schleswig-Holstein in der letzten Woche ist hierfür ein guter Beleg.

Die große Frage ist nun, wie der Jugendmedienschutz im **Internet** noch wirksamer gewährleistet werden kann. Regelungen, die für Hörfunk und Fernsehen gelten, können nicht ohne Weiteres eins zu eins auf das Internet übertragen werden. Grundsätzlich sollte gelten: So, wie der Staat den Zugang zu jugendgefährdendem Material in der analogen Welt ganz selbstverständlich zu unterbinden versucht, so muss er diesen Anspruch auch in der digitalen Welt erheben. Der Weg dorthin ist aber ungleich schwieriger. Der Jugendmedienschutz darf kein Einfallstor für Einschränkungen der Internetfreiheit sein. Wie es sich zum Beispiel der englische Premierminister David Cameron vorstellt, der schon in Kürze in Großbritannien Internetprovider zu aktiven Internetsperren zu Jugendschutzzwecken verpflichten will, kann es nach meiner Einschätzung und der anderer Experten nicht funktionieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Es muss und wird einen Weg geben, den **Schutz von Kindern und Jugendlichen** und die **Freiheit des Internets** miteinander zu vereinbaren. Dies erfordert guten Willen bei allen Beteiligten. Genau dafür werden wir uns bei den anstehenden Gesprächen zur Novellierung des Jugendmedienschutzstaatsvertrags einsetzen. Selbstverständlich werden wir das Parlament und die betroffenen Kreise hierbei umfassend beteiligen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Minister. - Für die Fraktion der PIRATEN erteile ich dem Herrn Kollegen Sven Krumbeck das Wort.

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute die Gelegenheit, die **Große Anfrage** der PIRATEN zum **JMStV** zu diskutieren. Die Antworten der Landesregierung zeugen leider vor allem von Inspirationslosigkeit. Das ist nicht nur langweilig, das ist in diesem Fall wirklich gefährlich und fahrlässig. Man hat sich überhaupt nicht die Mühe gemacht, über das **Medium Internet** nachzudenken. Obwohl die Landesregierung selbst in einem sogenannten sozialen Netzwerk aktiv ist, will sie offenbar weiterhin starre Modelle aus einer Zeit, in der das Farbfernsehen fortschrittlich war, auf das Internet übertragen.

Das Internet ist ein sozialer Raum, in dem in alle Richtungen kommuniziert wird, in dem jeder an der Kommunikation teilnehmen kann, nicht nur als Rezipient, wie es das Modell zum JMStV aktuell vorsieht, sondern auch als Sender. Ankommen ist dieser entscheidende Unterschied offenbar noch nicht. Oder wird er bewusst ignoriert?

Ich zitiere hier gern meinen Kollegen Christopher Lauer: Sie gucken Internet, sie nutzen es nicht.

(Beifall PIRATEN)

Weil das Internet zu groß, zu wenig übersichtlich oder gar zu rechtsfrei war, hat man es einfach in die bekannten Medien gepackt. Man hat die alten Experten zu Rate gezogen, hat sich an den Sendezeiten orientiert, die im Internet praktisch nicht vorhanden sind. Die, von dem das **Internet** als **sozialer Raum** lebt, nämlich all die kleinen Sender, die Menschen, die über das Internet und eben nicht nur per Mail kommunizieren, werden über bürokratische Regelungen, die natürlich bußgeldbewehrt sind, ausgeschaltet, werden reglementiert und an ihrer Teilnahme am sozialen Leben im Netz behindert. Sie werden zu Zuschauern zweiter Klasse degradiert; nicht einmal das Programm werden sie in Zukunft frei auswählen können.

Machen wir uns doch nichts vor. Wenn sich in ein paar Jahren herausstellt, dass die Väter in Schulen und zu Hause umgangen werden können, werden einfach schnell Provider vorgeschaltet. Ob sich Schleswig-Holstein dem entgegenstellen wird?

Ich zitiere aus Ihrem Koalitionsvertrag:

„Die Sperrung von Inhalten im Internet lehnen wir ab.“

Ich hoffe darauf, dass Sie sich auch daran erinnern werden. Noch mehr wünsche ich mir allerdings,

(Sven Krumbeck)

dass Sie bereits jetzt den Weg in diese Richtung beschreiten.

(Beifall PIRATEN - Zuruf)

- Das will doch keiner! Es will doch auch keiner an die Mautdaten. Auf bloße politische Versprechungen - das ist nicht persönlich gemeint - kann ich bei solch sensitiven Bereichen nicht vertrauen.

(Beifall PIRATEN)

Experten will die Landesregierung möglicherweise auch erst nach dem Vorlegen eines Entwurfs anhören, also dann, wenn Konzept und Struktur bereits feststehen. Man hat also nichts aus dem Widerstand im Jahr 2010 gelernt, der zur Ablehnung geführt hatte.

(Beifall PIRATEN)

Noch ein Wort zur **Medienkompetenz**. Diese zu fördern - darin sind wir uns alle einig - ist wichtiger denn je. Ganz aktuell titeln die „Lübecker Nachrichten“ am 17. November 2013 von der „Fachkonferenz in den media docks“: Schulen fühlen sich vom Land alleine gelassen, und Schülerinnen und Schüler beklagen die mangelnde Medienkompetenz der Lehrer.

Wir haben also die Situation, dass die **Jugendlichen** meist mehr wissen als die Erwachsenen, wenn es um **Internetfragen** oder -probleme geht. Dann wird es schon schwer, diese schutzbedürftige Adressatengruppe nachhaltig zu schützen.

Die Förderung der Medienkompetenz außer Acht zu lassen und zugleich an disfunktionalen Strukturen festzuhalten - hier sehe ich nicht, wie wir so als Gesellschaft die Chancen der neuen Medien ergreifen können. Deswegen kann ich für das Internet und für uns alle nur hoffen, dass Sie, bevor Sie sich das nächste Mal an eine Änderung eines deutschen Staatsvertrags wagen, den echten Dialog suchen mit denen, die Sie eigentlich glauben schützen zu müssen.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Bevor wir fortfahren, begrüße ich noch einen Gast auf der Tribüne. Es ist der Landrat des Kreises Ostholstein und ehemalige Landtagsabgeordnete Reinhard Sager. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Für die CDU-Fraktion hat nun der Kollege Dr. Axel Bernstein das Wort.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein herzlicher Dank gilt zunächst der Fraktion der PIRATEN für diese Große Anfrage. Denn auch wenn es sich dabei um einen parteipolitischen Kettenbrief handelt, der ja nicht nur bei uns angekommen ist, sondern auch in Berlin, im Saarland und in NRW, steht das Thema als solches durchaus auf der Agenda und ist von Bedeutung. Es ist schon darauf hingewiesen worden, dass dieses Thema auch seine ganz eigene Vorgeschichte hat.

Uns allen war schon im Jahre 2010 klar, dass die Regelungen, die ein **Jugendmedienschutz-Staatsvertrag** treffen kann, nur einen kleinen Beitrag zu dem leisten können, was insgesamt erforderlich ist, um Kinder und Jugendliche im Internetzeitalter vor ungeeigneten Inhalten zu schützen, sie gleichzeitig aber auch darauf vorzubereiten, später mit eben diesen Inhalten verantwortungsvoll umzugehen.

Wer heute noch einmal das Plenarprotokoll der damaligen Debatte liest, die wir hier vor ziemlich genau drei Jahren geführt haben, der kann dies aus eigentlich allen Beiträgen herauslesen. Wir waren damals alle zusammen auch gar nicht so böse, dass es uns die Kollegen in Düsseldorf abgenommen haben, Nein zu sagen, weshalb der Entwurf damals in Nordrhein-Westfalen steckengeblieben ist.

Bei allen Schwächen, die der damalige Entwurf für einen Jugendmedienschutz-Staatsvertrag hatte, stellt sich natürlich die Frage, ob es denn nötig war, drei Jahre lang praktisch gar nichts zu tun und bis zum heutigen Zeitpunkt ohne echte **Fortentwicklung** in der Debatte dazustehen. Deshalb möchte ich die Gelegenheit nutzen, an fünf Punkten deutlich zu machen, welche Position die CDU vertritt. Ich glaube, das ist auch eine Grundlage, auf der man in den Gesprächen und Verhandlungen vorangehen kann.

Erstens. Um die Rechtssicherheit gerade von **Bloggern** und **Anbietern von Web-2.0-Inhalten** durch den Jugendmedienschutz-Staatsvertrag nicht über Gebühr einzuschränken und zu reduzieren, machen wir den Vorschlag, für solche Angebote eine eigene **Kennzeichnung** analog zu den FSK-Kennzeichnungen, beispielsweise für 6, 12, 16 oder 18 Jahre, einzuführen, die aber gerade eben keine Alterskennzeichnung ist, sondern die eine Kategoriekennzeichnung Blog oder Web-2.0 darstellt und es den Eltern ermöglicht, im Rahmen von Jugendschutzprogrammen diesen ganzen Bereich zuzuschalten oder abzuschalten.

(Beifall CDU)

(Dr. Axel Bernstein)

Ich glaube, das ist auch von Interesse. Denn wann habe ich Gelegenheit, mit meinem Kind gemeinsam im Netz unterwegs zu sein? Und wann möchte ich vielleicht restriktiver vorgehen?

Zweitens. Wir sind inzwischen der Auffassung, dass **Sperrverfügungen** kein geeignetes Mittel sind. Die Versuche, die man in dem Bereich bisher gemacht hat, haben gezeigt, dass sie nicht wirkungsvoll sind. Damit sind sie ein ungerechtfertigter Eingriff in die Meinungsfreiheit.

(Beifall PIRATEN)

Drittens. Wir sind ferner der Auffassung, dass **Jugendschutzprogramme** auf allen gängigen Betriebssystemen und mobilen Endgeräten verfügbar sein müssen. Diese Programme sollten Warnhinweise enthalten, dass sie eben keinesfalls einen 100-prozentigen Schutz gewährleisten können.

Man muss sich vor Augen führen und bewusst machen, dass das Internet den Jugendschutz auch vor neue Herausforderungen, wie Mobbing, „Grooming“, Sucht, Abzocke oder radikale Inhalte stellt. Hier ist ein Rundfunkstaatsvertrag als solcher sicherlich überfordert. Man darf auch nicht den Eindruck erwecken, dass man mit diesem Instrument alle Probleme lösen könnte.

Viertens. Bei Projekten, bei denen es um die Vermittlung von **Medienkompetenz** geht, muss ganz sicher der Anteil der Eltern stärker als bislang in den Fokus gerückt werden. Und hier braucht sich Schleswig-Holstein im Vergleich zu anderen Ländern auch gar nicht zu verstecken.

Fünftens. **Technischer Jugendschutz** hat seine Grenzen. Wenn man das akzeptiert und definiert, welche Maßnahmen angesichts der internationalen Bereitstellung von Telemedien einen realistischen Schutz vor beeinträchtigenden Inhalten bieten können, dann sollte eine Novellierung, wenn denn ein Wille vorhanden ist, kein Ding der Unmöglichkeit sein.

Bei all dem ist immer zu bedenken: **Jugendschutz** ist zunächst **Aufgabe der Eltern**. Diesen fällt auch die Aufgabe zu, für eine altersgemäße Nutzung des Internets durch ihre Kinder Sorge zu tragen.

Inzwischen sind immerhin zwei **Jugendschutzprogramme** am Start. Ein wesentliches Tool zur Umsetzung des Gedankens des Staatsvertragsentwurfs liegt damit vor. Der Vertrag hängt aber immer noch im föderalen Verhandlungsdickicht. Und es steht zu befürchten, dass er da auch noch eine ganze Weile bleiben wird, nicht zuletzt deshalb, weil die schleswig-holsteinische Landesregierung aus lauter Sorge

vor einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit den PIRATEN auf der Bremse steht.

(Beifall PIRATEN)

Aus der, vorsichtig formuliert, in Teilen etwas bocklosen Beantwortung vieler Fragen spricht für mich eine Zögerlichkeit, die ein bisschen nach dem Motto geht: „Wenn ich nichts mache, mache ich auch nichts falsch.“

Nur mal zur Erinnerung, an welchen Maßstäben man sich denn messen lassen muss: Im Koalitionsvertrag, Zeile 2.472 ff. heißt es:

„Wir wollen Medienkompetenz stärken“

- prima, da macht die Landesregierung alles weiter, was es schon gab -:

„und uns unter anderem unter Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen für eine **transparente Novellierung** des gescheiterten Jugendmedienschutz-Staatsvertrages einsetzen.“

Fazit bislang: keine Initiativen in der Rundfunkkommission, keine Initiative für Transparenz, keine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und noch nicht einmal eine inhaltliche Idee, wo es denn hingehen soll.

In der Beantwortung der Großen Anfrage heißt es:

„Eine Überabreitung des JMStV sollte aus Sicht der Landesregierung den im Zusammenhang mit dem 14. Rundfunkänderungsstaatsvertrag vorgetragenen Kritikpunkten Rechnung tragen und Bedenken möglichst ausräumen.“

Prima. Nur leider bleibt es das große Geheimnis der Staatskanzlei, wie man das denn machen will.

Die kernige Aussage auf meine Kleine Anfrage in der Drucksache 18/1276, in der ich nach Zielen der Landesregierung und dem weiteren Ablauf der Beratungen gefragt habe, heißt es:

„Zurzeit finden Beratungen auf politischer Ebene noch nicht wieder statt. Frühestens in der Sitzung der Rundfunkkommission der Länder am 11. Dezember 2013 wird der JMStV voraussichtlich Gegenstand der Tagesordnung sein. Es ist möglich, dass die Länder dann eine erste Diskussion zum weiteren zeitlichen und inhaltlichen Vorgehen führen.“

Lieber Herr Kollege Habeck, ich weiß nicht, ob Sie mit dem Ministerpräsidenten in den kommenden

(Dr. Axel Bernstein)

Tagen noch telefonieren. Falls ja, bitten Sie ihn doch, sich aus China eine Winkekatze mitzubringen, die ihn ab und zu einmal an das Thema erinnert.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Kollege Peter Eichstädt.

Peter Eichstädt [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich überlege gerade, womit ich anfangen. Ich finde es ein bisschen schwierig, Herr Bernstein, dass gerade Sie sich damit beschäftigen, wie die Landesregierung mit diesem Vertrag umgehen sollte, und dass Sie das jetzt vorgestellte Vorgehen kritisieren; denn vor drei Jahren - darauf bezogen Sie sich ja auch - wollten Sie dem Vertragsentwurf, den Ihr eigener Ministerpräsident unterschrieben hatte, hier nicht mehr zustimmen. Dies halte ich im Prinzip für richtig. Aber ich finde, etwas mehr Demut wäre da angezeigt; denn Sie wissen doch sehr genau um die Schwierigkeit dieses Themas.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Meine Damen und Herren, Sinn und Zweck von **Jugendmedienschutz** ist es - das ist schon ausführlich dargelegt worden -, Kinder und auch Jugendliche vor Inhalten zu schützen, die sie aufgrund ihres Alters und ihrer Entwicklung noch nicht verarbeiten und die sie in ihrer Entwicklung beeinträchtigen können. Was das für Inhalte sein könnten, dazu fällt sicher jedem von uns eine ganze Menge ein. Regeln zu finden, um Kinder und Jugendliche altersgemäß zu schützen, gelingt vielleicht gerade noch in Ansätzen im Hörfunk oder im Fernsehen. Schon bei Printmedien wird das schwieriger.

Richtig kompliziert wird dies bei dem Versuch, einen **Jugendmedienschutz-Staatsvertrag** auf die **Besonderheiten des Internets** hin zu formulieren. Deshalb haben - ich habe es gerade erwähnt - viele Kolleginnen und Kollegen hier im Landtag aufgeatmet, als dieser Staatsvertrag im Dezember 2010 in Nordrhein-Westfalen gescheitert ist. Hier wäre er auch gescheitert; das erinnern einige noch. Damit war die Chance gegeben, erneut über die Frage nachzudenken, wie wir für Kinder und Jugendliche den Umgang mit dem Internet wirksam schützend gestalten können.

Nach meiner Auffassung war die Kritik damals berechtigt. Die gewählten Mittel, nämlich Kinder und

Jugendliche durch Sperren vor Inhalten im Internet zu schützen, waren und sind untauglich. **Kennzeichnungen und Sperrungen** sind Maßnahmen, die insbesondere zwei Folgen haben würden.

Zum einen werden Eltern Sicherheiten suggeriert, die diese Schutzmaßnahmen einfach nicht gewährleisten können. Alterskennzeichnungen funktionieren lange nicht auf allen Geräten, vor allem meist nur eingeschränkt auf den bei Jugendlichen zunehmend beliebter werdenden Smartphones und ähnlichen Geräten. Sie können außerdem technisch über Proxys umgangen werden. Zudem ist das Internet ein globales Medium mit globalen Inhaltsanbietern und auch globalen Nutzern. Und: Alle Kommunikation, die in Echtzeit erfolgt, kann von solchen Programmen nicht erfasst werden. Das betrifft vor allem das Internet. Von Blogs und von Web 2.0 will ich hier gar nicht detailliert reden. Diese Probleme liegen auf der Hand. Das von Herrn Bernstein eben vorgeschlagene **Kennzeichnen von Blogs**, glaube ich, ist auch nicht sehr zielführend. Aber das kann man an anderer Stelle noch einmal diskutieren.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe nicht einmal eine Vorstellung davon, wie das funktionieren soll und welche Informationen damit verbunden sein sollen. Wenn man weiß, dass man in einem Blog ist, weiß man damit nämlich noch lange nicht, was in dem Blog passiert. Nebenbei gesagt, das würde für Facebook als einem wesentlichen Bestandteil von Web 2.0 genauso gelten.

Zum anderen bedeuten solche Maßnahmen gravierende **Eingriffe in die Unabhängigkeit des Internets**, da jede Kennzeichnung und Sperre natürlich auch potenziell geeignet ist, eine Zensur zu betreiben. Auch dieser Aspekt wäre eine eigene Rede in diesem Hause wert.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Die Fragen, die sich heute stellen, sind: Hat sich technisch seit Dezember 2010 etwas geändert? Wie kann ein wirksamer Jugendmedienschutz gewährleistet werden, der gleichzeitig die grundsätzliche Freiheit des Internets, die dieses Medium so revolutionär und einzigartig macht, auch weiterhin gewährleistet? Das heißt: keine Sperren, keine fragwürdigen Klassifizierungen.

Wirklichen Jugendmedienschutz können wir nicht durch **technische Maßnahmen** erreichen, sondern nur, wenn wir Kindern und Jugendlichen die Mechanismen des Internets deutlich machen, wenn wir sie befähigen, Inhalte für sich zu bewerten und zu

(Peter Eichstädt)

gewichten, Wahres von Unwahrem zu unterscheiden, ihre Kritikfähigkeit schärfen. Das bedeutet: Wirksamer Jugendmedienschutz ist nur mit der offensiven Vermittlung von **Medienkompetenz** zu erreichen.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Ich habe deshalb schon vor Jahren darauf gedrungen, dass die Medienkompetenz auch in den Schulen in bestimmten Jahrgängen ein eigenes Fach wird. Ich weiß, dass die Schulpolitiker meiner Fraktion jetzt zusammenzucken. Aber wenn das nicht durchsetzbar ist, sollte zumindest eine stärkere Verankerung in den Lehrplänen und in der Lehrerausbildung erfolgen.

Meine Damen und Herren, das **Internet** ist schon heute **kein rechtsfreier Raum**. Das dürfen wir nicht vergessen. Wir haben einen Jugendmedienschutz-Staatsvertrag. Wir haben Gesetze, die natürlich genauso im Internet gelten und die auch durchgesetzt werden. Niemand wird sich guten und wirksamen Ideen in den Weg stellen, wenn es darum geht, wie Jugendliche und vor allen Dingen Kinder vor schädlichen Inhalten im Internet geschützt werden können. Klassifizierungen von Seiten, von Blogs und Web 2.0, verbunden mit Alterssperrern oder Zeitsperrern, zählen nach meiner Überzeugung nicht dazu.

(Vereinzelter Beifall SPD und PIRATEN)

Natürlich kann man den Jugendmedienschutz-Staatsvertrag novellieren. Dies sollte aber nur geschehen, wenn wirklich eine Perspektive da ist, wie man die damit verbundenen Ziele sinnvoll und wirksam erreichen kann. Diese sehe ich zum jetzigen Zeitpunkt nicht. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Kollegen Rasmus Andresen das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der aktuelle **Jugendmedienschutz-Staatsvertrag** wird den Herausforderungen nicht gerecht; das ist bereits gesagt worden. Aller-

dings zeigte sich bei Versuchen zur **Novellierung** in der Vergangenheit auch politische Ohnmacht.

Ziel muss es sein, Kinder und Jugendliche bei ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu unterstützen. Sicherlich muss die Frage nach sogenannten schädlichen Inhalten für junge Menschen auch mit den Betroffenen stärker diskutiert werden. Es sollte also nicht so sein wie hier, wo Ältere - meine Person inklusive - darüber reden und die jungen Leute auf der Besuchertribüne zuhören. Ich glaube aber, dass dieser **Schutzcharakter gegenüber Kindern und Jugendlichen** etwas aus der Zeit gefallen ist. Natürlich müssen Gefährdungen für Kinder und Jugendliche bewertet werden, und daraus müssen auch Konsequenzen gezogen werden. Aber Medienschutz lässt sich nicht gut über Verbote definieren. Es dürfen aus meiner Sicht keine Strukturen geschaffen werden, die eine Zensur oder Gängelung der Internetkultur ermöglichen. Auch digital muss sich des Dilemmas zwischen Sicherheit und Freiheit kreativ und progressiv angenommen werden.

Erneut wird die Verantwortung zwischen den Akteurinnen und Akteuren hin und her geschoben. Das Problem bei den Anbieterinnen und Anbietern lösen zu wollen, scheitert an der Realität. Das Prinzip der regulierten Selbstregulierung wäre höchstens innerhalb deutscher Grenzen wirksam. Es werden aber nur wenige von Jugendlichen genutzte Inhalte in Deutschland verwaltet. Sinnvoller ist es daher, die **Medienkompetenz** zu fördern, statt - wie es die Große Koalition heute vorgeschlagen hat; man kann es der Presse entnehmen - Schüler komplett mit Smartphones oder anderen Endgeräten auszustatten. Es ist sicherlich ein populärer Vorschlag, der da diskutiert wird. Aber ich glaube, dass es da auch um andere Ansätze geht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt PIRATEN)

Es geht darum, die Medienkompetenz dauerhaft und strukturiert zu fördern und nicht punktuell an bestimmten Tagen oder mit wohlklingenden Veranstaltungen.

Dazu liefert die Antwort auf die Große Anfrage ein paar Ansätze, auch wenn die Anfrage sicherlich nicht besonders ausführlich beantwortet wurde. Da gebe ich dem Kollegen Bernstein recht. Nichtsdestotrotz steht da beispielsweise drin, dass an der Uni Flensburg eine Professur zu diesem Thema entsteht. Das ist ein Ansatz, den wir als grüne Fraktion auf jeden Fall unterstützen.

Eine ausgeprägte und ständig vermittelte Medienkompetenz, beispielsweise durch Schulen, wirkt

(Rasmus Andresen)

auch dann, wenn die Server der Anbieterinnen und Anbieter in Südamerika oder in den USA stehen. Kinder und Jugendliche müssen auch in der Medienlandschaft fähig sein, sich sicher und selbstbewusst zu behaupten, um vernünftige Entscheidungen treffen zu können. Sie müssen sich der Konsequenzen ihrer Handlungen bewusst werden. Da hilft kein Pop-up, auf dem die Frage, ob man denn 18 sei, mit einem Klick auf „Ja“ beantwortet werden kann.

Ferner müssen auch Grundlagen des Datenschutzes, insbesondere des Schutzes der eigenen Daten, und die Sensibilisierung für dieses Thema bereits in der Schule gelegt werden. Auch dafür gibt es Ansätze, beispielsweise über den Offenen Kanal oder auch von unserem Landesdatenschutzbeauftragten.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung oder Zwischenfrage des Herrn Kollegen Dr. Stegner?

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich ahne, zu welchem Thema - ja.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Andresen, zur Medienkompetenz, über die wir hier reden, gehört es auch, gelegentlich zur Kenntnis zu nehmen, dass nicht jede Meldung, die in der Zeitung steht, stimmt.

- Das ist ein interessanter Hinweis von Ihnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Deshalb haben Sie mir bestimmt ganz genau zugehört und auch gehört, dass ich gesagt habe, dass das ein diskutierter Vorschlag ist, den zumindest wir als grüne Fraktion nicht als zentral in der Frage der Vermittlung von Medienkompetenz betrachten. Irgendjemand wird es in den Raum geworfen haben, sonst würde es auch nicht in der Zeitung auftauchen.

Dieses Thema muss nicht nur bei **Schülerinnen und Schülern** oder jungen Leuten stärker verankert werden, sondern auch **Eltern und Lehrkräfte** haben in dieser Hinsicht sicherlich noch nicht ausgelernt. Nur mit dem Wissen, was möglich ist, können verantwortungsbewusste Entscheidungen getroffen werden, denn die fortschreitende Digitalisierung der Kinder- und Jugendzimmer ist und darf nicht aufgehalten werden.

Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der PIRATEN zeigt durchaus den Willen zu einer Förderung der Medienkompetenz. Ich habe gerade zwei Beispiele genannt. Im Verlauf des Prozesses muss jedoch mit allen relevanten Akteuren eng zusammengearbeitet werden. Es ist auch von dem Kollegen Krumbeck angesprochen worden - ich will es auch ausdrücklich sagen -, dass das auch vorher der Fall sein muss, nicht erst dann, wenn ein Vertrag fertig vorgelegt wird. Das ist klar.

Eine **Novellierung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages** wird viel Kompromissbereitschaft von allen Seiten abverlangen. Wir müssen auch die Aufgabe ernst nehmen und sinnvolle Maßnahmen zum Schutz der Kinder und Jugendlichen ergreifen.

Wie sich so etwas entwickeln kann, zeigt beispielsweise auch der Bildungsausschuss, in dem die Kollegin Erdmann zusammen mit Ihnen, Herr Krumbeck, eine Veranstaltung zu diesem Thema organisiert hat. Das sind meiner Meinung nach gute Ansätze. Es steht uns als Parlament gut zu Gesicht, in dem Bereich weiter aktiv zu sein. Ich glaube nämlich, dass so etwas viel mehr bringt als irgendein Staatsvertrag. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat der Kollege Oliver Kumbartzky von der FDP-Fraktion.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Genauso ist es, Herr Stegner. Ich rede immer, wenn Herr Dr. Habeck redet. Deswegen habe ich es mir ganz einfach gemacht und mir auch diesen Tagesordnungspunkt gegriffen.

Apropos einfach machen: Die PIRATEN haben es sich einfach gemacht, indem sie einfach auf Anträge von Kollegen aus anderen Landtagsfraktionen zugegriffen haben. Aber gut, doppelt beziehungsweise vierfach hält manchmal besser. Und ich bin geneigt, liebe Freunde von den PIRATEN, Ihnen zu danken, dass Sie dieses wichtige Thema heute in den Landtag gezogen haben. Es ist gut, dass wir darüber sprechen, denn der **Schutz der Kinder und Jugendlichen** hat in Zeiten, in denen der **Umgang mit modernen Medien** auch schon bei der jüngeren Generation alltäglich und als zunehmend selbstverständlich angesehen wird, natürlich eine besondere Bedeutung.

(Oliver Kumbartzky)

Dieser Bedeutung und vor allem den Herausforderungen des digitalen Zeitalters wurde die letzte gescheiterte Novelle des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages bekanntermaßen nicht gerecht. Gemäß der Antwort auf die Große Anfrage der PIRATEN wurde die Rundfunkkommission der Länder von den Regierungschefs im Oktober 2012 damit beauftragt, im Herbst 2013 einen Entwurf für einen Staatsvertrag vorzulegen. Ich war bis heute Morgen, 10:10 Uhr gespannt, ob dieser Entwurf vorliegt. Wir haben gerade gehört, dass er noch nicht vorliegt - leider. Ich denke, wir werden weiter umfassend informiert werden beziehungsweise dann informiert werden, sobald er vorliegt.

Meine Damen und Herren, aus den Antworten auf die Große Anfrage wird ersichtlich, dass die Landesregierung eine **Weiterentwicklung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages** für sinnvoll erachtet und die Kritik an der letzten Novellierung in die Erarbeitung eines neuen Vorschlags einfließen wird. Diesen Umstand begrüßen wir natürlich ausdrücklich.

Wie Sie wissen, meine Damen und Herren, lehnt die FDP einen Nanny-Staat ab, der meint, alles kontrollieren zu müssen.

(Beifall FDP)

- Danke. Wir glauben vielmehr an die Selbstkontrolle und das eigene Interesse eines jeden Seitenbetreibers an einen funktionierenden Jugendschutz.

Auf Anregung der FDP hat Schleswig-Holstein schon bei der letzten Novellierung erklärt, dass die technische Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen nicht dazu führen darf, dass Kontrollpflichten für fremde Inhalte in Foren oder Blogs erweitert werden. Die Antwort der Landesregierung dahin gehend, dass keine neuen Regelungen für **nutzergenerierte Inhalte** erfolgen sollen, erfreut uns daher sehr.

(Beifall FDP und PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor dem Hintergrund des wachsenden Medienangebots im Internet war es für uns stets von großer Bedeutung, dass der Förderung der **Medienkompetenz** eine herausgehobene Bedeutung zukommt. Maßnahmen für einen effektiven Jugendschutz dürfen sich aber nicht nur auf die Jugendlichen beschränken, sondern müssen sich in einem breit gefächerten Angebot der Medienkompetenzförderung wiederfinden. Eltern, aber auch Lehrer bedürfen einer solchen Förderung genauso wie die Jugendlichen selbst. Da schließe ich mich den Worten des Kollegen Andresen an.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Ich erwarte jetzt Beifall von den Grünen.

(Heiterkeit - Beifall Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zum Ende meiner Rede möchte ich noch kurz die Frage 19 der PIRATEN aufgreifen, die da lautet - ich zitiere -:

„Wann werden die Sitzungen der Rundfunkkommission über das Internet zugänglich gemacht - entweder als Livestream oder als Aufzeichnung?“

(Beifall PIRATEN)

Klatschen Sie jetzt, weil ich die Frage richtig vorgelesen habe? - Die Antwort der Landesregierung lautet zutreffend schlicht - auch die lese ich vor -:

„Die Sitzungen der Rundfunkkommission sind nicht öffentlich.“

Ich frage mich wirklich, liebe Kollegen von den PIRATEN, wer gemäß Ihrer permanenten Forderungen nach öffentlichen Ausschusssitzungen, Livestreams von Beiratssitzungen überhaupt noch die Zeit finden soll, sich auch noch die Sitzungen der Rundfunkkommission anzusehen. - Der hat jetzt auch nicht so gezündet.

Meine Damen und Herren, das öffentliche Interesse über den Stand der **Beratung der Kommission** ist ohne Zweifel groß. Deshalb bin ich zuversichtlich, dass die Landesregierung mehr als nur ihren obligatorischen Einsatz aufbringen wird, um tatsächlich eine **Verfahrenstransparenz** zu erwirken. Man darf hoffen, dass die altbewährte Dialogkultur der Landesregierung wieder auflebt und eine Einbindung des Landtags frühzeitig erfolgt. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, der Abgeordnete Patrick Breyer von den PIRATEN würde auch gern mit Ihnen in einen Dialog treten. - Das möchten Sie nicht.

Ich nehme zur Kenntnis, dass Sie sich für einen Dreiminutenbeitrag gemeldet haben.

Ich erteile dem Kollegen Lars Harms vom SSW das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kinder und Jugendliche können im Internet

(Lars Harms)

Informationen recherchieren, sich mit ihren Freunden weltweit unterhalten und Sprachen lernen. Sie können aber auch auf pornografische oder gewaltthaltige Inhalte stoßen, Opfer von Abzockern werden oder sich in Online-Spielen verlieren.

Das **Internet** ist - wen wundert es? - Fluch und Segen. Und wir sollten neben allen Gefahren des Internets nicht dessen unglaubliche **Vielfalt** unterschlagen. Darum warne ich an dieser Stelle auch ausdrücklich vor einer Überregulierung.

Die Notbremse zum Jugendschutz im Rahmen des 14. Rundfunkänderungsstaatsvertrags war richtig, weil die vorgesehenen Regelungen technisch überzogen waren.

Seitdem haben wir aber den äußerst unbefriedigenden Zustand, dass bis zu einem neuen Staatsvertrag die Regelungen aus dem Jahre 2003 weiterhin in Kraft sind. Seitdem hat sich vor allem die mobile Internetnutzung völlig geändert. Doch als **Gesetzgeber** dürfen wir nicht vor dem enormen **technischen Wandel** kapitulieren. Darum ist es ausdrücklich zu begrüßen, dass die Fraktion der PIRATEN eine Regelung für dieses Thema anmahnt.

Allerdings betone ich vorab, dass das **Internet kein rechtsfreier Raum** ist. Alles, was strafbar ist, wird bereits strafrechtlich verfolgt - Beispiel Cybermobbing. Filmen Schüler, wie ein Mitschüler verprügelt wird, und laden das Filmchen über Youtube hoch und machen es auf diese Weise öffentlich, ist das strafbar und kann nach dem Strafgesetzbuch bei Erwachsenen mit bis zu einem Jahr Haft bestraft werden.

Wir reden allerdings nicht über das Strafrecht, sondern über die altersgerechte Nutzung des Internets. Der **Jugendmedienschutz** setzt hierbei von zwei Seiten an: erstens mittels technischer Schutzvorkehrungen, die die Anbieter betreffen, und zweitens über die Verbesserung der Medienkompetenz der Nutzer. Beides muss parallel laufen.

Zur technischen Seite: Tatsächlich laufen und funktionieren derzeit - im Übrigen auch ohne die anstehende Novellierung im Rundfunkstaatsvertrag - bereits **Jugendschutzprogramme** im Netz. Das ist Software, mittels derer die Eltern Internetangebote je nach Altersstufe der Kinder freischalten beziehungsweise ungeeignete Inhalte blockieren können. Das ist sozusagen ein Bereich, in dem man eher über Kinder und weniger über Jugendliche redet. Es geht eher darum, dass Eltern für ihre Kinder, die noch nicht mit der Nutzung des Internets vertraut sind, eine Hilfestellung leisten. Wenn es um Ju-

gendschutz geht, dann ist die **Medienkompetenz** sicherlich das bessere Mittel.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu diesen Schutzprogrammen hat Jugendschutz.net, die zuständige Internetplattform der Bundesregierung, festgestellt, dass diese Filter bei einem Versuch mit 1.200 Internetseiten zu 80 % zuverlässig sind - eine beachtliche Quote, die international ihresgleichen sucht. Das Problem besteht nun darin, dass nur wenige Eltern die entsprechende Software überhaupt kennen und dementsprechend auch nutzen. Bevor wir uns also in einer Perfektionismusdebatte in Sachen Filterleistung verrennen, müssen wir Sorge dafür tragen, dass mehr Eltern die nötigen Informationen überhaupt bekommen und damit den häuslichen PC kindgerecht gestalten können. Und wie gesagt: Ich betone „kindgerecht“, nicht „jugendgerecht“. Jugendliche schützt man anders, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW und PIRATEN)

Damit kommen wir zum zweiten Aufgabenfeld der Medienkompetenz. Schleswig-Holstein steht bezüglich der niedrighschwelligigen Information der Nutzer ausgesprochen gut dar. Das zeigen auch die Antworten auf die Große Anfrage. Kein Kind durchläuft die **Schule**, ohne dass es über den richtigen und angemessenen Umgang mit dem Internet und den neuen Medien seitens der Schule informiert wird.

Darüber hinaus gibt es zahlreiche **außerschulische Angebote**. Eines davon möchte ich herausgreifen. Für Schülerinnen und Schüler der dritten und vierten Klasse ist in den Freizeitheimen der dänischen Minderheit der Internetführerschein eine zwingende Voraussetzung, um die PCs in diesen Einrichtungen nutzen zu können. Bereits die Acht- bis Zehnjährigen lernen auf diese Weise beispielsweise Suchmaschinen kennen, die ihnen altersgerechte Seiten vorschlagen; sie lernen auch den Umgang mit Cybermobbing. Wenn ich von „Acht- bis Zehnjährigen“ spreche, ahnen Sie, wo für uns ungefähr die Grenze liegt, ab der man mit Filterprogrammen nicht mehr weiterkommt, sondern ab der man Erziehung, Aufklärung und Medienkompetenz benötigt.

Viele Grundschüler wissen nämlich mehr über das Internet als wir. Darum sind Veranstaltungen wie der „GameTreff“ im Sommer im Landtag ein tolles Angebot, damit auch wir Politiker einmal lernen, wie Internet beziehungsweise die Internetnutzung in Bezug auf die Jugendlichen überhaupt funktioniert.

(Lars Harms)

Der SSW warnt ausdrücklich davor, die neuen Medien zu verteufeln, auch weil das Verbotene erfahrungsgemäß Kinder und Jugendliche besonders reizt. Die Jugendlichen fühlen sich in der Debatte um einen altersgerechten Umgang mit den neuen Medien sehr oft missverstanden und gegängelt.

Darum ist es gut, dass Schleswig-Holstein in Erweiterung des Kreises der Experten auch die Nutzer anhört und mit ihnen zusammen Lösungen diskutiert. Der SSW begrüßt ausdrücklich, dass nicht nur Fachverbände, Experten und die Landesregierung im „**Netzwerk Medienkompetenz**“ vertreten sind, sondern auch der Offene Kanal, in dem viele Jugendliche ihre ersten Schritte vom Nutzer zum Macher tun, und vor allem der Landesjugendring. Denn nur gemeinsam mit den Jugendlichen kann es gelingen, sinnvolle Regelungen und Programme zu entwickeln, die dem jugendlichen Nutzerverhalten entsprechen. Ich glaube, das ist der Kern der Sache.

Wenn es um Jugendmedienschutz und darum geht, etwas Altersgerechtes herzustellen, ist es klug, mit den Jugendlichen und auch mit den Kindern selbst zu sprechen, um herauszufinden, welche Lösung die beste ist. Wenn wir diesen Weg weiter gehen, bekommen wir etwas Vernünftiges hin.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Patrick Breyer von der Piratenfraktion das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der öffentliche Proteststurm gegen die letzte Novelle des **Jugendmedienschutz-Staatsvertrags** und sein abruptes Ende haben deutlich gemacht, wie wichtig die **Öffentlichkeit** für den Inhalt der nächsten Novelle sein wird.

Deshalb habe ich mich zu Wort gemeldet, als der Kollege Oliver Kumbartzky unsere Forderung ein bisschen ins Lächerliche gezogen hat, diese Verhandlungen über einen neuen Vertrag transparent zu gestalten. Herr Kollege Kumbartzky, Ihnen ist vielleicht bekannt: Wenn es diesen Staatsvertrag nicht gäbe und jedes Land seine eigenen Jugendmedienschutzgesetze machte, wären die Beratungen darüber im Plenum und in den Ausschüssen öffentlich. Wir PIRATEN fragen uns: Warum soll die Transparenz komplett entfallen, nur weil mehrere

Länder gemeinsam solche Regelungen aushandeln? Dafür gibt es überhaupt keinen Grund. Wir fordern eine öffentliche Verhandlung.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diejenigen, die im Verfassungsausschuss sitzen oder sich die Beratungen angehört haben, wissen auch, dass wir schon längst darüber reden, wie wir **Vertragsverhandlungen zwischen Ländern** transparenter gestalten können.

Ich freue mich darüber, dass alle Kolleginnen und Kollegen dazu gesprächsbereit sind. Ich hoffe, dass wir dabei zu einem guten Ergebnis kommen, um solche Vertragsverhandlungen genauso transparent und demokratisch auszugestalten, wie es im Gesetzgebungsverfahren der Fall ist. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat der Abgeordnete Kai Dolgner von der SPD-Fraktion.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich aus den Ausführungen des geschätzten Kollegen Dr. Bernstein ein bisschen die Hoffnung herausgehört habe, dass man mit **Filterprogrammen** - egal ob sie einem Provider verordnet oder freiwillig auf privater Basis eingeführt werden - Jugendmedienschutz erreichen könne.

Die letzte Anhörung hat ziemlich deutlich gezeigt: Bestimmte Programme sind erfolgreich; sie filtern 90 %. Das ist eine super Angelegenheit! Das heißt, wenn meine Tochter so alt ist, wird sie zukünftig nur noch jede zehnte Pornoseite ansurfen können. Das ist dann gelebter Jugendmedienschutz, oder wie kann ich mir das vorstellen? - Das ist absurd.

(Heiterkeit und Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Etwas, was weder der Iran noch China hinbekommen haben, werden wir hier mit unseren rechtsstaatlichen Mitteln schon gar nicht hinbekommen. Ich habe es bereits vor drei Jahren gesagt - das ist immer noch erreichbar -: Ich kann Ihnen beliebige Internetadressen zeigen, die dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag nicht unterliegen, die innerhalb kürzester Zeit rum sind und wo Sie härteste Pornografie und Sonstiges nur mit einer Bestätigung ansurfen können, indem Sie einen Button anklickt, der

(Dr. Kai Dolgner)

lautet: Ich bin 18 Jahre alt. - Dann können Sie sich das anschauen. Die Seitenbetreiber interessiert überhaupt nicht, ob es irgendwelche Filterprogramme gibt oder nicht. Deshalb ist diese Grundidee an sich absurd.

(Beifall SPD, PIRATEN und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

So neu ist das überhaupt nicht. Auch früher war der **Jugendmedienschutz** nur so gut wie der Schlüssel zu Papas Videoschrank.

(Heiterkeit und Beifall PIRATEN)

Man konnte damals auf die Videokassetten die Aufkleber kleben, die man wollte; da hieß es, bestimmte Filme seien ab 12, 16 oder 18 Jahren freigegeben. Aber manchmal hat ein älterer Bruder einem das besorgt und nicht darüber nachgedacht, was er macht, oder Eltern haben diese Filme, Bücher oder sonstigen Medien herumliegen lassen. Je nach Generation waren das früher Bücher, Schallplatten und so weiter. Meine Eltern besaßen damals noch Singles, die abschließbar waren, mit ganz fiesen Chansons aus den 50er-Jahren.

(Heiterkeit - Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:
Das macht neugierig!)

Heute würde man sie wahrscheinlich im Kindergarten spielen. Unter anderem gab es das Lied „Der Novak lässt mich nicht verkommen“. Das war sogar zensiert. Sie können gern googlen, was das ist.

Völlig unverständlich ist übrigens, dass die gleichen Eltern, die ihre Kinder jeden Meter zur Schule fahren, diese unbegleitet surfen lassen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW - Heiterkeit
Dr. Heiner Garg [FDP])

Das ist doch der zentrale Punkt: Die Sorge- beziehungsweise **Erziehungsberechtigten** kann man nicht von den Anforderungen ausnehmen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Manchmal habe ich bei den Debatten den Eindruck, es gehe nach dem Motto: Lieber Staat, verhindere, dass ich mich um mein Kind kümmere.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW)

Ich sage Ihnen jetzt meine persönliche Meinung: Ich bin sehr gespannt, ob man dieses Problem überhaupt mit einem Staatsvertrag regeln kann. Denn der Staat kann nicht alles regeln.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN, SSW und lebhafter Beifall FDP)

Deshalb sollte man übrigens auch bei aller Liebe zur Nutzung der Digitalisierung durch die Jugend nie vergessen: Jedes Medium sollte erst ab einem gewissen Alter benutzen werden. Auch schon früher war das so. Wenn zum Beispiel die Kinder einen Fernseher ins Kinderzimmer gestellt bekommen haben, waren die Sendezeiten völlig egal. Jedes Medium hat ein geeignetes Alter. Nach wie vor ist es an den Sorge- und Erziehungsberechtigten, dafür zu sorgen, dass diese Medien nicht unbegleitet konsumiert werden.

Ich sage nicht, dass sie gar nicht konsumiert werden sollen. Denn dann kommen wir wieder zu der Problematik: Was verboten ist, das macht uns gerade scharf. - Das kann es natürlich auch nicht sein.

Bis zu einem gewissen Grade muss eine **Gesellschaft** erdulden, dass **Informationen** an Menschen gelangen, die wir meinen, davor beschützen zu müssen. Das gehört auch zur Wahrheit dazu.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, danke schön. - Das Wort hat der Kollege Dr. Axel Bernstein von der CDU-Fraktion.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Das war, Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein wirklich erkenntnisreicher Beitrag des Kollegen Dolgner. Das war klasse.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN, SSW und Hans-Jörn Arp [CDU])

Es war wirklich klasse, dass Sie an die Zukunft des Liberalismus in Deutschland glauben und hier anscheinend den Absprung planen. Wir wissen jetzt, was Herr Dolgner senior im Videoschrank hatte. Das war alles spannend.

(Heiterkeit)

Da Sie meinen Redebeitrag als Aufhänger genommen haben, will ich einmal darauf hinweisen, was ich in meiner Rede gesagt habe.

Erstens. Die **Verantwortung der Eltern** steht beim Jugendmedienschutz an erster Stelle. Eine vernünftige medienpädagogische Grundlage kann nur im Elternhaus geschaffen werden.

(Dr. Axel Bernstein)

Zweitens. **Jugendschutzprogramme** laufen, wenn überhaupt, nur auf dem eigenen Rechner.

Drittens. Ein **vollständiger Schutz** - der Kollege Lars Harms hat auch darauf hingewiesen - kann an dieser Stelle nicht gegeben werden. Insofern können solche Programme nie Jugendschutz allein machen, sondern sie können eine Hilfe oder ein Anhaltspunkt für Eltern sein, was in der Altersklasse ihrer Kinder geeignet ist oder nicht.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Dr. Dolgner?

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Dolgner, bitte.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Herr Dr. Bernstein, ich weiß nicht, was es bei Herrn Bernstein senior in der Videosammlung gab, sofern sie existiert hat.

(Heiterkeit)

Aber da wir grob aus einer Generation entstammen, frage ich Sie: Können Sie mir garantieren, dass Sie in Ihrer Jugend immer nur **Zugang zu Filmen** hatten, die für Sie auch freigegeben waren? Oder haben Sie eventuell auch mal den einen oder anderen Film geschaut, für den Sie noch nicht alt genug waren? Hat Ihnen das geschadet? Außer natürlich, dass man dadurch in der Jungen Union landet, aber okay.

(Heiterkeit - Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP]: Wir wollen nicht zu sehr ins Detail gehen! - Heiterkeit)

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Über Details können wir uns gleich bei einem Kaffee unterhalten.

(Heiterkeit)

Es kommt nicht darauf an, dass ein 12- oder 13-Jähriger keinen Film sieht, der erst ab 16 Jahren freigegeben ist. Das ist nicht der Punkt. Es geht vielmehr darum, dass es einen Anhalt gibt, was für Kinder generell geeignet ist und was nicht geeignet ist. Dass jeder Jugendliche irgendwann einen gewissen Antrieb entwickelt, gerade das anzuschauen,

was er nicht anschauen sollte, halte ich nicht für tragisch oder schlimm. Ich denke, es ist auch ein erheblicher Unterschied, ob, sagen wir einmal, ein 14-Jähriger einen Film oder ein Video, der beziehungsweise das ab 18 Jahren freigegeben ist, in dem Bewusstsein sieht: Eigentlich ist das nichts für mich, oder ob das zu seinem täglichen **Fernseh- oder Internetkonsum** gehört. Ich meine, es ist auch ein Beitrag zur **Medienkompetenz**, wenn Jugendliche an sich selbst erfahren können, was gut für sie ist und was nicht.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Der wesentliche Nutzen solcher Programme liegt nach meinem Empfinden - hierauf wurde schon hingewiesen - eher im Kindesalter als im Jugendalter. Denn bei einer vernünftigen Grundlage im Bereich der Medienkompetenz können Jugendliche schon eine ganze Menge machen, was Kinder eben noch nicht können und deren Eltern für sie machen müssen.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat sich der Kollege Peter Eichstädt gemeldet. Er hat nun das Wort.

Peter Eichstädt [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will in meinem Dreiminutenbeitrag nicht die interessanten Ausführungen meiner beiden Vorredner ergänzen und aus meinem Wohnzimmer berichten. Ich will auch nicht sagen, ob ich meine Katze kastriere oder nicht. Das alles ist individuell, und es soll auch individuell bleiben, wie es in den Wohnzimmern zugeht. Aber ich möchte noch einmal die Essenz dieser Diskussion festhalten, weil ich sie für wichtig halte, gerade nach der Diskussion, die wir zum vorangegangenen Jugendmedienschutz-Staatsvertrag hatten, der dann ja nicht beschlossen worden ist.

Erstens. Es wird mit der Zustimmung dieses Hauses ganz offensichtlich nicht einmal in anderen Konstellationen, die ja im Moment gar nicht ins Haus stehen, eine **Sperre im Internet** zum Zwecke des Jugendmedienschutzes geben.

(Beifall CDU und SSW)

- Herr Bernstein nickt. Das hat er eindeutig für seine Fraktion erklärt. Es gibt auch andere Stimmen aus der CDU. Wenn man ins Internet schaut - ich

(Peter Eichstädt)

habe es nach unserer Diskussion beim Offenen Kanal inzwischen getan, Herr Kollege -, ergibt sich eine Veränderung, über die man sich nicht erheben und auch nicht sagen muss: Endlich seid ihr da! Wichtig ist, dass wir alle da angekommen sind und das erkannt haben.

Es wird solche Sperren nicht geben, und es gibt die ausdrückliche Aussage der Landesregierung, dass sie einen Jugendmedienschutz-Staatsvertrag mit solchen Sperren auch nicht anstrebt und nach anderen Lösungen sucht. Das ist wirklich ein Quantensprung, und das gilt es festzuhalten.

Für all jene - das ist jetzt der dritte Teil meines Beitrags -, die immer noch glauben, dass es funktionieren könnte, möchte ich ein Beispiel für solche Sperren zeigen.

Es gibt bereits Sperren, auch im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, so zum Beispiel die, dass bestimmte Filme wie der „Tatort“ in der Mediathek nicht zu einer früheren Zeit angesehen werden dürfen als der, zu der sie gesendet wurden. Das heißt, „Tatorte“ dürfen in der Mediathek erst ab 20:15 Uhr gezeigt werden. Davor erscheint ein Zeichen, dass sie jetzt aus Gründen des Jugendmedienschutzes nicht abgerufen werden können.

Ich möchte es Ihnen jetzt vorführen, weil es ganz einfach ist. Ich hoffe, es funktioniert.

(Peter Eichstädt [SPD] hält einen Tablet-PC hoch)

Schauen Sie auf die Uhr. Dies ist der „Tatort“ mit dem Titel „Die chinesische Prinzessin“. Es ist jetzt 5 Minuten vor elf. Eigentlich dürfte er erst ab 20:15 Uhr zu sehen sein. Aber es ist auch jetzt möglich. Das ist das Problem, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen: Sperren funktionieren einfach nicht. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, PIRATEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Mir ist nicht erinnerlich, dass ein Antrag gestellt worden ist. Deshalb ist dieser Tagesordnungspunkt mit der Aussprache erledigt.

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die Tagesordnungspunkte 25 und 32 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Keine Spekulation mit Steuergeldern

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1283

b) Bericht zur Zinssicherung

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1307

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Da mit dem Antrag Drucksache 18/1307 ein Bericht in dieser Tagung erbeten wird, lasse ich zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer dies unterstützen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig beschlossen.

Für die Landesregierung erteile ich der Frau Ministerin Monika Heinold das Wort.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Schleswig-Holstein wird 2013 voraussichtlich 870 Millionen € für Zinsen ausgeben; für 2014 sind 909 Millionen € eingeplant - hohe Beträge, obwohl wir historisch niedrige Zinsen haben.

Etwa jeder neunte Steuer-Euro fließt damit derzeit in die Taschen der Investoren, die unserem Land in den letzten Jahrzehnten Milliarden an Krediten bewilligt haben. Bis 2020 steigen die **Zinsausgaben** in unserer mittelfristigen Finanzplanung auf 1,27 Milliarden €. Bei 27 Milliarden € Schulden bedeutet ein Zinsanstieg von nur 1 % mittelfristig ein Kostenrisiko von 270 Millionen €.

All das macht deutlich: Die **Entwicklung auf dem Zinsmarkt** ist für unser Land von immenser Bedeutung. Das Zinsrisiko ist - neben der HSH Nordbank - das größte Haushaltsrisiko für Schleswig-Holstein.

Die **Landesregierung** verfolgt daher bereits seit 1992 eine **Zinsstrategie**, welche die Anfälligkeit des Haushalts gegen steigende Zinsen reduziert und zugleich die Planungssicherheit für die kommenden Jahre erhöht. Diese Strategie sieht in Zeiten niedriger Zinsen vor, für aktuelle Finanzierungen lange Zinsbindungen von durchschnittlich sieben Jahren

(Ministerin Monika Heinold)

einzugehen, und für künftige Finanzierungen die vorzeitige Sicherung der Niedrigzinsen.

Seit 2009 sichern wir uns bei etwa einem Drittel der 3 bis 4 Milliarden €, die wir jedes Jahr refinanzieren müssen, günstige Kreditkonditionen schon vorzeitig. Dabei kommen zwangsläufig auch **Finanzderivate** zum Einsatz. Der Einsatz von Derivaten ist in Schleswig-Holstein seit nunmehr 21 Jahren erprobt und hat sich bewährt. Im Finanzausschuss wird regelmäßig berichtet; der Landesrechnungshof ist eingebunden und gibt immer wieder Anregungen für noch transparentere Verfahren.

Neu ist, dass die Landesregierung angesichts der derzeit historisch niedrigen Zinsen den **Anteil und den Zeitraum der Zinssicherung** erhöhen will. Denn wir sind der festen Überzeugung: Je niedriger das Zinsniveau, desto mehr müssen wir die Gelegenheit nutzen, um einen möglichst großen Teil unserer Altschulden langfristig günstig zu finanzieren. Deshalb haben wir entschieden, die zwischen 2015 und 2018 anstehenden Kredite nicht mehr nur zu einem Drittel gegen einen möglichen Zinsanstieg zu versichern, sondern zu bis zu zwei Dritteln.

Neu ist auch, dass wir die **Zinsversicherungen** jetzt schwerpunktmäßig in Form von **Zinskorridoren** mit einem Dach und einem Boden einkaufen. Das Prinzip ist ganz einfach: Steigt der Zinssatz über das Dach des vereinbarten Korridors, dann greift die Versicherung. Fällt der Zinssatz, dann profitiert das Land davon bis zum Boden des Korridors. Das Land hat diese Art der Versicherung auch schon früher genutzt. Wir weiten den Umfang jetzt aus, weil die Korridorversicherung unter Abwägung aller Gesichtspunkte das beste Kosten-Nutzen-Verhältnis bietet.

Im **Haushalt 2014** sind für die **Umsetzung der Zinssicherungsstrategie** 30 Millionen € vorgesehen. Damit können wir für die zwischen 2015 und 2018 anstehenden Finanzierungen hervorragende Konditionen sichern. Da die Finanzierungen über mehrere Jahre laufen, erkaufen wir uns somit größere Planungssicherheit bis mindestens 2023.

Meine Damen und Herren, 30 Millionen € für **Ver sicherungen** auszugeben, ist eine Entscheidung, die nicht leicht fällt. Aber: In der mittelfristigen Finanzplanung haben wir aufgezeigt, wie sich die Ausgaben des Landes ohne Zinssicherung entwickeln können. Die Spanne möglicher Zinsausgaben im Jahr 2020 reicht von knapp 800 Millionen € bis zu 1,6 Milliarden €. Durch die geplante höhere Zinssicherung wird diese gewaltige Schwankungsbreite nahezu halbiert.

In Gesprächen haben wir von Wirtschaftsvertretern und Wissenschaftlern für diesen Kurs Unterstützung erhalten, und auch der Landesrechnungshof hat die Strategie ausdrücklich begrüßt.

Zinsversicherung ist weder Zockerei noch unverantwortliche Spekulation mit Steuergeldern. Das Gegenteil ist der Fall. Wir nehmen Geld in die Hand, um den Landeshaushalt gegen Risiken zu sichern. Der Orkan Christian hat uns gerade erst wieder vor Augen geführt, wie wichtig es ist, gegen die großen Elementarschäden des Lebens versichert zu sein.

Mit unserer Zinsversicherung bewirken wir nichts anderes. Wir versichern den Haushalt so kostengünstig wie möglich gegen einen potenziellen Sturm schaden durch steigende Zinsen. Bleibt der Zinsanstieg aus, haben wir die Versicherungsprämie natürlich umsonst bezahlt, aber das ist bei jeder Versicherung so, auch privat. Dafür haben wir heute die Sicherheit, dass die **Haushalte** von morgen und übermorgen nicht **unkontrollierbaren Risiken** ausgesetzt sind. Denn Aktienkurse und Zinsverläufe haben eine Gemeinsamkeit: Ihre zukünftige Entwicklung ist nicht vorhersehbar. Da ist es besser, wenn man auf alle Eventualitäten vorbereitet ist.

Für die Zukunft gerüstet sein, genau das ist es, was Schleswig-Holstein mit seiner Zinssicherung seit nunmehr über 20 Jahren macht und was wir auch weiter sicherstellen wollen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Abgeordneten Dr. Heiner Garg von der FDP-Fraktion das Wort. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass Sie die vereinbarte Redezeit von 5 Minuten etwas überziehen dürfen, weil die Ministerin das vorgemacht hat.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Was für ein Vorbild! - Heiterkeit)

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin! Erst einmal herzlichen Dank für den Bericht. Sie haben in Ihrer Rede den **Absicherungscharakter der Zinssicherungsgeschäfte** betont. Sie haben eine Zahl bedauerlicherweise nicht erwähnt, nämlich dass Sie vom Parlament erwarten, dass Sie für Zinssicherungsge-

(Dr. Heiner Garg)

schäfte bis 2019 insgesamt 600 Millionen € in die Hand nehmen dürfen.

Diese Absicherung, auf die Sie so großen Wert gelegt haben, entfaltet ihre Wirkung ausschließlich, wenn die Zinssätze in den kommenden Jahren entsprechend steigen. Darauf haben Sie hingewiesen. Steigen sie aber nicht, dann verfallen die von Ihnen getätigten Optionsgeschäfte, und das Land muss durch den Eingang von Swapgeschäften mehr zahlen als ohne. Der Jahresbericht des Aufgabenbereichs Kredite, Finanzderivate und Schulden, Umdruck 18/1774, zeigt auf Seite 30 deutlich: Sollte das Zinsniveau dauerhaft auf dem aktuell niedrigen Stand bleiben, dann werden uns die Zinssicherungen allein im Jahr 2019 100 Millionen € kosten. Wenn Sie es mir nicht glauben, dann lesen Sie es einfach nach.

Frau Heinold, ich bin nicht grundsätzlich gegen diese Absicherungsgeschäfte. Sie werden - das haben Sie dargestellt - seit 1992 betrieben und wurden bisher von jeder Landesregierung getätigt. Aber ich möchte Sie auf die **Risiken und Gefahren** einer weiteren Ausweitung solcher Geschäfte im derzeitigen ökonomischen Umfeld hinweisen.

Frau Ministerin, in Ihrer Pressemitteilung zum Haushaltsentwurf 2014 vom 25. Juni dieses Jahres haben Sie geschrieben:

„Zur Risikovorsorge gehöre, dass die Landesregierung 2014 mit etwa 30 Millionen € einen Teil der Einsparungen durch das niedrige Zinsniveau reinvestieren wolle.“

Frau Heinold, was Sie verschwiegen haben, ist, dass es sich hierbei nicht um Investitionen, sondern in diesem schwierigen konjunkturellen Umfeld schlicht und einfach um **Spekulation** handelt. Die Landesregierung hat über die Nachschiebeliste - bei der Fülle der Nachschiebeliste, über die wir gesprochen haben, fast 270 Seiten - beinahe klammheimlich vorgesehen, bis 2019 über 600 Millionen € dafür aufzuwenden, weil Sie vermuten, dass die Zinsen in absehbarer Zeit stark ansteigen werden. Ihr Zinsanstiegserwartungsszenario gründet ausschließlich auf Ihrer subjektiven Einschätzung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man kann diese Auffassung vertreten, aber dass sie tatsächlich eintritt, ist höchst ungewiss. Dass in einer Phase niedriger Zinsen automatisch eine Steigerung folgt, mag unseren Vorstellungen und Erwartungen entsprechen, sie ist aber keineswegs sicher. In Japan beispielsweise verharren die Zinssätze seit mehr als 15 Jahren auf einem niedrigeren Niveau, als wir sie gegenwärtig im Euroraum haben.

Die Meinung, dass die Zinssätze dauerhaft niedrig bleiben, teilen beispielsweise renommierte Ökonomen wie der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz. In einem Interview mit dem „Handelsblatt“ erklärte er diesen Montag, dass es gut sein könnte, dass die Geldpolitik bis in die nächste Dekade hinein locker sein werde. Auf die Frage des „Handelsblatts“, ob er denn keine Inflation fürchte, antwortet Stiglitz: Nein, keineswegs; von Inflation ist weit und breit nichts zu sehen. - Die aktuellen Zahlen bestätigen das.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Vielzahl der **volkswirtschaftlichen Indikatoren** deutet derzeit auf ein **deflatorisches Umfeld** hin, welches wiederum für dauerhaft niedrige Zinsen sprechen würde. Die jährliche Inflationsrate im Euroraum lag im Oktober 2013 bei gerade 0,7 %. Die Europäische Zentralbank hat erst in der vergangenen Woche den bereits niedrigen Zinssatz von 0,5 % um 25 Basispunkte gesenkt.

Zudem bestehen derzeit in Europa massive Überkapazitäten und eine extrem hohe Arbeitslosigkeit. Die **Arbeitslosenquote** betrug im September 2013 im Euroraum 12,2 %. Die Jugendarbeitslosigkeit lag sogar bei 24,1 %, wobei Griechenland und Spanien jeweils eine Jugendarbeitslosigkeit von über 50 % ausgewiesen haben. All diese Indikatoren sprechen dafür, dass das Zinsniveau dauerhaft auf einem niedrigen Niveau verbleiben wird.

Zu diesem prekären Zeitpunkt die Zinssicherungsgeschäfte über das bereits getätigte Ausmaß hinaus auszuweiten, birgt unserer Auffassung nach die Gefahr massiver Verluste. Wie Sie dem Steuerzahler diese Verluste erklären wollen, während diese zugleich bei Hedge-Fonds und Investmentbanken zu massiven Gewinnen führen würden, bleibt Ihr Geheimnis, Frau Heinold. Denn Hedge-Fonds, Investmentbanken und andere Finanzintermediäre sind ja der Gegenpart, sie sind die Profiteure dieser Optionsgeschäfte.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jeder hier, und insbesondere die Abgeordneten der regierungstragenden Fraktionen, müssen sich fragen - wir sollten das im Finanzausschuss mit der Hausspitze ernsthaft diskutieren -, ob wir den vorliegenden Haushaltsentwurf so, wie er vorgelegt wurde, wirklich akzeptieren wollen. Wollen wir wirklich in Kauf nehmen, dass über 600 Millionen € für Zinssicherungsgeschäfte unwiderruflich verlorengehen könnten, oder sollten wir diese Mittel für andere tatsächlich investive Zwecke einsetzen, beispiels-

(Dr. Heiner Garg)

weise für den Abbau der Nettoneuverschuldung, und daraus die Zinsgewinne reinvestieren?

(Beifall FDP)

Diejenigen, die möglicherweise noch nicht überzeugt sind, bitte ich, den entscheidenden Unterschied zu beachten: Zinsabsicherungsgeschäfte ergeben bei einer revolvingen Finanzierung weniger Sinn als bei einer abschließenden Finanzierung. Ein solches Zinsabsicherungsgeschäft kann bei der immer wieder zitierten schwäbischen Hausfrau, die ihre Hypothek absichern muss, Sinn ergeben, weil Sie grundsätzlich darauf hinarbeitet, ihre Schulden zu tilgen. Solange wir allerdings noch nicht so weit sind, verfängt dieses Argument der Landesregierung nicht.

Ich schlage Ihnen vor, den Antrag zur wohlwollenden Beratung und Prüfung in den Finanzausschuss zu überweisen. Denn schließlich kann es sich unser Land nicht leisten, leichtfertig eine solche Summe Geld aufs Spiel zu setzen. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Tobias Koch das Wort.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn bei einem privaten Häuslebauer die Baufinanzierung in zwei Jahren ausläuft, kann er zur Bank gehen und sich schon heute die Anschlussfinanzierung ab 2016 sichern. Für ein solches Forward-Darlehen zahlt er einen Zinssatz, der etwa einen halben oder dreiviertel Prozentpunkt höher liegt als die heutigen Sätze. Steigt das Zinsniveau bis 2016 um mehr als diesen halben oder dreiviertel Prozentpunkt, geht die Rechnung für den Häuslebauer auf. Liegt das Zinsniveau 2016 aber auf dem gleichen Niveau wie heute, dann zahlt der Kreditnehmer für die anschließende Kreditlaufzeit von fünf oder zehn Jahren genau diesen halben oder dreiviertel Prozentpunkt als überhöhten Zinssatz, er setzt also Geld zu. Dieser Zinsaufschlag ist die **Risikoprämie**, die der **Kreditnehmer** aufwendet, um sich bereits heute Sicherheit für Zinssätze in der Zukunft zu erkaufen.

Vergleichbares will die **Landesregierung** jetzt in verstärktem Maße betreiben, nur dass Sie angesichts von 27 Milliarden € Schulden nicht so einfach zur Bank gehen können, Frau Heinold. Das

Land Schleswig-Holstein finanziert sich und seine Verschuldung am Kapitalmarkt und kann deshalb ein solches Forward-Darlehen nur durch den Einsatz von Optionsgeschäften und anderen Derivaten synthetisch darstellen. Im Kern der Sache handelt es sich aber um nichts anderes als die **frühzeitige Zinssicherung** des privaten Häuslebauers. Insofern könnte man sagen: Die Landesregierung verhält sich wie Otto-Normalbürger.

Man kann aber auch genauso gut die umgekehrte Sichtweise vertreten. Nach dieser Auffassung betreibt die Landesregierung mit dem Einsatz von Derivaten **Spekulationsgeschäfte**. Es besteht nämlich das Risiko, dass die für die Zinssicherung aufgewandten Mittel und die erworbenen Optionen am Ende einen Totalverlust darstellen. Als Kronzeuge für diese Position lässt sich ausgerechnet das Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen heranziehen. Wie ich gehört habe, war der für das Kredit- und Zinsmanagement zuständige Referatsleiter unseres Finanzministeriums dort zu Gast und hat das schleswig-holsteinische Modell der Zinssicherung vorgestellt.

Anschließend hat sich das rot-grün regierte Nordrhein-Westfalen klar dagegen entschieden. Die Begründung, die mir wohlgemerkt nicht aus Kreisen der dortigen Landtagsopposition, sondern aus Kreisen des nordrhein-westfälischen Finanzministeriums zugetragen wurde, lautete sinngemäß - der Herr Staatssekretär lächelt und grinst schon -: Das sei ja nichts anderes als Spekulation, was die Schleswig-Holsteiner dort machten. - Hört, hört! Nordrhein-Westfalen bleibt deshalb bei der klassisch-konservativen Vorgehensweise und sichert sich das gegenwärtig niedrige Zinsniveau ausschließlich dadurch, dass bei Neukrediten und Prolongationen möglichst lange Laufzeiten gewählt werden - wie wir das auch tun -; auf den Einsatz von Derivaten wird dagegen vollständig verzichtet.

Umso erstaunlicher ist es, dass ausgerechnet SPD, Grüne und SSW in Schleswig-Holstein den **Einsatz von Finanzderivaten**, deren Einsatz an anderer Stelle von Ihnen massiv kritisiert wird, jetzt in Schleswig-Holstein massiv ausweiten wollen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wahrscheinlich der SSW, der darauf drängt! - Birgit Herdejürgen [SPD]: Das gibt es schon seit Jahrzehnten!)

Soweit die beiden unterschiedlichen Sichtweisen. Welche davon richtig oder falsch ist, lässt sich heute von niemandem seriös beantworten. Wir alle wissen: Prognosen sind schwierig, insbesondere wenn sie sich auf die Zukunft beziehen. Genauso ist

(Tobias Koch)

es im vorliegenden Fall. Welche Sichtweise richtig oder falsch ist, hängt von der Zinsentwicklung in den kommenden Jahren ab. Dafür haben wir leider alle keine Glaskugel zur Hand.

Deshalb werden wir die Landesregierung vonseiten der CDU-Fraktion für den Ausbau der Zinssicherung nicht kritisieren, wir werden dafür aber auch keinen Beifall klatschen. Es ist Ihre Entscheidung, die wir hier zur Kenntnis nehmen. Bei der Abstimmung über den Antrag der FDP-Fraktion werden wir uns enthalten. Es ist eine politische Entscheidung der Landesregierung, die auf einer bestimmten Meinung, auf einer bestimmten Zinsprognose basiert. Das sind Ihre Meinung und Ihre Zinsprognose. Ob Sie damit richtig liegen, wird sich in den Jahren 2016 und 2017 zeigen.

(Zuruf)

Frau Heinold und Herr Losse-Müller, ich verspreche Ihnen: Wenn Ihre Rechnung aufgeht, werde ich Ihren Weitblick öffentlich anerkennen. Ich verspreche Ihnen aber auch: Wenn die Rechnung nicht aufgeht und Sie mit der Zinssicherung 30 Millionen € Steuergelder verzockt haben, dann werden wir von Ihnen 2016 oder 2017 persönliche Konsequenzen einfordern.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eine starke Opposition! - Weitere Zurufe)

Es ist Ihre Entscheidung - im Zweifelsfall auch Ihre, Herr Andresen -, deshalb tragen Sie auch die Verantwortung dafür. Glauben Sie bitte nicht, dass Sie sich mit dem Ausbau der Zinssicherung in alle Richtungen gleichzeitig absichern können. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Lars Winter das Wort.

Lars Winter [SPD]:

Werte Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Koch hat es im Grunde auf den Punkt gebracht. Das, was wir hier heute debattieren, ist die Frage: Sichern wir etwas ab, oder sichern wir es nicht ab? - Wie bei jeder **Versicherung** ist es so, dass man erst hinterher weiß, ob es lohnend war, diese Versicherung abzuschließen.

Sie können sich denken, dass ich meinen Redebeitrag natürlich in die andere Richtung formuliert ha-

be. Bei mir geht es darum, dass Sicherheit vorgeht. Diese Devise kennen wir aus den verschiedensten Lebenslagen. „Sicherheit geht vor“, ist auch unser Leitbild bei der **Planungssicherung unserer Zinsen**. Die Ist-Zahlen der Jahre 2011 und 2012 sowie die Planzahlen für die Jahre 2013 und 2014 zeigen, dass der Zinsaufwand, den das Land begleichen muss, bei rund 10 % des Volumens des Gesamthaushalts liegt. 2014 sollen es planmäßig rund 909 Millionen € sein. Das Volumen wird sich in den nächsten Jahren auf bis zu 1,3 Milliarden € erhöhen. Die Ministerin hat die genauen Zahlen in ihrem Redebeitrag bereits genannt.

Die FDP-Fraktion begründet ihren Antrag, die Finanzierungsinstrumente nicht einzusetzen, damit, dass volkswirtschaftliche Indikatoren auf einen dauerhaft niedrigen Zinssatz hinweisen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Lars Winter [SPD]:

Ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bitte schön, Herr Dr. Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Wären Sie so freundlich, zur Kenntnis zu nehmen, dass weder im FDP-Antrag noch in meiner Rede davon die Rede war, Instrumente nicht einzusetzen, sondern die Rede davon war, die Instrumente nicht auszuweiten?

Lars Winter [SPD]:

Ja, das nehme ich gern zur Kenntnis und korrigiere das gern. - Ich ergänze das jetzt noch mit dem Satz: Für die FDP bedeutet das Spekulationen mit Steuergeldern. Da sind wir uns einig. Das haben Sie in Ihrem Antrag geschrieben. Aus unserer Sicht ist es vorsorgende Finanzpolitik, wenn sich das Finanzministerium mit der Zinssteuerung beschäftigt - die Ministerin hat es ausgeführt, dass das schon seit 1992 passiert - und mit den gegebenen Instrumenten Gutes für Schleswig-Holstein bewirken will.

Auch wenn das Zinsniveau für eine erwartbare Zeit auf einem historischen Tiefstand verbleiben sollte, sind die **Zinszeiträume** mit bis zu sieben Jahren so lang, dass es Sinn macht, Zinsbindungen abzusi-

(Lars Winter)

chern. Darum sehen wir die Notwendigkeit, sich nicht einfach dem Zinsmarkt auszuliefern, sondern mit den heutigen Finanzierungsmechanismen zu versuchen, die vorhandene Unkalkulierbarkeit bei der Entwicklung der Zinsen zu steuern.

Werte Kolleginnen und Kollegen, wir haben bei unserer Finanzpolitik immer darauf hingewiesen, dass wir im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten unsere politischen Schwerpunkte umsetzen wollen. Wir investieren in soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz, Infrastruktur und Bildung, Bildung, Bildung. Um zu gestalten, brauchen wir **Planungssicherheit**, eben weil der Haushaltsansatz für **Kreditzinsen** das von mir beschriebene Volumen hat.

In der mittelfristigen Finanzplanung sehen wir, wie sich die Zinsen ohne Absicherungsmechanismen entwickeln könnten - mit einer großen Schwankungsbreite. Wer mit einem sehr engen - auf Naht genähten - Haushaltsvolumen verlässlich die Zukunft unseres Landes gestalten will, steht daher vor einer wichtigen Entscheidung:

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Wollen wir jetzt trotz sehr knapper Mittel mehr Geld ausgeben, um in der Zukunft verlässlicher agieren zu können? Oder wollen wir es darauf ankommen lassen, dass die Zinsen weiterhin auf historisch niedrigem Stand bleiben?

Wir machen uns diese Entscheidung nicht leicht. Gerade weil wir für die Gestaltung der Politik von und für morgen verlässlich einstehen wollen, haben wir uns entschieden, jetzt mehr Geld in die Hand zu nehmen, um die notwendige Planungssicherheit in den nächsten Jahren zu erhöhen. Bei einer ersten Vorstellung der geplanten Maßnahmen durch das Finanzministerium hat sich gezeigt, dass hochkompetente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterschiedliche Szenarien erarbeiten, die zur Zinssicherung beitragen sollen. Dabei wägen sie die unterschiedlichen Risiken ab.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch einmal daran erinnern, dass Haushaltspolitik kein Selbstzweck ist. Es geht darum, ein verlässlicher Partner für die Menschen in Schleswig-Holstein zu sein, die sich darauf verlassen, dass wir die Löhne, Gehälter und Pensionen bezahlen, die notwendige Infrastruktur bereitstellen, damit Leistungen für Daseinsvorsorge geleistet werden können, Maßnahmen zur Nachhaltigkeit fördern, ihre Bildung finanzieren - und für die nächste Generation ebenso.

Die FDP setzt in ihrem Antrag auf Risiko, auch wenn sie das Gegenteil behauptet. Es ist leicht, wenn man keine Verantwortung dafür tragen muss.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Wir unterstützen die Maßnahmen, die die Landesregierung ergreift. Wir möchten auch, dass Ihr Antrag in den Finanzausschuss überwiesen wird, damit wir uns damit noch ausführlich auseinandersetzen können. Ich danke der Ministerin für ihren Bericht. Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Rasmus Andresen das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Koch, bevor ich zu meiner eigentlichen Rede komme, will ich doch noch ein oder zwei Sätze zu dem sagen, was Sie hier gerade abgeliefert haben. Sie stellen sich hier hin und sagen: Zinssicherung kann man machen oder man kann es sein lassen, aber bitte fragt uns nicht, wie wir uns dazu verhalten sollen. - Das ist in der Opposition vielleicht die bequemste Position, dass man sich erst dafür oder dagegen entscheidet, wenn man gesehen hat, ob es erfolgreich ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW, Dr. Heiner Garg [FDP] und Uli König [PIRATEN])

Aber das ist sehr verantwortungslos und Ihrer eigentlich auch unwürdig, weil Sie es sich auch sonst nicht so einfach machen.

Wir haben - das haben viele schon gesagt - in Schleswig-Holstein eine bewährte **Zinssicherungsstrategie**. Das Land betreibt schon seit den 90er-Jahren aktive Zinssicherung. Verschiedenste Regierungskoalitionen - egal, wer daran beteiligt war - haben das weiterentwickelt. Wenn man sich umhört, auch wenn es vielleicht Bundesländer gibt, die zu anderen Entscheidungen kommen, erlebt man doch, dass wir in dem Bereich im Vergleich zu anderen Bundesländern Vorreiter sind. Dafür wollen wir als grüne Fraktion auch einmal der Fachabtei-

(Rasmus Andresen)

lung im Finanzministerium danken, die da einen sehr guten Job macht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und Dr. Heiner Garg [FDP])

Finanzministerin Heinold hat gerade noch einmal sehr gut beschrieben, was dieses Zinsmanagement ausmacht. Es geht darum, die finanziellen Auswirkungen eines potenziellen Zinsanstiegs auf unsere Landeskasse möglichst gering zu halten. Es geht um Planungssicherheit für ein hoch verschuldetes Land, das jedes Jahr - je nach Zinssatz - bis zu einer knappen Milliarde Euro für Zinsen aufwendet. Es geht darum, über einen sehr großen **Ausgabeposten** des Landes **Kontrolle** zu erlangen.

Soweit waren wir uns hier im Haus bisher einig. Eine Zinssicherungsstrategie ist eine sinnvolle Sache. Es geht nicht um Spekulation, sondern um das Kontrollieren von Risiken. Mit den skandalösen Vorgängen, die es in einigen deutschen Kommunen in der Vergangenheit gab, wo hochspekulative Deals abgeschlossen wurden, hat dieses professionelle Management nichts zu tun.

Die Zinssicherung der Landesregierung hat eine 100-prozentige Entsprechung in einem realen Kredit, während Kommunen wie beispielsweise Hagen oder Pforzheim absolut spekulativ gehandelt haben. Es gab keine Sicherung. Wir sichern den Preis, während die Kommunen mit dem Preis spekulieren. Das ist der Unterschied. Die Landesregierung plant jetzt, die **Zinsstrategie** weiter **auszuweiten** - wohlgermerkt nicht inhaltlich, sondern nur quantitativ. Die Methoden und eingesetzten Instrumente bleiben die gleichen. Es geht lediglich darum, mehr Anschlusskredite als bisher abzusichern und so das günstige Zinsniveau von heute für die Zukunft zu nutzen. Dafür sollen - das hat Herr Kollege Garg angesprochen - erst einmal 30 Millionen € in die Hand genommen werden.

Dennoch steht im Raum, dass dies Spekulation mit Steuergeldern sei. Aus unserer Sicht ist es richtig, auch wenn die Zinsen weiter so niedrig bleiben wie bisher und wir in ein paar Jahren sagen: Diese Investition in die Zinssicherung hätten wir nicht gebraucht. Da haben Sie sicherlich recht, Herr Garg.

Es gibt namhafte Ökonomen. Ich habe mich sehr gefreut, dass die FDP Joseph Stiglitz zitiert hat. Das ist noch nicht so oft vorgekommen. Ich schätze ihn sehr. Er ist einer der klügsten Köpfe, den wir unter den Ökonomen gerade haben.

Wir können uns aber auch einmal anschauen, was umgekehrt passieren würde. Wenn die Zinsen nur

um einen einzigen Prozentpunkt stiegen, hätte das Zinsmehrausgaben von 100 Millionen € im Jahr 2016 und über 200 Millionen € im Jahr 2019 zur Folge. Wenn wir jetzt zusätzliche Versicherungen abschließen, können wir diese Mehrbelastung zumindest etwas in den Griff bekommen. Was ist schlimmer? Eine Versicherung, die man am Ende nicht gebraucht hätte, oder explodierende Zinskosten, die andere wünschenswerte Ausgaben unmöglich machen? In diesem Fall sage ich: Better safe than sorry.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Herr Kollege Andresen, geben Sie mir recht, dass wir - das war die Intention unseres Antrags - eben nicht nur über die von Ihnen erwähnten zusätzlichen 30 Millionen € für das kommende Jahr reden? Die Landesregierung will sich in ihren Änderungsvorschlägen zum Haushaltsgesetz 2014 in § 2 b Abs. 4 die Freikarte geben lassen, dass die Planungen beispielsweise für das Jahr 2019 Zinsänderungsrisiken bis zu 165 Millionen € vorsehen können. In der Summe kommen wir bis 2019 auf über 600 Millionen €.

- Ich habe verstanden, dass es Ihnen um diesen Punkt geht. Wir haben dazu auch schon Gespräche mit dem Finanzministerium geführt. Es ist ein guter Punkt. Deshalb sind wir uns auch einig, das im Finanzausschuss noch einmal intensiver zu diskutieren und Klarheit zu schaffen. Wir können uns dort noch einmal genauer anschauen, was wofür verwendet werden soll und über welche Summen wir konkret sprechen.

Es ist allerdings grob fahrlässig zu glauben, dass das **Zinsniveau** immer so bleibt, wie es gerade ist. Wer sich gegen Zinssicherung stellt, zockt mit den Risiken im Landeshaushalt. Ich nehme an, dass dies nicht die Intention der FDP war. Ich habe die Rede sehr wohl gehört, aber ich habe von der CDU auch andere Stimmen gehört, die etwas unklarer waren.

(Rasmus Andresen)

Was wäre los, wenn wir sagen würden, die Zinsen bleiben bestimmt dauerhaft so niedrig, und wir legen jetzt die Hände in den Schoß, lieber Herr Koch? Dann wären Sie doch der Erste, der fordern würde, dass wir uns im Landeshaushalt gegen diese Risiken absichern. Ich erinnere an die Debatte um die HSH Nordbank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Die zusätzlichen Gelder zur Zinssicherung sind grundsätzlich gut angelegtes Geld für dieses Land. Denn so können wir solide weiter planen. Das erscheint mir sehr wichtig. Trotzdem freue ich mich aber auch - weil das Thema so komplex und vielseitig ist - auf die weiteren Beratungen im Finanzausschuss. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Torge Schmidt das Wort.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zu Beginn meiner Rede möchte ich - mit Verlaub, Frau Präsidentin - das Internet vorlesen und aus Wikipedia zitieren:

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich lese jetzt nicht den ganzen Wikipedia-Beitrag vor.

(Zuruf)

„**Spekulation** ist in der Wirtschaft eine auf Gewinnerzielung aus Preisveränderungen gerichtete Geschäftstätigkeit.“

Liebe FDP, ist es nicht so, dass Sie diejenigen sind, die spekulieren. Sie selbst sagen, dass Sie davon ausgehen, dass die Zinsen niedrig bleiben. Ja, Sie gehen davon aus. Sie spekulieren darauf, dass die Zinsen niedrig bleiben.

(Beifall PIRATEN und Lars Harms [SSW])

Was macht die Landesregierung? - Die Landesregierung fängt jetzt an, die Zinsen für zukünftige Kredite zu sichern, wie auch diverse Landesregierungen zuvor. Für circa 60 % des zukünftigen Kapitalbedarfs will sich das Land schon heute niedrige Zinsen sichern. Diese **Kredite** werden ab **2015** und

später benötigt. Liebe FDP, woher wollen Sie wissen, dass der **Zinssatz** dann noch genauso niedrig ist wie heute?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Woher will die Landesregierung wissen, dass sie steigen?)

Lieber Herr Garg, wie bei jeder Versicherung kann dies unter dem Strich vielleicht mehr kosten. Wenn ich 40 Jahre lang Auto fahre und keinen Schadensfall habe, dann rechnet sich meine Versicherung doch auch nicht. Sollte ich deshalb von Anfang an darauf spekulieren, keinen Unfall zu verursachen, damit ich die Versicherungsprämie spare?

(Zuruf)

Natürlich kostet solch ein aktives Zinsmanagement dem Land Geld. Wir kaufen uns damit allerdings Sicherheit ein. Nennen Sie mich konservativ.

(Zuruf SPD: Oh!)

Ich als Finanzpolitiker kann nachts deutlich ruhiger schlafen, wenn ich sicher weiß, dass 2018 nicht durch rasch steigende Zinsen der Haushalt platzen kann.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das Land Schleswig-Holstein benötigt genau diese Zinssicherheit. Für eine langfristige Planung des Haushalts können wir uns nicht dem Risiko aussetzen, dass die Konsolidierungsanstrengungen durch steigende Zinsen durchkreuzt werden.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Gern.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Herr Kollege Schmidt, da mir Ihr Schlaf ausgesprochen wichtig ist, erwarte ich dann aber auch den Änderungsantrag der PIRATEN, dass nicht nur 60 % der Zinsen, die zu zahlen sind, abgesichert werden, sondern 100 %. Das würde Ihr Schlafvermögen deutlich erhöhen.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Und ihr geht auf null?)

- Mit 60 % kann ich auch ganz gut schlafen.

Dennoch bitte ich die Landesregierung, die Zahlen, die wir im Gespräch mit den Finanzpolitikern bekommen haben, zu aktualisieren. Denn die FDP hat

(Torge Schmidt)

durchaus recht. Die **Entscheidung der EZB** zum Leitzins vor ein paar Tagen zeigt, dass wir wohl weiterhin **niedrigere Zinsen** haben werden. Ich gehe allerdings davon aus, dass dies in einem aktiven Zinsmanagement berücksichtigt wird. Für mich gehört es dazu abzuwarten, wie man langfristig günstiger fährt. Fazit ist also: Im Endeffekt spekulieren wir doch alle. Keiner weiß, wie die Zukunft wird. Herr Koch hat mit seiner Ausführung durchaus recht. Es ist Ihre politische Entscheidung im Finanzministerium, wie Sie dort aktiv die Zinserwartungen gestalten. - Ich hoffe auf eine konstruktive Debatte im Ausschuss und freue mich auf das weitere Verfahren.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine vorausschauende Planung, die Risiken der Zukunft zu minimieren versucht, ist eigentlich konservatives Handeln im besten Sinne. Genau das tut das Finanzministerium, wenn es um die Zinssicherung geht. Es geht hier nicht um Spekulation, wie es der FDP-Antrag suggerieren will, sondern für den Haushalt des Landes Schleswig-Holstein über einen längeren Zeitraum **Planungssicherheit** bei **niedrigem Zinsniveau** zu erreichen. Natürlich kann niemand das Zinsniveau der nächsten Jahre voraussehen. Es ist aber auch für jeden Bürger verständlich, dass der Staat versucht, dauerhaft ein niedriges Zinsniveau zu sichern.

Das ist auch etwas, was jeder Häuslebauer macht. Auch Privatleute versuchen, das jeweils niedrige Zinsniveau für sich abzusichern. Jeder, der eine neue Hypothek abschließen will, hat ein Interesse daran, die Niedrigzinsphase dauerhaft auszunutzen. Er wird also möglicherweise einen kleinen Zinsaufschlag zahlen, um dennoch langfristig mit seinem Zinsniveau unter der zukünftigen Zinsentwicklung zu bleiben. Dieses Verhalten würde niemand als Spekulation brandmarken. Im Gegenteil: Ein solch vorausschauendes Handeln ist grundsolides Finanzmanagement.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Die privaten Haushalte tilgen aber auch ihre Schulden!)

Genau das tut die Finanzministerin auch, in dem das niedrige Zinsniveau durch Versicherungen abgesichert wird.

Das derzeit niedrige Zinsniveau soll über einen längeren Zeitraum bewahrt werden. Wer sich die **Zinsentwicklung bei der EZB** seit 1999 ansieht, kann sehen, dass der Hauptrefinanzierungszins immer zwischen 2,5 % und 4,75 % lag. Das ist vermutlich der Zinsspielraum, der als normal gelten darf. In 2009 sank der Zins im Rahmen der Finanzmarktkrise erstmals auf unter 2 %. Heute liegt er bei 0,25 %. Das heißt, das Zinsniveau ist auf einem historischen Tiefststand, und bezogen auf den Hauptrefinanzierungssatz der EZB kann es sicherlich nicht mehr weiter nach unten gehen. Wir wissen alle, dass der Zinssatz nach 2009 insbesondere wegen der **Kapitalmarktkrise** gesunken ist.

Die Krise ist sicherlich nicht überall überstanden, aber man kann schon sagen, dass es aus deutscher Sicht vor vier Jahren noch schlimmer aussah, als es jetzt ist. Dies könnte ein Anzeichen dafür sein, dass der Kreditbedarf für die Wirtschaft wieder steigen wird und dass wir dann auch mit steigenden Zinsen für Kredite zu rechnen hätten. Da kann man sich dann schon Gedanken machen, ob es nicht klug wäre, das derzeitig günstige Zinsniveau langfristig abzusichern. Mit Zocken hat das relativ wenig zu tun.

(Beifall Lars Winter [SPD])

Jetzt mag man behaupten, dass Deutschland nicht allein dasteht und dass es anderen Ländern in der Tat schlechter geht und diese eben noch nicht aus der Krise herausgekommen sind. Das stimmt - zumindest teilweise. Griechenland hat noch einen weiten Weg vor sich, und auch die Länder des Balkans haben enorme wirtschaftliche Schwierigkeiten. Allerdings muss man dazu auch sagen, dass die besagten Länder nur marginal zum gesamten Bruttoinlandsprodukt Europas beitragen. Viel entscheidender sind die Entwicklungen in wirtschaftsstärkeren Ländern wie Spanien, Portugal oder Irland. Während das vielzitierte Spanien immer noch zu den Stützerländern des europäischen Stabilitätsmechanismus gehört und somit zumindest formal auch seinen unheimlich schwierigen Beitrag leistet, waren Portugal und Irland - genauso wie Griechenland - ausschließlich auf Hilfeleistungen aus diesem Mechanismus angewiesen. Dass Spanien in der Lage ist, auch etwas zum **Stützungsmechanismus** beizutragen, ist an sich schon ein längerfristiges Zeichen, dass Reformen hier greifen.

Nun hat aber auch Irland angekündigt, in Zukunft keine Leistungen mehr aus dem Rettungsschirm er-

(Lars Harms)

halten zu wollen, weil man meint, es auch ohne schaffen zu können. In Portugal diskutiert man in die gleiche Richtung. Es sieht somit auch in diesen Ländern nach einer Verbesserung der Situation aus, sodass möglicherweise die EZB irgendwann die Zinsen wieder erhöhen kann. Schließlich hat die EZB das Zinsniveau gerade auch für solche Länder niedrig gehalten.

Die meisten verfügbaren Daten und Erfahrungswerte lassen es realistisch erscheinen, dass das **Zinsniveau** im Zeitraum der nächsten fünf Jahre wieder **ansteigen** wird. Vor diesem Hintergrund macht es Sinn, sich das derzeit niedrige Niveau so lange wie möglich zu sichern, und es ist lobenswert, dass das Finanzministerium im Haushalt deutlich macht, wie viel mehr es ausgegeben wird, um langfristig kostengünstiger dazustehen. Das, was durch die Landesregierung getan wird, ist nicht nur finanzpolitisch gut, sondern auch für die Bürgerinnen und Bürger transparent. Deshalb kann man es nach unserer Auffassung auch nicht besser machen.

Gerade bei einer solchen Frage, in der es um einen riesigen Teil des Haushalts geht, steht es jeder Fraktion gut an, sich eine Meinung dazu zu bilden. Man kann es so oder so sehen, aber sich einfach in die Büsche zu schlagen - wie die CDU - und zu sagen: „Wir gucken mal, was am Ende dabei herauskommt; wenn es gut geht, loben wir euch, wenn es schlecht geht, kriegt ihr von uns Prügel“, ist mir zu einfach.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Heiner Garg [FDP]: Das ist mal eine Ansage!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Landesregierung hat sich die Ministerin Monika Heinold nochmals zur Wort gemeldet. Ich erteile ihr dieses nun gern.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Mir ist es wichtig, einmal auf die Zahlen einzugehen, die im Raum stehen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das war mir klar!)

Wir geben in diesem Jahr circa 11 Millionen € für **Zinssicherung** aus, im nächsten Jahr wollen wir circa 30 Millionen € ausgeben. Damit sichern wir für die Jahre 2015 bis 2018, wie ich vorhin sagte, die Zinsrisiken ab. Sollten wir auch ab 2019 das Zinsrisiko absichern wollen, bräuchten wir noch

einmal Geld. Das sind die Zahlen für die Zinssicherung.

Nun zu den von Herrn Garg angesprochenen 600 Millionen € und dem, was im **Haushaltsgesetz** steht. Der Rechnungshof hatte gefordert, dass die Landesregierung zukünftig als Anlage zum Haushaltsgesetz transparent die sowieso vorhandenen **Zinsänderungsrisiken** darstellt.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Dieser Forderung des Rechnungshofs kommen wir nach - nicht nur in der Anlage, sondern sogar im Gesetz. In diesem Gesetz stehen die Beträge für die nächsten Jahre, die wir im Rahmen des Zinsänderungsrisikos haben. Im Jahr 2014 sind das 50 Millionen €. Das steigt bis 165 Millionen € in 2019. Damit wird zum ersten Mal der Topf Zinsausgaben in der mittelfristigen Finanzplanung von einer Blackbox zu einem transparenten Haushaltstitel. Sie können sehen, was in diesen Haushaltstiteln an Zinsänderungsrisiko steckt. Das heißt, wir haben im Masterplan, in dem Zinstitel, den wir prognostiziert haben, 165 Millionen € mögliches Zinsänderungsrisiko, falls sich Zinsen für Kredite verändern, die wir nicht gesichert haben. Sicherem wir nicht und setzen die Forderung des Rechnungshofs um, das alles transparent darzustellen, hätten wir in den §§ 2 und 3 ungefähr die doppelte Höhe an Änderungsrisiko darstellen müssen. Es handelt sich um ein gewolltes transparentes Verfahren. Ich glaube, das ist sehr gut. Das darf man nicht mit dem verwechseln, was wir durch neue Formen von Zinssicherung zusätzlich ausgeben. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und schließe deswegen die Beratung. Ich stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 18/1307 durch die Berichtserstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der FDP-Fraktion, Drucksache 18/1283. Von verschiedenen Fraktionen wurde eine Ausschussüberweisung in den Finanzausschuss beantragt. Wer dem zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir fortfahren, bitte ich Sie, mit mir gemeinsam auf der Tribüne Schülerinnen und

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Schüler der Regionalschule Grömitz zu besuchen sowie - -

(Heiterkeit und Zurufe: Zu begrüßen!)

- Diejenigen, die uns dort oben besuchen, sind Schülerinnen und Schüler der Regionalschule Grömitz sowie Rechtspflegeranwärterinnen und -anwärter des Amtsgerichts Flensburg, die wir nun gemeinsam herzlich im Landeshaus in Kiel begrüßen.

(Beifall)

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 52 auf:

Mehr Zeit für Pflege

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/1213

Ich erteile der Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung, Kristin Alheit, das Wort. - Bitte schön.

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im März dieses Jahres hat der Landtag die Landesregierung gebeten, zu dieser Sitzung schriftlich über den Bereich **Dokumentation und Aufsichtung und Prüfungsaktivitäten in der Pflege** zu berichten. Der Bericht liegt Ihnen vor. Zugleich ist die Landesregierung aufgefordert worden, sich auf Bundesebene für eine Reduzierung der Pflegedokumentation auf ein erforderliches Maß einzusetzen.

Ich freue mich über das Interesse an diesem so wichtigen Pflege Thema und nutze die Gelegenheit, dass wir die Debatte auf den Vormittag vorgezogen haben, um ergänzend zwei weitere Punkte anzusprechen.

Ich kann aktuell berichten, dass ich mich in den Verhandlungen in den letzten Wochen zwischen SPD und CDU über die Bildung einer möglichen Bundesregierung intensiv für eine **sinnvolle Begrenzung der Dokumentationspflicht** in der Pflege starkgemacht habe.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist kein Regierungshandeln. Das soll nicht missverstanden werden. Aber ich denke, das ist in der Debatte, die wir führen, von Interesse. Es sind möglicherweise wichtige Weichenstellungen, wich-

tige Rahmenbedingungen, die für das, was wir im Land tun können, von Bedeutung sein werden.

Das gilt auch für die beabsichtigte **Einführung der Pflegekammer**. Sowohl bei der Bestimmung erforderlicher Dokumentationsinhalte als auch der Ausgestaltung von Aufsichts- und Prüfungsrechten ist die zu schaffende Kammer der Pflegeberufe eine wichtige Akteurin, eine Akteurin übrigens, die dazu beitragen kann, den Sektor der Selbstverwaltung gegenüber staatlicher Intervention zu stärken.

(Beifall SPD)

Sie wissen, wir haben im Sommer eine repräsentative Befragung bei den relevanten Berufsgruppen zu dieser Thematik durchführen lassen, eine Befragung, die den sozialwissenschaftlichen Standards einer repräsentativen Erhebung entsprach. Entgegen anderslautender Darstellung - das will ich hier gleich sagen - hat das beauftragte Institut zu keinem Zeitpunkt gegen das Betriebsverfassungsgesetz oder Datenschutzbelange verstoßen.

Die **Befragung** ergab eine - ja - knappe, aber doch klare Mehrheit für die **Einführung** einer solchen **Pflegekammer** in Schleswig-Holstein. Der Versuch, die Zustimmung von über 50 % kleinzureden, hat mich schon etwas irritiert. Wir werden daher nun zeitnah die nächsten Schritte zur Errichtung einer Pflegekammer Schleswig-Holstein gehen. Ich habe dazu bereits - wie angekündigt - zu einer Pflegekammerkonferenz eingeladen, die noch vor Weihnachten mit allen Akteurinnen und Akteuren stattfinden soll. Dort werden wichtige Weichenstellungen für den Gründungsprozess erfolgen und damit auch für die Zukunft der Pflegeberufe sowie des gesamten Handlungsfelds Pflege in unserem Land. Ich möchte die Chance der Landtagsdebatte dafür nutzen, an alle diejenigen zu appellieren, die sich bisher gegen eine Kammer ausgesprochen haben. Es ist mir wichtig, dass wir jenseits der unterschiedlichen Auffassungen im Gründungsprozess weiter konstruktiv und eng zusammenarbeiten, denn es liegt aus meiner Sicht im Interesse aller, dass wir die sehr gute und enge Zusammenarbeit im Bereich der Pflege auch in diesem Prozess weiterführen und weitenutzen. Das ist nicht nur ein Appell an alle Fraktionen und Parteien hier im Parlament, sondern auch an den Bundesverband privater Anbieter und an die Gewerkschaft ver.di.

(Beifall Birte Pauls [SPD])

Ich komme zum Bericht: Die beschriebene Entwicklung setzt sozusagen die Rahmenbedingungen für die Aktivitäten rund um die **Pflegedokumentation**. Eine gute Pflegedokumentation ist zentral für

(Ministerin Kristin Alheit)

gute Pflege. Die Nachtschicht muss wissen, was am Vortag war, und Verwandte wollen und sollen wissen, wie die Pflege ihrer Angehörigen organisiert ist. Sie wollen, dass diese nachvollziehbar und transparent ist. Eine gute Dokumentation bedeutet aber auch eine Dokumentation mit Sinn und Verstand, also mit dem rechten Maß. Die Landesregierung hat sich vorgenommen, Pflegekräfte durch eine sinnvolle Reduktion von Dokumentationsaufgaben und Doppelkontrollstrukturen zu entlasten.

Der Bericht zeigt, dass wir uns nicht nur zügig, sondern auch besonnen und sehr strukturiert auf den Weg gemacht haben. Wir haben die **Prüfrichtlinien** im Land wissenschaftlich untersuchen lassen, um folgende Fragestellungen zu klären: Entspricht die Prüfrichtlinie dem Auftrag des Gesetzes? Führt sie zur Entbürokratisierung? Unterstützt sie eine arbeitsteilige Vorgehensweise mit dem MDK? - Wir haben einen Projektbeirat eingerichtet, in dem diverse Akteure rund um die Pflege die Ergebnisse des Berichts weiter beraten werden, wenn dieser Ende des Jahres vorliegen wird.

Nach dem derzeitigen Stand der Auswertung zeigt sich, dass die Prüfrichtlinie insgesamt ein geeignetes Instrument für eine einheitliche bürokratiearme Überprüfung einer Einrichtung darstellt. Es gibt gleichzeitig eine Reihe von Optimierungsvorschlägen, die nach Vorlage des Abschlussberichts im Einzelnen bewertet und gegebenenfalls aufgegriffen werden. Nicht zuletzt wird im kommenden März zu diesem Thema eine große Fachtagung durchgeführt, im Rahmen derer die Themen aufgegriffen werden. Wir werden dann die weiteren Schritte gehen.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, wir sind auf einem guten Weg, und wir werden und müssen diesen Weg weiterverfolgen. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herzlichen Dank, Frau Ministerin. - Ich eröffne die Aussprache und erteile Frau Abgeordneter Birgit Pauls von der SPD-Fraktion das Wort. Die Frau Ministerin hat ihre Redezeit überzogen. Daher weise ich darauf hin, dass Sie Ihre Redezeit um knapp 1 Minute verlängern dürfen.

Birte Pauls [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Dank an Frau Ministerin

Alheit und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums für diesen ausführlichen Bericht. Wenn man heute mit **Pflegekräften** über deren Arbeitssituation redet, dann kommt man an dem Thema **Dokumentation** nicht vorbei. Das Thema ist für alle Beteiligten belastend. Deshalb ist es wichtig, einen aktuellen Sachstand über die Aktivitäten vorliegen zu haben.

Dokumentation ist ein absolutes Muss, das bestreitet niemand. Sie ist ein Instrument zur **Kommunikation** und patientenorientierten **Qualitätssicherung** zwischen dem Pflegepersonal untereinander, aber auch unter Ärzten und anderen Therapeuten. Dokumentation schafft **Transparenz** im Umgang mit Patienten und Angehörigen. Dokumentation bedient häufig aber auch **externe Ansprüche**, zum Beispiel die vom Medizinischen Dienst der Krankenkassen und der Heimaufsicht. Die Frage bleibt also: Was von alledem ist am wichtigsten? Kommt die umfangreiche Dokumentation wirklich dem Patientenwohl zugute? Wird dadurch die Erlebnisqualität des Patienten gesteigert? Wird das fachlich orientierte Verantwortungsgefühl der Pflegekräfte befriedigt? Oder dient sie etwa doch zum großen Teil dazu, wirtschaftliche Prozesse der Einrichtungen zu bedienen?

Nachweislich ist die Belegung in Heimen mit guten Noten der Pflegepartnersvereinbarung höher. Das erhöht den Druck. Eine gute Note hat allerdings nachweislich oft nichts mit der **Erlebnisqualität** der Patienten zu tun. Wir haben diese Aspekte schon im Rahmen der Plenardebatte im März diskutiert, als wir den Berichts Antrag gestellt haben. Ich will das jetzt nicht alles wiederholen. Natürlich ist die Antwort darauf eine Frage der Sichtweise. Professor Dr. Weiß wird als Experte in dem Bericht zitiert. Er formuliert es als Experte für Pflege- und Berufsrecht so: Eine Dokumentation muss so aufgebaut sein, „dass nicht jeder, sondern Pflegekräfte und Ärzte sich schnell einen umfassenden Überblick verschaffen können“. Genauer und treffender kann man es nicht formulieren. Alles andere muss zweitrangig sein. Pflegekräfte und Ärzte bringen die nötige Professionalität mit, um Situationen und Zusammenhänge einschätzen zu können.

In einer Zeit, in der wir händierend versuchen, Pflegekräfte in ihrem Beruf zu halten, ausländische Pflegekräfte ins Land zu holen, den Beruf anzupreisen und Ausbildungen zu modernisieren und so diese Arbeit attraktiver zu machen, sollten wir die einfachste aller Lösungen nicht außer Acht lassen: Weniger **Zeit** für **Dokumentation**, mehr Zeit für **Pflege**.

(Birte Pauls)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW)

Die wichtigsten Zahlen des uns vorliegenden Berichts stehen auf Seite 6 im letzten Absatz. Ich muss gestehen, sie haben mich schockiert. Dort steht: Für die Pflegedokumentation werden jährlich 2,7 Milliarden € ausgegeben. Auf Schleswig-Holstein bezogen sind das circa 80 Millionen €. 2,7 Milliarden € entsprechen 1.000 € je Leistungsempfänger der Pflegeversicherungen pro Jahr. 1,9 Milliarden € davon werden nur für das Ausfüllen von Leistungsnachweisen aufgewendet. Das geschieht frei nach dem angesagten Motto des MDK: Was nicht dokumentiert ist, ist nicht gemacht. Auch dies erhöht den Druck.

Was ist mit der Zeit? - Neun Minuten am Tag pro Pflegebedürftigem hören sich erst einmal nicht so schlecht an. Berechnen Sie diesen Wert auf Grundlage einer Normalstation mit circa 40 Betten, dann bedeutet dies einen Aufwand von sechs Stunden Arbeitszeit am Tag. Das ist fast eine volle Schicht einer Pflegefachkraft.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wie lautet jetzt Ihr Vorschlag?)

- Herr Garg, dass jetzt gerade von Ihnen die Frage nach einem Vorschlag kommt, finde ich amüsant.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Die Frage kam auch von Ihnen immer!)

- Haben Sie eine Frage?

(Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin Pauls, ich habe Ihre Andeutung so verstanden, dass Sie die Frage, die Herr Dr. Garg jetzt offiziell stellen möchte, zulassen.

Birte Pauls [SPD]:

Das mache ich gern, denn dadurch verlängert sich meine Redezeit.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Aufgrund der faszinierenden Zahlen, die wir beide dem Bericht entnommen haben, die jedoch offensichtlich nicht so neu sind, frage ich Sie: Wie lautet ganz konkret Ihr Vorschlag? Der Satz: Machen wir es doch so, mehr Zeit für Pflege und weniger Zeit für Dokumentation, reicht mir als Antwort auf das Problem, das Sie beschrieben haben, nicht aus.

- Herr Garg, ich sage es noch einmal: Wir müssen alle Akteure an den Tisch bringen, auch die Vertreter der Pflege. Bislang sind diese Vertreter auch auf Bundesebene leider nicht dabei. Wir müssen uns darauf konzentrieren, dass an dieser Stelle der politische Wille formuliert wird. Wir wollen, dass weniger dokumentiert wird. Das muss den Medizinischen Diensten und den Kassen mit auf den Weg gegeben werden, das muss eine Marschrichtung sein. In den vergangenen Jahren habe ich dies insbesondere auf Bundesebene schmerzlich vermisst. Bundesminister Bahr hat sich relativ wenig um dieses Thema gekümmert. Er hat lediglich eine Ombudsfrau eingesetzt, die das Thema behandeln und Berichte erstellen soll, die jedoch erst nach der Bundestagswahl veröffentlicht werden sollen, damit auch ja keiner in die Situation kommt, hier aktiv werden zu müssen. Das reicht mir an dieser Stelle nicht aus.

(Beifall SPD)

Ich sage es also noch einmal: Fast eine volle **Schicht einer Pflegekraft** geht für die **Dokumentation** drauf. Pro Pflegebedürftigem sind es sogar sieben Arbeitstage im Jahr nur für die Dokumentation. Wenn man dann bedenkt, wie knapp die Stationen heutzutage personell sowieso schon besetzt sind, was wir nämlich immer wieder hören, dann bedarf es nur wenig Phantasie herauszufinden, warum die Kolleginnen und Kollegen dauerhaft so frustriert sind.

Deshalb begrüße ich die Aktivitäten der Landesregierung sehr, hier in enger Zusammenarbeit mit allen Beteiligten, auch auf der Bundesebene, korrigierend einzugreifen. Denn unser Ziel muss es sein, dass sich **Pflegepersonal** wieder um seine **Kernaufgaben** kümmern kann, und das ist die Pflege. Es bleibt so schlicht mehr Zeit für die persönliche Wertschätzung und die Belange der Pflegebedürftigen, eben mehr Zeit für Pflege.

Wenn man über Pflegedokumentation redet, sollten die ausführenden Fachkräfte selbstverständlich mit am Tisch sitzen. Das ist für mich gar keine Frage. Bei der Formulierung der Dokumentationsinhalte wird der neu einzurichtenden Pflegekammer deshalb eine ganz besondere Rolle zuteil.

Ich freue mich sehr darüber, dass wir jetzt nach der Befragung der Pflegekräfte die **Pflegekammer** auf den Weg bringen können. Es ist in einem demokratischen Land zunächst ziemlich lustig, dass man aus bestimmten Reihen versucht, das Ergebnis zu kritisieren. Nur 24 % der Befragten haben sich gegen die Pflegekammer ausgesprochen; 51 % jedoch ha-

(Birte Pauls)

ben sich dafür ausgesprochen. Das ist nun mal eine Mehrheit, und die muss man auch gar nicht kleinreden, erst recht nicht aus den Reihen, in denen man sich schon über 5 % freut. - Danke schön.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für diesen Bericht, Frau Ministerin. Wir alle im Bund und in den Ländern sind uns schon lange einig über das Ziel, den **Dokumentationsaufwand** in der Pflege auf das **erforderliche Mindestmaß** zu reduzieren. Daran gibt es gar keinen Zweifel.

Seit vielen Jahren werden Initiativen dazu durchgeführt: Runde Tische für die Pflege, Entbürokratisierungsvorschläge und Modellprojekte in Bayern, in Rheinland-Pfalz und bei uns in Schleswig-Holstein.

Im hiesigen Modellprojekt von 2002 bis 2004 konnte - so ist es im vorliegenden Bericht zu lesen - der erforderliche Dokumentationsaufwand um die Hälfte reduziert werden. Trotzdem - und da gebe ich Ihnen recht - ist es immer noch zu viel. Zur Reduzierung des Dokumentationsaufwands benötigt man hohe pflegerische Fachkompetenz, gekoppelt mit großer Mitarbeitermotivation, eine gute und gelebte Konzeption des Heimes oder der Einrichtung, eine gute Projektplanung durch die Leitung in der Pflege und ein erprobtes Qualitätsmanagement, das Fehler rasch erkennt und beseitigt.

(Beifall CDU und FDP)

Trotzdem ergeben Untersuchungen, dass die Bemühungen zur **Reduzierung der Pflegedokumentation** nicht die gewünschte **Breitenwirkung** entfalten. Künftig muss erfolgreicher gewährleistet werden, dass die gewonnenen Erkenntnisse durch die Modellprojekte besser genutzt und umgesetzt werden sollen. Dafür gibt es seit 2011 eine eigene unabhängige Ombudsfrau zur Entbürokratisierung der Pflege. Seit September des Jahres gibt es nun von dieser Stelle entsprechende Empfehlungen, und seit dem 15. Oktober, also seit gut einem Monat, werden diese Empfehlungen im Praxistest bundesweit in fünf Regionen mit insgesamt 65 beteiligten Einrichtungen erprobt. Aus Schleswig-Holstein beteiligen sich acht Einrichtungen an diesem Modellvorhaben.

Ergebnisse zu diesem Praxistest werden Anfang 2014 erwartet, also bereits bald.

Ein weiteres bürokratisches Problemfeld ist die sogenannte **Doppelprüfung** in den Einrichtungen. Das Pflegeweiterentwicklungsgesetz schreibt vor, dass seit 2011 regelmäßig und jährlich nicht nur die Heimaufsicht der Kreise und kreisfreien Städte Qualitätsprüfungen in Pflegeeinrichtungen durchzuführen hat, sondern nun haben auch der MDK- und der PKV-Prüfdienst jährlich zu prüfen. Eine Zusammenarbeit beider Prüfeinrichtungen ist möglich, aber noch lange nicht Standard. Das muss sich ändern.

(Beifall CDU und FDP)

Deswegen ergibt sich der Eindruck, dass im Bereich der Prüfungen eine Doppelung und Zersplitterung zwischen MDK und Heimaufsicht existiert. Das Land fördert in Bezug auf Prüfungen arbeitsteilige Zusammenarbeit.

Seit April 2012, also noch unter schwarz-gelber Koalition und Regierung, gab es hierzu eine vom Land erlassene Prüfrichtlinie, um die Regelprüfung um eine möglichst einheitliche Durchführung der Prüfung zu erlangen. Zur Überprüfung dieser besagten Richtlinie wurde jüngst eine Studie in Auftrag gegeben, die die Bürokratievermeidung wissenschaftlich untersucht. Dieser Studienabschlussbericht wird Ende des Jahres erwartet. Wir sind also wieder einmal sehr gespannt, dies umso mehr, als das ganze Projekt ja noch aus unserer Regierungszeit stammt.

Beteiligte im Projektbeirat dieses Verfahrens sind neben den entsprechenden Ministerien die Aufsichtsbehörden, die Trägerverbände, die Pflegekassen, der Landesseniorenbeirat und die LAG der Heimmitwirkung und natürlich auch der MDK. Es zeichnet sich bereits jetzt ab, dass dieses Instrument geeignet ist und sich eine Reihe von Optimierungsvorschlägen ergeben wird.

Unser gemeinsames Ziel und das aller Beteiligten ist, die Dokumentation im Bereich der Altenpflege zu konkretisieren und auf ein notwendiges Maß zu begrenzen, welches auch praxistauglich ist.

(Beifall CDU und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Danke schön.

Wir müssen also dafür Sorge tragen, unnötige Belastungen der Pflegeeinrichtungen zu vermeiden. Wir sind sehr gespannt auf die **Ergebnisse** der angesprochenen **Studien** am Ende des Jahres; denn die

(Katja Rathje-Hoffmann)

Pflege braucht mehr Zeit am Menschen als am Schreibtisch, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt SPD)

Vor allem bedarf sie mehr Anerkennung und Geld.

Gestatten Sie mir abschließend noch einige Worte zur **Pflegekammer**. Hierzu muss man eines sagen: Es gab zwar eine Mehrheit von 51 %. Ich glaube aber, Ergebnisse darf man auch einmal in Zweifel stellen. 51 % also haben sich dafür ausgesprochen. Aber von diesen 51 % sind immerhin 17 % gegen jegliche Beitragszahlungen. Auch das gehört zur Wahrheit.

(Beifall CDU und FDP)

Denn ich kann eine Kammer nur mit Beiträgen finanzieren. Insofern relativieren sich diese 51 % durchaus.

Auch bei den Flyern und der Befragung der Pflegefachkräfte wurde nicht mit offenen Karten gespielt.

(Beifall CDU und FDP)

Denn die Befragung in Hamburg läuft ganz anders; dort wird nämlich schon mit Zahlen gearbeitet. Eine Pflegefachkraft, die nicht berufstätig ist, zahlt 5 €, eine Pflegefachkraft, die in Teilzeit arbeitet, zahlt 8 €, eine Vollzeitpflegefachkraft soll 10 bis 12 € zahlen - so ist die Prognose dort -, und eine Pflegedienstleitung soll 25 € pro Monat bezahlen. Ich finde, auch das gehört zur Wahrheit.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung der Frau Abgeordneten Birte Pauls?

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Nein.

(Lachen und Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich in der Rednerliste fortfahre, bitte ich Sie, mit mir zusammen auf der Tribüne den Kreispräsidenten des Kreises Pinneberg, Herr Burkhard Tiemann, zu begrüßen. - Herzlich willkommen hier im Landtag!

(Beifall)

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Dr. Marret Bohn.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Pflegen heißt, sich um einen Menschen zu kümmern. Dokumentieren heißt, sich um Akten zu kümmern. Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun, theoretisch jedenfalls. Praktisch sieht die Realität in der Pflege leider anders aus. Wir alle wollen für uns und unsere Angehörigen, wenn es irgendwann einmal so sein wird, eine gute Pflege.

Damit pflegerisches Handeln zu bestmöglichen Ergebnissen führt, muss planvoll, Schritt für Schritt, eines nach dem anderen und nachvollziehbar vorgegangen werden. Einen Schritt nach dem anderen tun, dann dokumentieren. Es ist gut, am Ende einer Schicht festzuhalten, was erledigt ist und was noch nicht. Dann sieht die nächste Schicht, wenn sie zur Arbeit kommt, gleich, was noch getan werden muss. **Dokumentation** in der Pflege ist also nicht überflüssig; sie ist ein wichtiges **Instrument zur Qualitätssicherung**.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber wie immer in der Medizin kommt es auf die Dosis an. Pflegedokumentation ist kein Selbstzweck, sie ist Mittel zum Zweck. Pflegekräfte wollen Menschen helfen. Dafür sind sie ausgebildet. Wir können alle froh und dankbar sein, dass es immer noch viele Menschen gibt, die diese Ausbildung machen, die in diesem Beruf arbeiten und denen die Menschen, die sie pflegen, auch sehr am Herzen liegen. Das ist gut so, und - da bin ich mir sicher - darüber sind wir uns auch alle einig.

Die meisten von Ihnen werden die Situation kennen: Sie besuchen einen Angehörigen im Pflegeheim. Pflegekräfte laufen über die Station. Eine oder zwei allerdings sitzen im Büro am Schreibtisch. Sie beugen sich über die Akten; Pflegedokumentation ist angesagt. Auf der Station rote Leuchten, Lämpchen, die angehen, Klingeln, die anschlagen, aus den Zimmern sind Stimmen zu hören. All dies sind Signale von Menschen, die ein Bedürfnis, die einen Wunsch haben. Und es ist unsere politische Verantwortung, dass diese Stimmen gehört werden und dass die **Bedürfnisse der Pflegebedürftigen** in den Vordergrund gestellt werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt FDP)

Für uns Grüne ist ganz klar: erst der Mensch, dann die Akte. Das ist die richtige Reihenfolge. Genauer gesagt: Die Anforderungen an die Dokumentation müssen so ausgerichtet sein, dass es während der Schicht zu schaffen ist. Die Dokumentation muss

(Dr. Marret Bohn)

die Pflege unterstützen. Sie darf ihr nicht die für die Pflegebedürftigen erforderliche Zeit nehmen; denn wir wollen ja alle mehr Zeit für die Pflege, wie es auch in der Überschrift zu dem Antrag zum Ausdruck kommt.

Der vorliegende Bericht der Landesregierung - herzlichen Dank, liebe Ministerin, dafür an Sie und Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ministerium - zeigt, dass wir uns auf den Weg gemacht haben. Übrigens sind wir nicht die Ersten. Das will ich hier gern eingestehen. Auch andere Landesregierungen haben für den Abbau der Dokumentation, den Abbau der Bürokratie alles Mögliche getan. Trotzdem ist das ein Bereich, in dem wir noch weiter nach vorne gucken müssen; denn am Ziel - da sind wir uns sicherlich alle einig - sind wir noch lange nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und PIRATEN)

Im Jahre 2006 stellte das Bundesministerium für Familie und Senioren ein hohes Maß an Fehldokumentationen in der Pflege fest. Ich will jetzt nicht wiederholen, was meine Kollegin Birte Pauls gerade gesagt hat. Kosten in Höhe von 1,9 Milliarden € entstehen durch das Ausfüllen von Leistungsnachweisen. Da wiehert der Amtsschimmel. Genau das müssen wir ändern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Von 2002 bis 2004 konnte durch das **Modellprojekt „Vereinfachte Pflegeplanung“** der Dokumentationsaufwand durchschnittlich um die Hälfte gesenkt werden. Das ist ein handfester Erfolg. Darauf sollten wir aufbauen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir Grüne setzen bei der Entlastung der Pflegenden bei der Dokumentation auch auf moderne Techniken. Aus meiner Sicht ist das etwas, das noch viel stärker berücksichtigt werden sollte.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, Schleswig-Holstein ist bei der Pflege am Ball, und nicht nur das: Wir sind auch in der Offensive; mehr Ausbildungsplätze in der Pflege, eine Pflegekammer für die Pflegenden und weniger Bürokratie in der Pflege.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete Dr. Bohn, lassen Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Garg zu?

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich lasse sie gerne zu.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Frau Kollegin Bohn, fänden Sie es vor dem Hintergrund Ihrer letzten Ausführungen nicht auch sinnvoller, dass man, anstatt jedem Schüler ein Smartphone in die Hand zu drücken, wie es nach den vagen Versprechungen einer möglichen Großen Koalition geschehen soll, sämtliche ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen mit entsprechenden Endgeräten ausrustet, um zu einer einfacheren und technisch optimierten Pflegedokumentation zu kommen?

- Da ich bei den Koalitionsgesprächen nicht dabei bin, weiß ich nicht, ob das, was in den Medien zitiert wird, wirklich ein konkreter Vorschlag von SPD und CDU ist. Aber ich gebe Ihnen recht - ich gehe einmal davon aus, dass Ihre Frage in diese Richtung zielt -, dass die **elektronische Dokumentation** gerade im Bereich der Pflege ein Riesenfortschritt sein könnte. Da sind wir absolut einer Meinung.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mehr Zeit für Pflege, das wünschen sich Pflegebedürftige und Pflegenden. Wir sind auf einem guten Weg. Lassen Sie ihn uns gemeinsam weitergehen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat die Abgeordnete Anita Klahn.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Dies ist nicht die erste Debatte, die wir zum Thema Pflege führen. Es wird sicherlich auch nicht die letzte sein. Angenehm überrascht hat mich jedoch, dass es die erste ist, die tatsächlich einmal sehr sachlich verläuft, gerade von Ihrer Seite. Ich erinnere mich an recht kontroverse Debatten, in der die SPD-Fraktion gefordert hat, die Durchführungs-

(Anita Klahn)

verordnung zum Selbstbestimmungsstärkungsgesetz und die Prüfrichtlinie umgehend vorzulegen. Liebe Frau Kollegin Pauls, Sie haben uns damals vorgeworfen, wir verwehrten den Pflegebedürftigen das Recht zur gleichberechtigten Teilhabe am Leben in der Gesellschaft und gingen respektlos mit pflegebedürftigen Menschen um. Sie forderten den damaligen Gesundheitsminister Dr. Garg mit Hinweis auf seine bereits achtzehnmonatige Regierungstätigkeit vehement auf, endlich die Rahmenbedingungen anständig und zukunftssicher zu gestalten. Zur Durchführungsverordnung haben Sie sich sogar dazu erdreistet zu sagen, dass sie dem Grundgedanken des Selbstbestimmungsstärkungsgesetzes in keinsten Weise gerecht werde. Alles, was die CDU/FDP-Regierung seinerzeit erarbeitet hat, war also viel zu wenig und kam viel zu spät.

Ich frage Sie, wo wir heute stehen. Rot-Grün-Blau regiert seit genau 18 Monaten. Wo bleiben denn Ihre Initiativen, Frau Pauls, um - wie Sie es immer gefordert haben - **Prüfrichtlinie** und **Durchführungsverordnung** endlich im Sinne der Menschen zu novellieren? Davon sehe ich nichts.

(Beifall FDP - Dr. Heiner Garg [FDP]: Wo bleibt denn die Novelle, Frau Pauls?)

Ich sehe Ihre hilflosen Berichtsanträge. In den Berichten stellt die Landesregierung richtigerweise dar, dass sie den vernünftigen Kurs der Vorgängerregierung im Pflegebereich fortsetzen wird. Ich empfehle, auch die Seiten 3 und 5 des Berichts zu lesen. Da steht das nämlich ganz deutlich drin.

Liebe Frau Kollegin Pauls, wie erklären Sie den Pfliegenden heute, dass die von Ihnen getragene **Landesregierung keinen Handlungsbedarf** sieht? In der Antwort auf eine Kleine Anfrage des Kollegen Dr. Garg - Drucksache 18/359 - stellt diese klar, dass sie keine Novellierung der Durchführungsverordnung plane. Auch in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Kollegin Franzen - Drucksache 18/1183 - macht die Landesregierung geltend, dass hinsichtlich der Prüfrichtlinie kein Änderungsbedarf bestünde. Das wird im Übrigen auch in dem vorliegenden Bericht deutlich. Ich zitiere - mit Erlaubnis des Präsidenten - aus dem Bericht:

„Nach dem derzeitigen Stand der Auswertung zeigt sich, dass die Prüfrichtlinie insgesamt ein geeignetes Instrument für eine einheitliche und ‚bürokratiearme‘ Überprüfung der Einrichtungen darstellt.“

Frau Pauls, Sie haben in den damaligen Debatten die hervorragende Vorarbeit des damals SPD-geführten Sozialministeriums zum Selbstbestim-

mungsstärkungsgesetz ausdrücklich hervorgehoben. Ich denke, es ist an der Zeit, dass Sie jetzt auch die hervorragende Arbeit des damals FDP-geführten Sozialministeriums bei der Umsetzung der beiden Richtlinien anerkennen. Es hat sich gezeigt, dass sich die Gründlichkeit, die unsere Regierung damals an den Tag gelegt hat, jetzt deutlich im Sinne der Betroffenen auszahlt. Es ist erfreulich zu lesen, dass die von Dr. Garg zu verantwortende **Prüfrichtlinie** zur **Entbürokratisierung** beiträgt und gleichzeitig eine arbeitsteilige **Zusammenarbeit zwischen Aufsicht und MDK** ermöglicht. Die im Ursprungsantrag der SPD geforderte bessere Abstimmung im Bereich der Prüf- und Aufsichtsaktivitäten konnte also bereits erzielt werden.

Ist damit der Weisheit letzter Schluss erreicht? Selbstverständlich nicht. Deswegen ist das zu unserer Regierungszeit eingeleitete Verfahren der **praktischen Evaluation** nur vernünftig. Ich erwarte von Sozialministerin Alheit, dass sie Anpassungen vornimmt, wenn entsprechende Ergebnisse vorliegen. Ich halte es auch für richtig, dass die Landesregierung plant, genau diesen Weg zu verfolgen. Auch finden die weiteren Ansätze, welche die Landesregierung als Fazit des Berichts wiedergibt, die Unterstützung der FDP.

(Beifall FDP)

Insbesondere der im Bericht enthaltene Verweis der Landesregierung auf weitere bundesgesetzliche Initiativen zeigt, dass die landesgesetzlichen Hausaufgaben durch die Vorgängerregierung bereits vernünftig erledigt worden sind. - Ich freue mich auf die Diskussion im Sozialausschuss.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat der Abgeordnete Wolfgang Dudda.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Pflege ist eines der Megathemen. Es ist ein Gegenwartsthema und auch ein Zukunftsthema. Ich erinnere an die Zahl: 7.000 Pflegekräfte werden uns fehlen. Darum haben wir uns zu kümmern. Deswegen ist der Bericht der Landesregierung so wichtig gewesen. Ich bedanke mich auch für den Bericht. Er war aufschlussreich.

Was das Thema **Pflege** selbst angeht, so möchte ich die Ausführungen der Kollegin Pauls ausdrücklich loben. Ich wollte das genauso sagen. Die Zahlen

(Wolfgang Dudda)

sind eindrucksvoll. Die genannte Zahl von 2,7 Milliarden € und auch die Zahl von 1.000 € pro Pflegebedürftigem sind deswegen so eindrucksvoll, weil eine Pflegehilfskraft des Arbeitersamariterbundes, mit der ich vor zehn Tagen gemeinsam mit dem Kollegen Breyer gesprochen habe, bei einer **Arbeitszeit** von 30 Stunden in der Woche ein Einkommen von 900 € im Monat erzielt. Das ist eine unverantwortliche Zahl. So kann es ganz gewiss nicht weitergehen.

Was die **Dokumentation** in der Pflege angeht, so haben Sie, Frau Dr. Bohn, zu Recht von der richtigen Dosis gesprochen. Ich habe hier einmal eine Überdosis mitgebracht. Das sind 14 Bögen, die in einem Pflegebetrieb auszufüllen sind. Das ist völliger Wahnsinn. Das kann an den Pflegebedürftigen nur vorbeigehen. Deswegen müssen wir das dringend abstellen, ob auf elektronischem Wege oder - die Idee, die mir die Kollegin Franzen gestern erzählt hat, gefällt mir viel besser - durch eine sogenannte **Negativedokumentation**. Das heißt, dass eine Dokumentation nur noch dann notwendig ist, wenn vom vorgeschriebenen Pflegehandeln abgewichen wird. Viel einfacher geht es nicht. Das ist uns deutschen Bürokraten wahrscheinlich noch zu fremd, obwohl es nach Auskunft meines Kollegen Breyer juristisch durchaus vertretbar wäre.

Zurück zum Bericht. Auf dem Papier sieht das alles ziemlich gut aus. Auf der Seite 6, die schon mehrfach genannt wurde, wird deutlich, dass theoretische Verbesserungen und Verschlinkungen auf Bundesebene immer daran gescheitert sind, dass dann, wenn weniger Bögen ausgefüllt worden sind und weniger dokumentiert worden ist, am Wochenende oder am Freitag mehr zusammenfassend gemacht wurde. Das hat niemandem geholfen. Es gibt da für uns sehr viel zu tun. Die Pflegekammer, mit der ich mich anfangs sehr schwer getan habe, sehe ich als eine Möglichkeit - es kann nicht die einzige sein.

Ich will es wertfrei sagen: Von den neun Pflegenden, mit denen ich gesprochen habe, ist nicht eine einzige Pflegekraft gefragt oder befragt worden - obwohl das ganz verschiedene Unternehmungen waren. Das finde ich bemerkenswert.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

- Wahrscheinlich. Trotzdem bleibt mir heute festzustellen, dass es bei uns keinen Dissens darüber gibt, dass wir die Pflege demokratisieren wollen. Dabei müssen wir auch untersuchen, ob die **Dokumentationszeiten** rechnerisch in der **Pflegezeit** belassen werden müssen. Das kann man auch anders regeln.

Es reicht nicht, Dokumentationspflichten im Pflegealltag zu verschieben, sondern es müssen echte Entlastungen her.

Es gibt auch keinen Dissens darüber, dass wir eine Dokumentationspraxis brauchen. Auch das ist notwendig und muss nach den rechtlichen Vorgaben gewisse Mindeststandards erfüllen.

(Beifall PIRATEN)

Und es gibt keinen Dissens darüber, dass wir anerkennen, dass eine Entbürokratisierung der Pflege auch etwas mit der **Attraktivität des Berufs** an sich zu tun hat. Wer Menschen pflegen will, will keine Papiere ausfüllen. Sie hatten es ausführlich und richtig dargestellt, Frau Bohn: Das sollen Pfleger sein und keine Dokumentationsassistenten.

Vor diesem Hintergrund begrüße ich ausdrücklich das, was Sie an weiteren Maßnahmen im Ministerium vorhaben. Ich hoffe, dass wir im Frühjahr mit belastbaren Thesen gute Beratungen führen, die zielführend sind und möglichst schnell helfen. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für den SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Das Thema Pflege ist für die Landespolitik aus guten Gründen ein Dauerbrenner. Wir können alle beruhigt sein: Die rot-grün-blaue Regierung arbeitet hier mit mindestens so großem Engagement an einer bedarfsgerechten Versorgung wie ihre Vorgänger.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist auch dringend nötig, denn eins lässt sich nicht von der Hand weisen: Eine wirklich **menschenwürdige Pflege** zu organisieren, ist und bleibt eine enorme **Herausforderung**. Ich denke, für Schuldzuweisungen oder gar Vorwürfe ist hier weder Zeit noch Raum.

Weil wir Menschen immer älter werden und damit auch die Zahl der Pflegebedürftigen unter uns wächst, sollten wir uns alle gemeinsam auf diese große Herausforderung konzentrieren. Sicher spielen Themen wie die Dokumentation oder die Auf-

(Flemming Meyer)

sichts- und Prüfaktivitäten im Pflegebereich eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, die Versorgung bedarfsgerecht zu gestalten. Deshalb haben wir auch konkrete Maßnahmen in unserem Koalitionsvertrag vereinbart, die zur **Entlastung der Pflegefachkräfte** führen.

Dokumentationsaufgaben sollen spürbar reduziert und **Doppelstrukturen** abgebaut werden. Das spart nicht nur Geld, sondern vor allem wertvolle Zeit, die dringend den Pflegebedürftigen zugute kommen muss.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch die **Aufstockung** der Zahl der landesseitig geförderten **Ausbildungsplätze** in der Altenpflege wird zur Sicherung der Versorgung beitragen. Hier führen wir die Politik von CDU und FDP konsequent fort.

Wenn wir schon bei der reinen Zahl der professionell Pflegenden sind, dann muss auch auf das gelöste Problem bei der **Finanzierung der Aus- und Weiterbildung** in der Altenpflege hingewiesen werden. Ich denke, dass wir mit diesen Maßnahmen zumindest beim zahlenmäßigen Verhältnis zwischen Pflegebedürftigen und Pflegefachkräften auf einem guten Weg sind. Diese Entwicklung ist, für sich genommen, natürlich erst einmal positiv.

Doch wenn ich ehrlich bin, dann macht mich diese Tatsache nicht wirklich glücklich und zufrieden. Denn seit Jahren erleben wir die zunehmende Verkürzung der Pflegediskussion auf rein quantitative Kriterien. Man fragt sich fast nur noch, wie viele Pflegebedürftige zu erwarten sind, und danach, wie viele Pflegekräfte benötigt werden, um diesen Bedarf zu decken.

Kein Zweifel: Für sich genommen sind das durchaus wichtige Fragen. Aber wenn Pflege menschlich sein und bleiben soll, dann reicht das nicht. Dann geht es eben nicht nur um die reine Erhöhung der Zahl derer, die in der Pflege arbeiten. Dann geht es um weit mehr als die bloße Versorgung der physischen Grundbedürfnisse von Pflegefällen. Das sprichwörtliche „satt und sauber“ ist einfach nicht genug. Eine menschenwürdige Pflege braucht vor allem Zeit und Platz für Zwischenmenschlichkeit und Zuwendung.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer im Pflegebereich wirklich im Sinne der Betroffenen handeln und die Pflege nach den Bedürfnissen der Pflegebedürftigen ausrichten will, der

kommt um einen Punkt nicht herum: Kernaufgabe ist und bleibt es, diesen menschlichen Faktor zu erhalten und nach Möglichkeit sogar auszubauen.

Natürlich sieht auch der SSW die begrenzten Ressourcen und die fehlende Attraktivität des Pflegeberufs. Aber gerade weil die Ressourcen so begrenzt sind, müssen wir sie optimal - damit meine ich im Sinne der Bedürftigen - einsetzen. Und genau das wollen wir tun, indem wir uns dafür einsetzen, dass die Dokumentation in der Pflege auf das Maß beschränkt wird, das für das Patientenwohl nötig ist.

Natürlich ist die Reduzierung der Pflegedokumentation auf ein erforderliches Maß bei Weitem nicht die einzige Maßnahme, die für eine zukunftssichere und hochwertige Pflege nötig ist. Um mehr Menschen für dieses Berufsfeld zu begeistern und die Pflegefachkräfte länger in ihrem Job halten zu können, braucht es mehr: Ein **veränderter Personalschlüssel** gehört hier genauso dazu wie die **höhere Wertschätzung** - nicht zuletzt auch durch eine **bessere Bezahlung**.

Mit Blick auf die Entlastung der professionell Pflegenden müssen wir nicht nur die Akademisierung der Pflege vorantreiben, sondern auch für bessere **Weiterbildungsmöglichkeiten** sorgen. Denn uns ist nicht nur die höhere Zahl an Pflegefachkräften wichtig; wir halten auch eine hohe Qualität der Pflege durch gut ausgebildete und vor allem motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für absolut unverzichtbar. - Danke.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag gemäß § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung hat die Abgeordnete Birte Pauls.

Birte Pauls [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte gerne noch einmal mit einigen Zahlen aufräumen. Die Kollegin Rathje-Hoffmann hat gesagt, dass sich 44 % generell gegen einen **Beitrag** für die **Pflegekammer** ausgesprochen haben. Das ist zwar richtig, aber es ist nur die Hälfte der Wahrheit.

Die ganze Wahrheit ist nämlich, dass sich 52 % für einen Beitrag ausgesprochen haben. 33 % aller Befragten sind damit einverstanden, zwischen 5 € und 9 € zu bezahlen, 14 % zwischen 10 € und 14 €, 4 % zwischen 15 € und 20 € und sogar 1 % mehr als 20 €. Von den Befürwortern der Pflegekammer sind

(Birte Pauls)

insgesamt 78 % für einen Beitrag - das noch einmal zu den 44 %, die angeblich alle dagegen sind.

(Katja Rathje-Hoffmann [CDU]: Ich habe 70 % gesagt!)

- Es tut mir leid. Das gibt diese Befragung leider nicht her.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete Pauls, lassen Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Herrn Tobias Koch zu?

Birte Pauls [SPD]:

Ich möchte gerne noch einmal einen Satz an Frau Klahn richten.

Präsident Klaus Schlie:

Danach Herr Koch.

Birte Pauls [SPD]:

Vielleicht.

(Heiterkeit)

Frau Klahn, Sie sprachen die **Prüfrichtlinie** an und sagten, dass der Beirat unter der alten Vorgängerregierung unter Herrn Garg eingeführt wurde - richtig. Das passierte alles im April 2012. In diesem **Projektbeirat** unter der Federführung des Ministeriums sind die Aufsichtsbehörden, die Trägerverbände, der Landessenorenrat, die LAG Heimmitwirkung und der MDK als Mitglieder einberufen. Das ist Ihre Art und Weise, mit Pflege umzugehen. Wo in aller Welt sind die Pflegenden in diesem Bereich?

(Beifall SPD)

- Sie waren nicht einbezogen. Das ist Ihre Art und Weise, mit Pflegenden umzugehen. Das ist das beste Argument für eine Pflegekammer. - Danke schön.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, die Überlegungen der Abgeordneten Pauls haben offensichtlich zu dem Ergebnis geführt, keine - -

(Heiterkeit)

Dann haben Sie die Chance, nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung zu sprechen.

(Beate Raudies [SPD]: Prozentrechnung!)

Tobias Koch [CDU]:

Das Stichwort war in der Tat „Prozentrechnung“. Frau Raudies, vielen Dank, da konnte ich mich gerade nicht zurückhalten.

(Beate Raudies [SPD]: Dafür haben wir ja Sie, Herr Koch! - Weitere Zurufe)

Prozentrechnung ist nicht jedermanns Sache. Aber ich habe bei diesem mir vollkommen unbekanntem Thema Folgendes verstanden: 51 % der Befragten haben sich für eine Pflegekammer ausgesprochen. 78 % von diesen 51 % haben sich für eine Beitragspflicht ausgesprochen. Damit stellt sich die Frage: Wie viele der **Befragten** sind für Pflegekammer und Beitragspflicht gleichermaßen?

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Gut 39 %!)

Beides gehört zusammen und ist untrennbar miteinander verbunden. Ich konnte die Zeit nutzen und habe mit meinem Handy nachgerechnet. 39,78 % sind also für eine **Pflegekammer**.

(Serpil Midyatli [SPD]: Herr Koch, was ist eine Pflegekammer? - Weitere Zurufe von der SPD)

Das heißt aber, dass knapp unter 40 % für Pflegekammer und Beitrag gleichermaßen sind.

(Wortmeldung Birte Pauls [SPD])

- Keine irritierenden Zwischenfragen. Die Frage lasse ich jetzt nicht zu. Weniger als 40 % sind für Pflegekammer und Beitragspflicht gleichermaßen. Ob ich Ihre Zwischenfrage zulasse, überlege ich mir jetzt einmal.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, lassen Sie trotz Ihrer weitgehend mathematischen Überlegungen die Zwischenfrage zu?

(Heiterkeit)

Tobias Koch [CDU]:

Ja.

Birte Pauls [SPD]: Herr Kollege, vielen Dank dafür. - Ich würde Sie gerne fragen, ob Sie Seite 5 des Berichts beziehungsweise der Umfrage gelesen haben? Wenn nicht, darf ich Ihnen empfehlen, diese Seite 5 beziehungsweise die ganze Befragung noch einmal gründlich zu lesen, bevor Sie so ein Rechenexempel aufstellen.

(Tobias Koch)

(Zuruf SPD: Vorsicht Falle! - Heiterkeit SPD)

- Fangfragen beantworte ich eigentlich grundsätzlich nicht.

(Heiterkeit)

Ich habe Ihrem Redebeitrag sehr aufmerksam gelauscht. Ich vertraue darauf, dass die Zahlen, die Sie hier genannt haben, richtig sind. Nur diese habe ich für meine Berechnung herangezogen.

Präsident Klaus Schlie:

Es gibt das Bedürfnis einer weiteren Zwischenfrage.

Serpil Midyatli [SPD]: Herr Koch, was ist eine Pflegekammer?

(Heiterkeit)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, Sie können die Frage beantworten, Sie müssen sie aber nicht beantworten.

Tobias Koch [CDU]:

Die Frage wird gerade dankenswerterweise zurückgezogen. Ich würde es folgendermaßen versuchen: Die Pflegekammer ist die öffentlich-rechtliche Organisation, die alle in der Pflege Beschäftigten vertritt.

(Birte Pauls [SPD]: Das stimmt schon mal nicht!)

- Das mag aber auch anders sein. - Herzlichen Dank.

(Heiterkeit und Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung. Für uns ist kein wahrnehmbarer Antrag gestellt worden. Ist das richtig?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Doch! Ausschussüberweisung! - Anita Klahn [FDP]: Ausschussüberweisung!)

- Damit ist er jetzt gestellt. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung Drucksache 18/1213 dem Sozialausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Damit ist die Überweisung einstimmig beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 41 auf:

Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses in der Zeit vom 1. Juli 2013 bis 30. September 2013

Bericht des Petitionsausschusses
[Drucksache 18/1260](#)

Ich erteile dem Vorsitzenden des Petitionsausschusses, dem Abgeordneten Uli König, das Wort.

Uli König [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich, Ihnen heute als Vorsitzender des Petitionsausschusses den Tätigkeitsbericht des Ausschusses - -

(Unruhe)

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, obwohl die Mittagspause naht, bitte ich Sie, sich trotzdem auf den Bericht des Vorsitzenden des Petitionsausschusses zu konzentrieren.

Uli König [PIRATEN]:

Es geht um das dritte Quartal 2013; das habe ich gerade schon gesagt. Mein Bericht wird heute ein kleines bisschen länger als sonst, Entschuldigung.

Der Petitionsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags hat im Berichtszeitraum 118 neue **Petitionen** erhalten. In drei Sitzungen hat sich der Ausschuss mit diesen Petitionen und denjenigen aus den vorherigen Quartalen befasst. Im Berichtszeitraum sind 105 Petitionen und ein Selbstbefassungsverfahren abschließend behandelt worden. Darunter gab es zwei Gegenvorstellungen im bereits abschließend beratenden Verfahren.

Von den 105 Petitionen sowie dem Selbstbefassungsverfahren, die der Petitionsausschuss abschließend behandelt hat, erledigte der Ausschuss 15 Petitionen im Sinne sowie 28 Petitionen teilweise im Sinne der Petentinnen und Petenten. 14 Petitionen konnte er nicht zum Erfolg verhelfen. Eine einzige Petition ist im Laufe des Verfahrens zurückgezogen worden. 21 Petitionen und das Selbstbefassungsverfahren wurden auf sonstige Weise erledigt.

Im Rahmen der **Öffentlichen Petitionen** hat der Ausschuss die **Anhörung** der Hauptpetentin und des Ministers für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume durchgeführt.

(Uli König)

Ich möchte Ihnen ein Beispiel für eine **Petition** geben, damit Sie eine Idee bekommen, was wir da so machen. Das „**Wacken Open Air**“ hat den Petitionsausschuss bereits seit der 16. Wahlperiode beschäftigt - bislang jedoch ohne Ortstermin. Auch in dieser Legislaturperiode war die Lärmsituation zu Zeiten des Festivals wiederum ein Thema. Der Petitionsausschuss hatte bereits Überprüfungen und daraus folgende Maßnahmen anstoßen können. Zur Verbesserung der Lärmsituation wurden umfangreiche Änderungen umgesetzt. Die nunmehr an fünf Tagen stattfindenden Lärmmessungen rund um das dreitägige Festival haben aktuell ergeben, dass die **Lärmbelastungen** am Wohnort des Petenten unterhalb der Schwelle einer akuten Gesundheitsgefährdung liegen.

(Vereinzelter Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW - Hans-Jörn Arp [CDU]: Haben wir immer gesagt!)

Außerdem gibt es noch gute Nachrichten. Die **Öffentliche Petition** läuft seit Anfang des Monats wieder.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Sie wurde im April abgeschaltet. Jetzt ist sie nach etwas mehr als einem halben Jahr wieder da. Ich freue mich ganz besonders, Ihnen das jetzt zu verkünden.

Ich bitte den Landtag, hiervon Kenntnis zu nehmen und die Erledigung der Petitionen zu bestätigen.

(Beifall)

Präsident Klaus Schlie:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wird das Wort zum Bericht gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Aber nun liegt mir eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer vor.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beantrage auch für die Mitglieder meiner Fraktion eine gesonderte Abstimmung bezüglich der Öffentlichen Petition Nummer 11 des Innenministeriums betreffend die Abschaffung eines Tanzverbots. Ich würde gern vor der Abstimmung kurz begründen, warum wir der Erledigung nicht zustimmen wollen.

Präsident Klaus Schlie:

Danke. - Weitere Wortmeldungen zur Geschäftsordnung liegen mir vom Abgeordneten Matthiessen sowie vom Abgeordneten Weber vor.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident, das führt zu großen Schwierigkeiten wegen der Vertraulichkeit der Gegenstände im Petitionsausschuss.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Der Bericht ist doch öffentlich!)

- Wenn Sie jetzt einzelne Punkte hier zur Abstimmung stellen, bedeutet das auch eine Befassung der Mitglieder, die nicht dem Petitionsausschuss angehören.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Das ist eine Öffentliche Petition!)

Präsident Klaus Schlie:

Bitte lassen Sie erst dem Kollegen Matthiessen das Wort. Geht das?

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich wollte sagen, dass das in diesem Verfahren so nicht geht. Wir hätten dann vorher eine Rückverweisung des Berichts beantragen müssen, eine Neubefassung und so weiter.

Das hat der Vertreter der Piratenfraktion im Ausschuss, die immerhin auch den Vorsitzenden stellt, so nicht vorgetragen. Aufgrund der besonderen Kautelen bei der Handhabung des Ausschusses geht das in diesem Fall vom Verfahren her aus meiner Sicht nicht.

Präsident Klaus Schlie:

Lassen Sie mich die Meinung des Präsidiums dazu mitteilen. Eigentlich war angekündigt, dass Sie, Herr Abgeordneter Dr. Breyer, beantragen wollten, dass eine Rücküberweisung dieser Einzelpetition an den Petitionsausschuss durchgeführt wird. Zu diesem Zeitpunkt habe ich keine rechtlichen Bedenken gehabt.

Sie haben jetzt eine Einzelabstimmung über diese Petition beantragt. Dazu teile ich die rechtlichen Bedenken des Abgeordneten Matthiessen und halte die Abstimmung an diesem Punkt für unzulässig.

(Präsident Klaus Schlie)

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Jetzt hat erst einmal zur Geschäftsordnung der Abgeordnete Weber das Wort.

Jürgen Weber [SPD]:

Herr Präsident, ich teile Ihre Auffassung. Ich wollte deutlich machen, dass die geschäftsordnungsmäßige Frage von Ihnen richtig dargestellt worden ist. Die Frage der Behandlung von Einzelpetitionen im gesamten Plenum ist allerdings eine grundsätzliche Frage.

Wenn wir an den Punkt kommen, hier über einzelne Dinge zu verhandeln, würde ich mich dazu noch einmal in der Sache melden. Geschäftsordnungsmäßig ist es in Ordnung, dass das nicht in dieser Form zugelassen werden kann. Eine Rücküberweisung kann beantragt werden. Dann würden wir uns ausdrücklich, ausführlich und grundsätzlich dazu äußern wollen. Denn wir brauchen keinen Petitionsausschuss, wenn einzelne Petitionerledigungen mit einfacher Mehrheit im Plenum wieder weggestimmt werden können. Darüber müssen wir dann sehr grundsätzlich reden.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Geschäftsleitend weise ich nur darauf hin, dass wir diese Frage natürlich vorher rechtlich geprüft haben, Herr Abgeordneter Weber. Wir würden die Petition ja erst ganz zum Schluss, wenn wir den Bericht zur Kenntnis nehmen, für erledigt erklären. Deswegen wäre eine Rücküberweisung - auch wenn ich aus systematischen Gründen der Auffassung bin, dass die Petition aufgrund der Behandlung im Petitionsausschuss schon erledigt ist - aus formalen Gründen noch möglich. Aber das hat Herr Abgeordneter Dr. Breyer eben nicht beantragt. - Herr Dr. Breyer, Sie haben noch einmal das Wort zur Geschäftsordnung.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident, in Anbetracht Ihrer Hinweise beantrage ich stattdessen, diese Petition in den Petitionsausschuss zurückzuüberweisen, mache die Kolleginnen und Kollegen allerdings darauf aufmerksam: Wenn Sie immer im Paket abstimmen lassen, müssten wir die gesamte Erledigung ablehnen, was wir eigentlich gar nicht wollen. Gerade wenn es um eine Öffentliche Petition geht, bei der der Antragstel-

ler namentlich im Internet steht, dürften dem keine datenschutzrechtlichen Bedenken entgegenstehen.

Präsident Klaus Schlie:

Eine weitere Wortmeldung zur Geschäftsordnung des Abgeordneten Eichstädt. - Bitte sehr.

Peter Eichstädt [SPD]:

Ich möchte zum weiteren Verfahren noch einmal bestätigt haben, dass der Vorsitzende des Petitionsausschusses eben ohne jede Einschränkung dazu aufgefordert und darum gebeten hat, dass wir hier die Erledigung aller Petitionen beschließen. Das wäre ein Antrag, über den eigentlich abgestimmt werden könnte. Dann mag es einen anderen Antrag von Herrn Breyer geben; aber im Ergebnis entscheidet dann eine Mehrheit.

(Beifall SPD, CDU, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Wir werden entsprechend der Geschäftsordnungslage folgendermaßen verfahren - damit sind wir, glaube ich, pragmatisch richtig davor -: Es ist jetzt beantragt worden, die Petition L 2122/18/380 - Sonn- und Feiertagsgesetz, Seite 36 des Berichts - zur weiteren Bearbeitung an den Petitionsausschuss zurückzuüberweisen.

(Zuruf Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

- Das ist korrekt!

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Ich möchte es begründen!)

- Wir befinden uns in der Abstimmung, und eine Begründung ist nicht möglich, weil Petitionsangelegenheiten nicht öffentlich behandelt werden.

Ich lasse jetzt über diesen Änderungsantrag des Abgeordneten Dr. Breyer abstimmen. Wer stimmt zu, dass diese einzelne Petition zurücküberwiesen wird? Ich bitte um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten aller anderen Fraktionen. Damit ist dieser Geschäftsordnungsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Bericht. Der Ausschuss empfiehlt, den Bericht in der Drucksache 18/1260 - -

(Unruhe - Hans-Jörn Arp [CDU]: Es ist alles richtig! - Zuruf von der CDU: Es ist alles in Ordnung!)

(Präsident Klaus Schlie)

- Ich wollte nur, dass alle mitbekommen, worüber sie gleich abstimmen. - Der Ausschuss empfiehlt, den Bericht Drucksache 18/1260 zur Kenntnis zu nehmen und die Erledigung der Petitionen zu bestätigen. Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Das ist der Abgeordnete Dr. Breyer. Wer enthält sich? - Das sind die übrigen Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Damit ist das mit den Stimmen der SPD-Fraktion, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, des SSW, der CDU- und der FDP-Fraktion beschlossen.

(Einige Abgeordnete erheben sich, um den Plenarsaal zu verlassen)

- Ich schließe die Sitzung gleich, aber im Moment habe ich es noch nicht getan.

Ich halte es für sinnvoll, die Frage, wie in Verfahrens- und Geschäftsordnungsfragen bei Petitionsangelegenheiten umzugehen ist, noch einmal zu erörtern. Ich denke, es ist richtig, wenn das im Petitionsausschuss geschieht, aber möglicherweise auch im Ältestenrat.

Ich wünsche Ihnen eine angenehme Mittagspause. Wir treffen uns um 15 Uhr wieder.

(Unterbrechung: 12:33 bis 15:01 Uhr)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, ich eröffne unsere Sitzung wieder. Begrüßen Sie gemeinsam mit mir Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Abendvolkshochschule Leck. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 24 auf:

Berichts Antrag - Zukunft der Flüchtlingspolitik in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1282

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht gegeben werden soll. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön, das ist dann einstimmig so beschlossen.

Für die Landesregierung erteile ich Herrn Innenminister Andreas Breitner das Wort.

Andreas Breitner, Innenminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erst vor zwei Monaten hat sich der Landtag mit verschiedenen Fragen der **Integration von Flüchtlingen** befasst. Heute steht das Thema wieder auf der Tagesordnung. Ich finde es richtig und dem Thema auch sehr angemessen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Im Umgang mit Flüchtlingen zeigt sich, wie solidarisch eine Gesellschaft ist. Im Umgang mit Flüchtlingen zeigt sich aber auch, wie human eine Gesellschaft ist. Vor 15 Jahren mussten wir lernen, an Integration und nicht allein an Ordnungsrecht zu denken, wenn wir über Ausländer sprachen. Seit einigen Jahren wissen wir, dass Integration nicht auf Forderungen an Zuwanderer beschränkt werden kann. Vielmehr brauchen wir grundlegende Strukturänderungen, um der Vielfalt in unserem Land gerecht zu werden. Heute müssen wir uns auf neue Formen der Zuwanderung einstellen, wenn wir attraktiv und zukunftsfähig bleiben wollen. Wir müssen uns auf qualifizierte Zuwanderung aus der EU und Drittstaaten einstellen, und wir müssen uns auf Flüchtlinge einstellen, die zu einem großen Teil mit Potenzialen, aber auch mit Unterstützungsbedarf zu uns kommen.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei ist der Begriff Flüchtlinge - zugegebenermaßen - ein sehr allgemeiner. Er umfasst Resettlement-Flüchtlinge, die mit vollem Zugang zu Integrationsmaßnahmen aufgenommen werden, ebenso wie Flüchtlinge, die im Zuge anderer humanitärer Aufnahmeaktionen zu uns kommen und auch **Asylsuchende** und **Geduldete**. Manche werden auf Dauer bei uns bleiben, bei anderen sprechen wir über die Anforderungen, die sich aus einem Aufenthalt auf Zeit ergeben. Dabei müssen wir realistisch bleiben.

Die Koalitionsverhandlungen in Berlin, an denen ich im Bereich Integration und **Migration** teilgenommen habe, haben deutlich gezeigt, dass es - übrigens nicht nur auf Bundesebene - dicke Bretter zu bohren gilt, um Flüchtlinge und Integration als Grundlage politischer Entscheidungen zusammenzubringen und zusammenzudenken. Natürlich habe ich auch die Entwicklung der Zugangszahlen und die daraus resultierenden Folgen im Blick.

Schleswig-Holstein wird bis Ende des Jahres voraussichtlich 3.700 Asylsuchende aufnehmen. Wir

(Minister Andreas Breitner)

haben 90 % höhere Zuweisungen an die Kreise als im Vorjahr. Es gibt Hinweise, dass die Zugangszahlen im nächsten Jahr weiter steigen werden. Wir haben auch eine geänderte Familienstruktur. Die Zahl der im Familienverbund einreisenden minderjährigen Asylsuchenden hat 2013 mit rund 35 % einen absoluten und neuen Höchststand erreicht. Das stellt Kommunen, aber auch Schulen vor besondere Herausforderungen.

Die Landesregierung hat diese angenommen, aber gute Lösungen brauchen Zeit und müssen die handelnden Akteure mitnehmen. Um zu beleuchten, was die Landesregierung unternommen hat, aber auch um deutlich zu machen, wo Probleme liegen, möchte ich mit Ihnen die Stationen einer Flüchtlingsaufnahme durchlaufen.

Erste Station in Schleswig-Holstein ist dabei die **Landeserstaufnahme in Neumünster**. Die Landesregierung wird hier ein weiteres Gebäude neben dem Gelände des Landesamtes für Ausländerangelegenheiten erwerben. Nach Abschluss der Kaufverhandlungen werden wir bei der Herrichtung bestimmte Unterbringungsstandards setzen, müssen aber gleichzeitig die Aufnahmekapazität im Auge behalten. Neben dem Kaufpreis wollen wir 6,5 Millionen € für die Herrichtung der Gesamtliegenschaft einsetzen. Allein für das Jahr 2014 sind 2,1 Millionen € im Haushalt vorgesehen. Wir prüfen außerdem, ob für die folgenden Jahre die Möglichkeit einer weiteren Kapazitätserweiterung besteht, damit das Landesamt seine Aufgabe als Erstaufnahme während der Zeit der Anhörung im Asylverfahren nachkommen kann.

Die zweite Station ist nach etwa drei Wochen die Aufnahme vor Ort. Hier sind wir mit den **Kommunen** im Gespräch. Das geht über die bloße Wohnraumversorgung hinaus. Es fängt bei der Verteilung an den Kreis an und endet bei Zugängen zu Schule und anderen integrationsrelevanten Stellen. Eine Arbeitsgruppe aus Innenministerium, kommunalen Landesverbänden, Kommunen und dem Flüchtlingsbeauftragten arbeitet am Thema Unterbringungsstandards. Absehbar ist bereits, dass aufgrund der Komplexität des Themas mehr Zeit als geplant notwendig sein wird. Bei den Kommunen steht momentan die mengenmäßige Bewältigung des Flüchtlingszugangs, sprich die Versorgung der Schutzsuchenden mit Wohnraum, eindeutig im Vordergrund. Ich weiß, dass die Unterbringung in Containern von manchem massiv kritisiert wird, aber ein modernes Mobilhaus kann durchaus eine bessere Lösung darstellen als manch andere desaströse Unterbringung.

Um die Kommunen zu unterstützen, wird die Landesregierung im nächsten Jahr 2 Millionen € für die Herrichtung von anerkannten Unterkünften bereitstellen. Parallel dazu überarbeiten wir gegenwärtig den Erlass mit den Regelungen zur Anerkennung von Unterkünften für Asylbegehrende. Unter anderem werden wir künftig Mindeststandards vorgeben.

(Beifall Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Um besonders betroffene Kommunen zu entlasten, haben wir uns um Mittel eines Sofortprogramms des europäischen Flüchtlingsfonds zur Bewältigung der stark angestiegenen Asylbewerberzahl beworben.

Ein weiterer Schritt ist der Spracherwerb. Beim Zugang zu **Sprachkursen** ist das Land zweigleisig aktiv. Die Landesregierung hat eine Bundesratsinitiative zur Öffnung von Integrationskursen für Asylsuchende und Geduldete auf den Weg gebracht, die deutlich weiter geht als die Entwürfe anderer Länder und hoffentlich noch im Dezember im Bundesrat behandelt wird.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Darüber hinaus hat das Land in diesem Jahr 50.000 € für die sprachliche Erstorientierung von Flüchtlingen bewilligt, die wir durch EFF-Mittel in gleicher Höhe ergänzen konnten. Sieben Kurse starten in diesem Jahr beziehungsweise sind gerade angelaufen. Träger der Kurse sind die Volkshochschulen. Im nächsten Jahr werden wir dieses Angebot als Land mit 150.000 € fördern und damit landesweit weitere Kurse anbieten können.

Für Kinder heißt die erste Station in der schleswig-holsteinischen Gesellschaft: Besuch von Kindergarten oder **Schule**. Für alle Kinder, die in Schleswig-Holstein wohnen, auch für Flüchtlinge, unbegleitete Minderjährige und Kinder ohne gültige Aufenthaltspapiere bestimmt das Schulgesetz die Schulpflicht. Zur Sicherstellung der sprachlichen Förderung haben sich zahlreiche Schulen zu DaZ-Zentren verbunden. Es gibt derzeit 67 solcher Zentren für Kinder mit Deutsch als Zweitsprache mit 220 Lehrerplanstellen. Ein großes Problem ist nicht nur bei den Flüchtlingen die schulische Förderung von Quereinsteigern. Das Bildungsministerium hat dieses Thema aufgegriffen, damit Jugendliche, die am Ende der Schulpflicht oder danach einreisen, hier ihre Bildungskarriere fortsetzen können.

(Minister Andreas Breitner)

Wie steht es um die Arbeitsaufnahme? - Asylsuchenden sowie Geduldeten kann nach neuem Recht erst dann eine Zustimmung zur Beschäftigungsausübung erteilt werden, wenn sie sich seit neun beziehungsweise zwölf Monaten erlaubt, geduldet oder mit einer Aufenthaltsgenehmigung im Bundesgebiet aufhalten. Wie Sie wissen, haben wir weitreichende Regelungen angestrebt, aber dafür keine Mehrheit gefunden. Dennoch hoffe ich sehr, dass mit der neuen Beschäftigungsverordnung mehr Asylsuchende und Geduldete Zugang zum **Arbeitsmarkt** finden. Das wäre ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zur Integration.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Das sogenannte Anerkennungsgesetz des Bundes ist 2012 in Kraft getreten. Das schleswig-holsteinische Pendant wurde im August in erster Lesung im Landtag beraten. Wichtiger Baustein bei der Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern ist das IQ-Netzwerk Schleswig-Holstein, das auch Flüchtlingen offensteht. In Trägerschaft des Flüchtlingsrats zielt es auf eine nachhaltige Verbesserung der Arbeitssituation von Zuwanderinnen und Zuwanderern ab.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Arbeit setzt Bewegungsfreiheit voraus. In Schleswig-Holstein gibt es derzeit nach dem Auszug aus der Erstaufnahmeeinrichtung für Asylsuchende grundsätzlich eine räumliche Beschränkung auf das ganze Land. Wir bemühen uns gegenwärtig um Vereinbarungen mit Hamburg, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern, damit sich Asylsuchende auch in diesen Ländern erlaubnisfrei aufhalten können. Auch hier setze ich zukünftig auf bundesweite Regelungen, die Ländergrenzen durchlässiger machen. Das eine oder andere in Berlin bereits Vereinbarte nährt meine Hoffnung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Stationen der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen lassen sich nicht chronologisch darstellen. Vieles bewegt Flüchtlinge, kommt aber erst mit der Zeit zum Tragen und findet nicht gleich Lösungen. So ist Familiennachzug für viele Flüchtlinge ein Thema. Über die allgemeinen Regelungen des Aufenthaltsgesetzes hinaus ist der **Familiennachzug zu Flüchtlingen**, denen die Asylberechtigung oder internationaler Schutz zuerkannt wurden, unter erleichterten Bedingungen möglich. Bei speziellen Aufnahmeregelungen wie Resettlement oder anderen humanitären Aufnahmeaktionen ist die Wahrung der familiären Lebensgemeinschaft schon Bestandteil der Aufnahmeanordnung.

Ein wichtiges Thema der Koalitionsverhandlungen im Bund war auch die zukünftige Ausgestaltung der Leistungen an Asylsuchende. Im Moment sieht das **Asylbewerberleistungsgesetz** grundsätzlich nur eine Behandlung akuter Erkrankungen vor. Hier werden wir uns mit dem Ziel angemessener Lösungen intensiv in die Rechtsänderung einbringen. Im Rahmen der Gesundheitsversorgung stehen neben dem Leistungsbezug auch andere Fragestellungen an. Ein Beispiel ist die qualifizierte Psychotherapie für traumatisierte Flüchtlinge.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, das waren einige, aber nicht alle Aspekte der Flüchtlingspolitik der Landesregierung. Jedes der Themen ist komplex und mit anderen verbunden. Im nächsten Jahr werden wir alles in unserem **Integrationskonzept** zusammenführen. Wir lassen nicht locker. Ich freue mich über den parteipolitischen Konsens, der in diesem Haus zugunsten einer humanitären Flüchtlingspolitik besteht. Das erleichtert mir die Arbeit im Land, aber auch bei den Diskussionen im Bund. - Herzlichen Dank dafür. Ich freue mich auf die Diskussion mit Ihnen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um 6 Minuten überzogen. Diese Zeit stünde theoretisch auch den Fraktionen zusätzlich zur Verfügung. Ich eröffne die Aussprache. Für die FDP-Fraktion hat deren Vorsitzender, Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki, das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich mich bei Ihnen, Herr Minister Breitner, ausdrücklich für den Bericht zur **Flüchtlingspolitik** in Schleswig-Holstein bedanken.

Beinahe täglich erreichen uns Meldungen über Flüchtlingstragödien im Mittelmeer. Die Menschen, die ungeachtet der widrigen Umstände und der Gefahren, denen sie sich auf ihrer Flucht aussetzen müssen, flüchten, wollen nur eines, eine bessere Zukunft. Die Glücklichen, denen die Überfahrt gelingt, stehen nun in Europa vor weiteren Problemen.

Der Flüchtlingsbeauftragte des Landes, Stefan Schmidt, hat die Situation der Flüchtlinge drastisch, aber zutreffend in einem Interview des Straßenmagazins „Hempels“ auf den Punkt gebracht:

(Wolfgang Kubicki)

„Jeder muss seinen eigenen Deal mit dem Schicksal machen.“

Diese Schicksale spielen sich direkt vor unserer Haustür ab. Wir können und dürfen die Augen nicht davor verschließen. Jeder von Ihnen hat sicherlich kürzlich die Debatte um die sogenannte „Lampedusa-Gruppe“ in Hamburg verfolgt. Die Reaktionen aller Beteiligten offenbaren, in welcher misslichen Lage wir uns befinden. Gewiss war diese Situation einem aktuellen Hintergrund geschuldet, doch sie ist keinesfalls neu. Wir müssen uns angesichts der nicht abreißen lassen Flüchtlingsströme und der steigenden Flüchtlingszahlen auf europäischer Ebene zwangsläufig auch mit den Umständen hier vor Ort befassen. Das Land, die Kreise und die Kommunen, alle sind betroffen. Herr Minister, Sie haben das ausgeführt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, uns ist allen bewusst, dass die Situation der Flüchtlinge in unserem Land immer schwieriger wird. Die Flüchtlingszahlen werden absehbar weiter steigen. Ich vermute sogar, dass sie im nächsten Jahr drastisch steigen werden. Damit steigen auch die Unterbringungs- und Betreuungsbedarfe.

Der Flüchtlingsbeauftragte schilderte erst kürzlich anlässlich seiner Zweijahresbilanz einige bisher ungelöste Probleme, darunter auch die der dezentralen Unterbringung der Flüchtlinge in Schleswig-Holstein. Ein altbekanntes Problem, das den **Kommunen** erhebliche Schwierigkeiten bereitet, ist schlicht und ergreifend der Wohnungsmarkt, der oftmals keine geeigneten Objekte vorhält, die den Flüchtlingen als Unterkunft dienen könnten. Stattdessen werden den Flüchtlingen zum Teil denkbar unbrauchbare Alternativen zur Verfügung gestellt. Herr Minister, es ist richtig, aber auch euphemistisch zu sagen, dass auch moderne Wohncontainer zumindest als Übergangslösung herangezogen werden können. Als Übergangslösung können sie dies wohl, als Dauerlösung sind sie aber für uns inakzeptabel.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Landesregierung, allen voran der Innenminister, ist gefragt, wenn es um die Ausarbeitung vernünftiger und umsetzbarer Lösungsansätze geht. Erst diese Woche war Folgendes zu der Gemeinschaftsunterkunft Schackendorf in den „Lübecker Nachrichten“ vom 16. November zu lesen:

„Innenminister Andreas Breiter hatte im Sommer den Segebergern für die dringend erforderliche Sanierung in Schackendorf Hil-

fe versprochen. Doch passiert ist bislang nichts.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Handlungsbedarf ist also vorhanden und geboten, und zwar gerade bei den Unterbringungsstandards der dezentralen Einrichtungen. Erst vor einem Jahr haben Sie, Herr Innenminister, in Ihrem Bericht vom 18. September 2012 zur Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen Folgendes angekündigt:

„Es wird in einem Jahr einen Bericht zur Überarbeitung der Unterbringungsstandards und zur Umsetzung geben.“

Der 18. September 2013 ist längst vorbei. Herr Innenminister, wir haben Sie nun zur Berichterstattung gebeten, weil wir an diesem Bericht sehr interessiert sind, den sie anscheinend zumindest bisher nicht in ausreichender Weise bearbeitet haben. Ebenso vermissen wir konkrete Ergebnisse Ihrer neu gegründeten Arbeitsgruppe „Kommunale Aufnahme von Asylsuchenden“. Sie haben in der Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses am 24. Oktober 2012 ausweislich des Ausschussprotokolls folgendes Fazit zur Unterbringungssituation in Schleswig-Holstein gezogen:

„Es gebe keinen Grund zur Panik. Die Landesregierung plane sehr sorgfältig, sei gut vorbereitet und stelle sich gemeinsam mit den Kommunen auf die Herausforderungen ein.“

Herr Innenminister, wir wollen an diese Ankündigung glauben.

(Beifall FDP)

Ich möchte Sie ungern beunruhigen, aber dieses Fazit scheint doch von recht optimistischer Natur. Die Einschätzungen des Flüchtlingsbeauftragten zur Situation der dezentralen **Unterbringung** zeichnen ein anderes Bild. Darüber hinaus sind scheinbar wohlgemeinte Maßnahmen gänzlich ins Leere gelaufen. So sind nach Angaben des **Flüchtlingsbeauftragten Sprachkurse** in Schleswig-Holstein unterdurchschnittlich, teilweise überhaupt nicht von Flüchtlingen besucht worden, obwohl das Angebot vorhanden war. Herr Innenminister, wir brauchen eine Antwort, denn die Ausweitung von Angeboten ist dann sinnlos, wenn die Angebote nicht angenommen werden. Wir brauchen eine Antwort auf die Frage, warum die Angebote von Flüchtlingen und Asylsuchenden in Schleswig-Holstein nicht wahrgenommen werden.

(Beifall FDP)

(Wolfgang Kubicki)

Ich sage Ihnen: Gerade dann, wenn wir eine **Integration** in den Arbeitsmarkt wollen, ist Sprache die Schlüsselkompetenz. Es kommt zentral darauf an, die Menschen kommunikativ in die Gesellschaft einzugliedern. Das sind auch die Voraussetzungen für eine berufliche und soziale Eingliederung.

Herr Minister, trotzdem ich anerkenne, dass Sie sich um die Belange der Flüchtlinge in diesem Land bemühen. Wie Sie bin ich froh, dass wir uns zumindest in diesem Haus und anders als in anderen Parlamenten nicht über die Grundsätze einer vernünftigen Flüchtlingspolitik streiten müssen. Es gibt hier ganz wenige Ausnahmen. Ich sehe jetzt nicht den Kollegen Lars Harms an, weil Sie die Ausnahme sind, Kollege Harms, sondern weil ich nicht woanders hinblicken möchte. Jedenfalls gibt es hier einen breiten Konsens dahin gehend, dass wir mit denjenigen, die in unserem Land Asyl suchen oder als Flüchtlinge zu uns kommen, vernünftig umgehen müssen.

Die zusätzlichen Mittel, die nun nachträglich über die Änderungen zum Haushalt den Gemeinden für die Unterbringung der Flüchtlinge zukommen sollen, sind ein richtiger Schritt. Dennoch möchte ich, dass Sie auch die qualitative Verbesserung der Unterbringung im Blick behalten. Die bereits angesprochene Arbeitsgruppe sollte schließlich ihren Namen auch verdienen. Herr Minister, nach Quantität muss Qualität folgen, ansonsten bleiben wir auf halber Strecke stehen. - Ich bedanke mich herzlich.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Für die CDU-Fraktion hat Frau Abgeordnete Astrid Damerow das Wort.

Astrid Damerow [CDU]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Breitner, zunächst herzlichen Dank für Ihren Bericht. Ich sage Ihnen vor allem deshalb auch herzlichen Dank, weil wir schon in der letzten Landtagstagung von Ihnen einen Bericht eingefordert haben zur **Unterbringung** unserer **Flüchtlinge** in den **Kommunen**. Dafür haben Sie allerdings noch ein halbes Jahr Zeit. Wir sind sehr gespannt auf Ihren Bericht.

Der Kollege Kubicki hat es eben schon angesprochen: Wir alle werden im Moment täglich konfrontiert mit den Folgen des Flüchtlingseleuds in der Welt, vor allem im Mittelmeerraum. Wir alle haben

die Bilder des Elends in Syrien und vor allem auch die Bilder des schrecklichen Unglücks vor Lampedusa vor Augen. Wie der **Flüchtlingsbeauftragte** sehr richtig bemerkt hat, waren diese nur weitere Bilder eines Unglücks vor Lampedusa; denn alle diese Unglücke sind keine Einzelfälle, und das wissen wir alle schon seit Jahren.

Hier ist Politik gefragt. Ich denke, das ist auch angekommen und war so auch in allen Diskussionen wahrzunehmen. Dieses Problem ist allerdings nicht allein auf Landes- und Kommunalebene zu regeln, sondern ganz im Gegenteil: Hier sind in erster Linie die EU gefragt und natürlich auch unsere Bundesgesetzgebung.

Ich bin sehr gespannt auf die Ergebnisse, die der Rat der Innenminister der **EU-Mitgliedstaaten** uns vorlegen wird. Die Ergebnisse der Taskforce werden wir im Dezember 2013 bekommen. Es bleibt nur zu hoffen, dass man hier zu Lösungen kommt, die auch Ergebnisse zur Folge haben. Um diesem Elend Herr zu werden, brauchen wir eine europäische Lösung, die vor allem auch die Anrainerstaaten der EU einbezieht sowie die Herkunftsstaaten der Flüchtlinge. Ich denke, das ist uns allen bekannt.

Auf Bundesebene - der Minister hat es angesprochen - wird ebenfalls intensiv diskutiert. Auch in den Koalitionsverhandlungen ist die Flüchtlingspolitik ein Thema und nimmt einen großen Raum ein. Hier werden Themen diskutiert, die auch wir im Landtag schon mehrfach angesprochen hatten, zum Beispiel die Verkürzung der Asylverfahren, an der sehr intensiv gearbeitet wird. Ich hoffe sehr, dass man hier zu Lösungen kommt, die uns weiter nach vorne bringen werden; denn unsere **Asylverfahren** sind nach wie vor viel zu lang.

Ebenfalls wurde der erleichterte Zugang zu Deutschkursen angesprochen. Ich wäre sehr erleichtert, wenn wir hier wirklich zu praktikablen Lösungen kommen würden; denn wir alle wissen aus der Praxis: Die Flüchtlinge kommen hier an, sind in Neumünster für etwa vier Wochen, werden dann auf das Land verteilt, sind in den Gemeinschaftsunterkünften untergebracht und erhalten dort häufig Deutschunterricht, allerdings auf rein ehrenamtlicher Basis, die fast nicht planbar ist. Ich bedanke mich bei all denen, die sich auf diese Weise sehr engagieren.

(Beifall)

Insgesamt aber ist es wichtig, dass wir diesen Menschen möglichst schnell die Möglichkeit geben, sich in unserem Land auch verständlich zu machen,

(Astrid Damerow)

was immer dann anschließend auch passiert, egal ob sie einen Aufenthaltstitel erhalten oder ob sie in ihre Heimatländer zurück müssen. Aber für die Zeit, in der sie hierbleiben, müssen sie sich verständlich machen können.

Im Übrigen erwarten wir auch - Sie haben auch dies angesprochen -, dass ihre Kinder bei uns die Schule besuchen. Umso mehr brauchen sie die deutsche Sprache. Ich glaube aber, auch darüber sind wir uns in all den Jahren immer einig gewesen.

Ebenfalls wird eine Lösung zum stichtagsunabhängigen Bleiberecht diskutiert. Auch insoweit hoffe ich nach wie vor, dass die Bundesratsinitiative der letzten Landesregierung doch noch in gewisser Art und Weise zum Erfolg geführt werden kann.

Die Unterbringungssituation im Land hat der Kollege Kubicki eben sehr plastisch dargestellt. Auch der Minister hat aus seiner Sicht Ausführungen dazu gemacht. Wir teilen dies alles. Ich bin allerdings ein wenig enttäuscht darüber, dass Sie vorhin in einem Nebensatz sagten, die Konzepte würden nun doch nicht alle so schnell umgesetzt werden können wie erwartet. Das wiederum erstaunt mich jetzt. Denn diese hohen Flüchtlingszahlen sind nicht wirklich überraschend. Wir haben bereits Anfang des Jahres genau über dieses Thema gesprochen und haben gesagt, dass wir eine Verdoppelung der Flüchtlingszahlen erwarten. Wenn wir heute schon wissen, dass wir dies auch für das nächste Jahr erwarten dürfen, dann wundert es mich schon ein wenig, dass man seitens der Landesregierung insoweit noch nicht weitergekommen ist. Ich hoffe sehr, dass Sie hier doch gemeinsam mit unseren Kommunen zu schnelleren Lösungen kommen werden.

Wir haben zur Kenntnis genommen und tragen dies auch mit, dass Sie im Haushaltsentwurf für das Jahr 2014 den gestiegenen Flüchtlingszahlen bereits Rechnung getragen haben. Sie werden die **Asylbewerberunterkunft** in **Neumünster** sanieren; es wird ein neues Gebäude geben. Die Frage wird sein: Erhalten auch unsere Kommunen im Land weiteres Geld, um ihre Flüchtlingsunterkünfte oder Gemeinschaftsunterkünfte auszubauen? Denn dort ist nahezu alles ausgereizt, was zur dezentralen Unterbringung möglich ist. Da wir alle hier die dezentrale Unterbringung fordern, müssen wir die Kommunen insoweit auch unterstützen und dürfen sie an dieser Stelle nicht alleinlassen.

Wir alle - auch dies will ich hier noch einmal sagen - haben hier schon heftig diskutiert. Dabei sind wir uns weiß Gott nicht immer in allen Dingen einig, sondern wir haben durchaus auch sehr strittige The-

men diskutiert. Wenn wir zum Beispiel über die Staatsbürgerschaft sprechen, dann sind wir ebenso unterschiedlicher Ansicht wie bei der Bleiberechtsregelung. Trotz allem haben wir hier immer doch auch sehr ideologiefreie Debatten geführt. Das ist im Sinne der Betroffenen, und das erwarten auch die Menschen in unserem Land quer durch alle Parteien, weil auch diese sich engagieren. Ich wünsche mir sehr, dass wir das in Zukunft auch so beibehalten.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch auf eines hinweisen: In der Diskussion, die wir hier führen, müssen wir uns auch vor Augen halten, dass Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern in seiner Flüchtlingspolitik durchaus vorbildlich ist. Dieses hat im Übrigen auch der UN-Flüchtlingskommissar bereits angemerkt. Das ist kein Freibrief, nichts zu tun; denn man kann immer alles noch besser machen. Ich glaube jedoch, manchmal vergessen wir das ein wenig. Wir sind also schon ganz gut. Dies zu erwähnen gehört auch zur Wahrheit und kommt auch im Engagement der Landesregierung sehr deutlich zum Ausdruck. Ich finde schon, dass man das an der einen oder anderen Stelle auch einmal anmerken sollte.

(Beifall CDU, SPD und FDP)

- Danke sehr.

In den vergangenen Jahren haben wir schon eine ganze Menge erreicht. Auch für die vorherige Landesregierung war dieses ein großes Thema.

Dass Sie heute erklärt haben, den **Aktionsplan Integration** weiter fortführen zu wollen, begrüßen wir außerordentlich. Dafür haben Sie von uns eine gute Grundlage erhalten. Wir sind sehr gespannt, was Sie daraus machen werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat nun die Abgeordnete Serpil Midyatli.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber nicht wieder so laut!)

Serpil Midyatli [SPD]:

Gut zuhören! - Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gegenwärtiger Stand ist dieser: Rücknahme bei den Kürzungen der Migrationssozialberatungsstellen, Verbesserung der Haft-

(Serpil Midyatli)

bedingungen in der Abschiebehaftanstalt mit dem langfristigen Ziel, diese Anstalt zu schließen, Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes, Ausbildungsförderung für Flüchtlinge erleichtern.

Dieses sind Initiativen der Koalitionspartner seit Beginn der Regierungsbildung. Ich meine, diese Bilanz kann sich sehen lassen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vielen Dank, Herr Innenminister Breitner, für den Bericht. Ganz herzlich möchte ich mich jedoch auch bei der FDP-Fraktion bedanken, die uns heute mit ihrem Antrag die Gelegenheit gibt, über unsere Initiativen einer humanitären und zukunftsorientierten Flüchtlingspolitik der SPD, der Grünen und des SSW Bilanz zu ziehen.

(Beifall FDP - Wolfgang Kubicki [FDP]: Der Beifall ist aber nicht für die Bilanz!)

Vieles ist bereits angeschoben worden. Aber es gibt sicherlich in einigen Punkten noch Umsetzungsbedarf. Aber wie schon so oft sei auch von hier aus gesagt: Der Bund muss mitspielen. Allerdings vermisse ich hier dann doch einige Initiativen der FDP.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Welche denn?)

Ich hätte hier einige Vorschläge, wie wir uns gemeinsam weiterhin für eine humanitäre Flüchtlingspolitik einsetzen könnten.

(Anita Klahn [FDP]: Dann machen Sie sie doch!)

Ich nenne die Abschaffung der Dublin-II- beziehungsweise der Dublin-III-EU-Verordnung ab Januar 2014, die es den Flüchtlingen so gut wie unmöglich macht, ein **Asylverfahren** in dem von ihnen gewünschten Land zu beantragen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das haben wir doch alles gefordert!)

Möchten Sie ein Koreferat halten, Herr Kollege Kubicki?

(Heiterkeit)

Ich nenne auch Vorschläge zur Armutswanderung aus den Balkanstaaten. Wie können und wie müssen wir helfen? Welche Möglichkeiten gibt es, nicht nur auf EU-Ebene zu zeigen, was man tun kann? Ich finde nämlich, es reicht nicht aus, nur zu zeigen, was die EU machen muss.

(Beifall PIRATEN)

Denen, die mit uns gemeinsam in Rumänien und Mazedonien unterwegs gewesen sind, werden die Bilder immer in Erinnerung bleiben. Es ist unfassbar, wie viel Armut mitten in Europa noch ist.

Dieses sind nur zwei von vielen Vorschlägen. Liebe FDP, Sie könnten im Dezember ja vielleicht einiges davon angehen. Sie können sich aber jederzeit darauf verlassen, dass der Koalitionspartner den Weg der **humanitären Flüchtlingspolitik** weiter gehen wird.

Dies wird sich auch in unseren Haushaltsanträgen, die wir - wie Innenminister Breitner es gerade schon ausgeführt hat - im Dezember stellen werden, zeigen.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, lassen Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Wolfgang Kubicki zu?

Serpil Midyatli [SPD]:

Dabei war ich bisher so leise.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Frau Kollegin, da Sie meinen Weg ja regelmäßig verfolgen, wird Ihnen nicht entgangen sein, dass ich öffentlich die Revision von Dublin II gefordert habe. Aber ich gehe jetzt davon aus, dass die Sozialdemokraten in Berlin in den Koalitionsverhandlungen durchsetzen werden, dass sich Deutschland auf europäischer Ebene dafür starkmacht.

(Beifall FDP und vereinzelt PIRATEN)

- Sie können davon ausgehen, dass wir, die SPD, aber auch die Grünen und der SSW gemeinsam diesen Weg gehen werden, wie gesagt: ab Januar Dublin-III-Verordnung. Das Asylpaket, das jetzt nach 14 Jahren Beratung auf der EU-Ebene von der Europäischen Kommission geschnürt worden ist, hat leider dazu geführt, dass wir wegen der konservativen Regierungsmehrheit auf europäischer Ebene bei der Dublin-III-Verordnung nicht groß voran gekommen sind. Das heißt, wir müssen hier erneut initiativ werden.

Was sich in Berlin tun und zeigen wird, darauf bin ich genauso gespannt wie Sie. Aber Sie können davon ausgehen, dass wir hier in Schleswig-Holstein immer einer der Vorreiter waren, übrigens gemeinsam mit der FDP. Wenn wir Sie da an unserer Seite haben, sehr gern. Dezember, Deal?

(Serpil Midyatli)

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich freue mich - nachdem wir jetzt mündlich Initiativen von Ihnen gehört haben, kommen sie im Dezember vielleicht auch schriftlich - auch auf Ihre konstruktiven Anträge zum Haushalt. Wie gesagt, von uns werden da einige Vorschläge kommen. Da hoffen wir auf Ihre Unterstützung.

Nicht zuletzt geht mein Dank an die Grünen und den SSW; denn dieses Ergebnis der guten, humanitären Flüchtlingspolitik ist auf eine sehr gute Zusammenarbeit zurückzuführen. Die Diskussionen, die wir gemeinsam führen, drehen sich nie um das Ob, sondern immer nur um das Wie. Das freut mich sehr. Wir diskutieren gemeinsam darüber: Wie können wir die Zugänge zu den **Arbeitsmärkten** erleichtern, oder wie können wir die Barrieren zur **Bildung** abbauen?

Integration bedeutet für mich in erster Linie **Teilhabe**. Unsere Aufgabe ist es, die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um allen Menschen zumindest eine Chance zu geben. Dies sollte auch gemeinsam weiterhin unser Ziel sein. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat deren Vorsitzende, die Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Abgeordnete aller Fraktionen dieses Landtags haben den Innenminister vor zwei Wochen auf einer Reise in den Balkan begleitet. Wir waren einen Tag in Bukarest und anderthalb Tage in Skopje. Wir sammelten Eindrücke aus Rumänien und Mazedonien, das eine ein EU-Land, das andere nicht. In beiden Ländern wollten wir insbesondere Informationen über die Situation der Roma einholen. Doch die offiziellen Stellen machten uns in erster Linie deutlich, welche Anstrengungen sie unternehmen, um die Grenzen abzuschotten, nach außen gegen Flüchtlinge, mit Schnellbooten, möglichst aus Deutschland, nach innen mit einem ausgefeilten Profiling-System, das dafür sorgt, dass jeder Roma, der mit einem Bus an die Grenze kommt, herausgefiltert werden kann; danach wird ihm womöglich sein Pass entzogen.

Es dauerte jedes Mal eine ganze Weile, bis unser Minister, Herr Breitner, mit einem Missverständnis aufräumte: In Schleswig-Holstein sind Flüchtlinge willkommen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und PIRATEN)

Wir wollen, dass diejenigen, die Schutz brauchen, die Möglichkeit haben, in dieses Land zu kommen. Damit sprach er für die gesamte Delegation, unabhängig von Partei und Funktion. Dieser Moment, in dem den Generälen auf der anderen Seite die Gesichtszüge entgleisten, gefiel mir. Das Bild, das Deutschland und Europa offensichtlich in die neuen Länder des Balkans tragen, gefiel mir nicht:

(Zustimmung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Macht alles möglich für sichere Grenzen; die Menschenrechte sind uns dabei völlig egal!

Meine Damen und Herren, die Reise machte aber auch deutlich, dass unsere Möglichkeiten in Schleswig-Holstein begrenzt sind. Wir können die Aufenthaltsrechte nicht festlegen. Wir können die Abschiebehaft nicht allein abschaffen. Wir können die Residenzpflicht nur begrenzt aufheben, und wir können das Arbeitsverbot für Flüchtlinge nicht aufheben, ganz abgesehen von den Bestimmungen von Schengen und Frontex.

Wir haben auch - das war eine wichtige Erkenntnis auf dieser Reise - nur wenige Möglichkeiten, dafür zu sorgen, dass die EU-Mittel oder die Entwicklungshilfemittel, die den **Roma** dort eigentlich zur Verfügung stehen sollen, dort, wo sie benötigt werden, auch wirklich ankommen.

Auch deshalb wollen wir ihnen hier Schutz geben vor Diskriminierung, vor Hunger und Kälte, wenn sie ihn brauchen, und zwar unabhängig davon, ob sie wieder zurückgehen wollen, wenn die winterlichen Temperaturen nicht mehr bedrohlich sind, oder nicht. Wir können - der Minister hat es bereits ausgeführt - diejenigen, die es zu uns schaffen, willkommen heißen.

Hätten wir über den Koalitionsvertrag auf Bundesebene zu bestimmen, wären viele Probleme gelöst: bundesweite **Bewegungsfreiheit** für alle **Flüchtlinge**, rechtlicher und faktischer Zugang zum **Arbeitsmarkt** von Anfang an - Serpil lächelt schon -, Unterstützung bei beruflicher Integration durch **Sprach- und Integrationskurse**, Fortbildung und erleichterte Anerkennung beruflicher Abschlüsse, keine Duldungen mehr.

(Eka von Kalben)

Meine Damen und Herren, wir stehen für eine andere Flüchtlingspolitik, eine Politik, die Integrationspolitik und Flüchtlingspolitik zusammenbringt und bestehende Diskriminierung abschaffen will.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Ich habe letzte Woche eine syrische Familie besucht, die seit drei Wochen in Kiel ist. Ihre Zwillinge, drei Jahre alt, erleben das erste Mal in ihrem Leben eine Zeit ohne Kriegslärm, ohne Angst, auf die Straße zu gehen, ohne nachts von Bomben und Sirenen geweckt zu werden. Die Eltern wollen Deutsch lernen, arbeiten und hierbleiben. Der Mann ist Schlosser. Sie ist Lehrerin. Noch leben sie in einer Gemeinschaftsunterkunft.

Die Küstenkoalition hat sich in ihrem Koalitionsvertrag verpflichtet, für menschenwürdige Unterkünfte zu sorgen: dezentrale Unterbringung vor Gemeinschaftsunterkünften.

Gleichzeitig aber wollen wir möglichst vielen Menschen Zuflucht gewähren, aus Gründen der Humanität, aber auch, weil wir **Zuwanderung** brauchen. Die Zuzugszahlen steigen, Wohnraum in den **Kommunen** ist knapp. Wir stehen scheinbar vor einem Dilemma: Qualität zulasten der Quantität oder umgekehrt. Für uns ist klar, Quantität und Qualität müssen Hand in Hand gehen. Das müssen wir beraten, wenn die Landesregierung das beantragte Unterbringungskonzept vorlegt.

Wir brauchen einen genauen Überblick über die Qualität der Unterbringung in unserem Land und ein schlüssiges Konzept, wie wir mit steigenden und fallenden Zugangszahlen umgehen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen hier auch auf die Erfahrungen des Flüchtlingsbeauftragten zurückgreifen. Wir müssen uns mit aller Kraft dafür einsetzen, dass wir nicht auf Druck der Masse die Qualität vernachlässigen. Deshalb muss für die Unterkunft in größeren Einheiten ein besonderer Standard für die Betreuung gelten: Beratung vor Ort, Sprachförderung, Kinderbetreuung. Das können positive Elemente sein, die wir verbindlich machen sollten.

Gleichzeitig müssen wir die Kommunen bei ihren Aufgaben unterstützen. Wir werden deshalb auch die Mittel zur Sanierung der Unterkünfte in Höhe von circa 2 Millionen € nicht nur für die Erstaufnahme in Neumünster, einer Landesliegenschaft, sondern auch für die kommunale Versorgung einsetzen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden uns in den Haushaltsberatungen für eine effektive **Sprachförderung**, insbesondere für Jugendliche an Berufsschulen, einsetzen.

Meine Damen und Herren, für uns ist Flüchtlingspolitik eine Frage der Haltung, einer Haltung, dass Flüchtlingspolitik auch in Zukunft etwas kosten darf und kosten muss. Unsere Haltung zur Flüchtlingspolitik in Schleswig-Holstein ist eine weltoffene und solidarische. Wir können stolz darauf sein. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat die Abgeordnete Angelika Beer.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Herr Landtagspräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte mich für den Bericht von unserem Innenminister zu diesem Thema bedanken. Es ist ein wichtiges Thema. Sie haben eben den Kollegen Lars Harms fixiert, um nicht jemand anderen anzugucken. Vielleicht meinten Sie mich. Deswegen möchte ich an dieser Stelle sagen: In der Tat, wir haben sehr viel weiter gehende Vorstellungen und Forderungen als die, die in Ihrer Rede eben deutlich geworden sind.

Aber wir können Ihnen auch versichern, dass wir jeden Millimeter Verbesserung für einen Flüchtling mittragen werden. Denn nur der Weg dahin führt zum Ziel.

(Beifall PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als ich diesen Antrag der FDP gelesen habe, habe ich mir echt lange überlegt, was Sie damit erreichen wollen. Ich habe mich gefragt - Sie haben auf die Debatte in der letzten Plenarwoche im September hingewiesen -, ob die Debatte oder die Ausschussberatung - ich saß mit im Innenausschuss, als es um die Haushaltslage ging - und die Bundesratsinitiativen dieser Landesregierung nicht registriert worden sind.

Dann habe ich mir noch einmal die Fragestellung durchgelesen. Herr Kubicki, ich kann Sie, nachdem Sie gesprochen haben, jetzt besser verstehen. Dieser Antrag gab es wirklich nicht her.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

(Angelika Beer)

Sie wollten einen Bericht über die rechtlichen Hürden zur Umsetzung von Maßnahmen. Ich habe mich entschieden, jetzt nicht über rechtliche Hürden zu diskutieren, sondern über die politischen Hürden - politische Hürden, die ganz bewusst in der Vergangenheit, aber auch heute noch aufgebaut und verschärft wurden -, weil niemand den Mut hat zu sagen, dass wir in Schleswig-Holstein, in Deutschland und in der ganzen EU einen radikalen Wechsel in der **Flüchtlingspolitik** wagen müssen, um nicht länger gegen unsere eigenen Grundwerte zu verstößen.

(Beifall PIRATEN)

Lieber Herr Kubicki, liebe Kollegen von der FDP, diese Hürden haben Sie mit errichtet. Sie waren vier Jahre in der Verantwortung der Bundesregierung. Sie waren in einer Koalition und haben einer Politik des Innenministers Friedrich, die ich als Abgrenzungs- und Ausgangspolitik bezeichne, widerspruchslos die Hand gereicht.

(Beifall PIRATEN)

Trotzdem bin ich froh, dass wir diese Debatte heute haben. Ihr Antrag wird an einem Tag debattiert, der möglicherweise entscheidend ist für die Zukunft der Flüchtlingspolitik auch in Schleswig-Holstein, einmal weil genau in diesem Moment - deswegen fehlt er - Kollege Stegner die Verhandlungen zu diesem Bereich mit der CDU/CSU führt, zum Zweiten weil unser Bundespräsident - das sollte reichen zuzuhören - Joachim Gauck heute syrische Flüchtlinge im Lager Friedland besucht. Beides hat sehr konkrete Auswirkungen auf uns hier. Ich will das begründen.

Mittlerweile sind 10 Millionen - das sind fast mehr als die Hälfte - aller Syrerinnen und Syrer inner- und außerhalb ihres Landes auf der Flucht. Die Hälfte der Bevölkerung ist auf der Flucht. Der Winter hält Einzug, ja, in Damaskus schneit es auch, manchen mag das erstaunen. Es wird schwierig sein, dort in Zelten zu überwintern. Die Bereitschaft Deutschlands, lediglich 5.000 Flüchtlinge aus **Syrien** aufzunehmen, steht nach meinem Verständnis in krassem Widerspruch zu jeder Humanität.

(Beifall PIRATEN)

Der Erlass, lieber Herr Breitner - wir haben das schon einmal diskutiert -, der aus Ihrem Haus kommt und der festhält, dass diese Kontingentflüchtlinge, dieser geringe Anteil in Höhe von 5.000, nur zu uns kommen darf, wenn Verwandte eine hundertprozentige Finanzierungsgarantie übernehmen, ist ein Stück Abschottungspolitik. Wenn

Sie sagen, das stimme nicht, das sei die Willkommenspolitik, dann sage ich Ihnen: Das ist für mich keine Willkommenspolitik, sondern der Beweis, dass wir eine Anerkennung in Richtung **Bleiberechtspolitik** brauchen, die weit darüber hinausgeht.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete Beer, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung der Abgeordneten von Kalben?

Angelika Beer [PIRATEN]:

Ja, gern.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Frau Beer, ich möchte eine Bemerkung loswerden zu dem Punkt: Wir sind gerade mit der Koalition einig, dass wir genau diesen Erlass und die Verpflichtungsermächtigung ändern werden. Insofern wird Sie das hoffentlich freuen. Und wir werden insbesondere die Verpflichtung zur Krankenversicherung, die auch in anderen Bundesländern zum Teil schon herausgenommen wurde, aus diesem Erlass herausnehmen.

- Frau Kollegin von Kalben, das freut mich außerordentlich,

(Beifall PIRATEN)

wie viele andere von uns auch, die in der Flüchtlingsarbeit engagiert sind, gerade auch die Ehrenamtler.

Wir kennen junge Syrer, für die wir vielleicht das Bleiberecht erkämpfen können, die auch schon in Schleswig-Holstein sind. In einem Fall wird ein Bruder etwa in einem Flüchtlingslager in der Türkei aufgehalten. Für ihn gibt es keine Möglichkeit mehr, hierhin zu kommen, weil der Syrer, der bei uns jetzt sicher ist, die Finanzgarantie nicht geben kann.

Dass diese Änderung erfolgt, haben wir auch dem Flüchtlingsrat und dem Flüchtlingsbeauftragten zu verdanken. Allen möchte ich dafür danken. Es ist ein Schritt, der wirklich wichtig ist. Ich danke für die Information.

(Beifall PIRATEN)

Diese **Willkommenskultur**, die wir mit vertreten wollen, ist allerdings auch zum allgemeinen Sprachgebrauch eines jeden Politikers geworden,

(Angelika Beer)

auch der konservativsten. Deswegen glaube ich, dass wir einen Schritt weiter gehen müssen.

Ich hoffe, dass Bundespräsident Gauck heute in Friedland ein klares Signal sendet, das auch bei den Koalitionsverhandlungen gehört wird. Ich will gleich noch einmal begründen, warum.

Ich wünsche der SPD und auch dem Kollegen Stegner da wirklich viel Erfolg. Wir haben die Arbeitsgruppe zu dem Bereich **Migration** und **Asyl** der SPD, die er in den vergangenen Monaten im Hinblick auf den Bundesparteitag, der gerade stattgefunden hat, geleitet hat, genau analysiert. Ich hoffe wirklich, dass es Ihnen gelingt, diese fortschrittliche Position in Berlin festzuschreiben.

Ich halte das nicht für realistisch - das sage ich gleich dazu -, auch wenn Sie optimistisch klangen, Herr Breitner. Ich gehe eher davon aus, dass es nicht gelingt. Dies würde im Umkehrschluss bedeuten, dass alle Positionen, die wir hier gemeinsam als Kompromiss getroffen haben, in Berlin verhindert werden würden. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist dann auch wieder ein politisches und kein rechtliches Problem.

Aus diesem Grunde habe ich mich zum Beispiel entschieden, den Appell von Pro Asyl und dem Flüchtlingsrat an die Verhandelnden in Berlin zu unterzeichnen, um Kapitulationsverhandlungen im Bereich Flucht und Migration zwischen CDU/CSU und SPD zu verhindern.

Selbst wenn sich Ralf Stegner doch durchsetzen kann, bleibt ein politisches Problem. Auf europäischer Ebene - das haben wir zur gleichen Zeit diskutiert, als eure Delegation in Mazedonien unterwegs war - in Brüssel hat die Sozialdemokratie versagt. Es gab keinen Protest und Aufstand gegen Dublin III und Eurosur.

(Beifall PIRATEN)

Genau da haben sie es verschlafen. Deswegen reichen mir diese schönen Reden nicht. Ich will, dass wir in der ganzen Breite - deswegen treffen wir uns ständig mit Europaabgeordneten - dort die Möglichkeit nutzen. Ich sage das auch vor dem Hintergrund - es geht ja nicht nur um die Beispiele, die Eka von Kalben eben von der Reise berichtet hat -, dass wir im Moment in der Situation sind, dass EU-Mitgliedsländer wie Bulgarien zum Beispiel Grenzmauern zur Türkei errichten, um die Flucht aus Syrien zu verhindern. Das sind unsere Baustellen. Das geht auch Schleswig-Holstein und den Bund etwas an.

Ich habe das Beispiel des jungen Syrers erwähnt. Ich würde mir wünschen, dass im Hinblick darauf - der Innenminister hat Spielräume angedeutet, vielleicht ist das auch Gegenstand der Koalitionsverhandlungen - die Marge von 5.000 Flüchtlingen aus Syrien aufgehoben wird.

Ich weiß, wir alle wollen sparen, wir alle haben Finanzengpässe. Es geht darum, dass wir uns dafür einsetzen, dass Menschen das Recht haben zu überleben. Und das - da stimme ich mit meiner Vorrednerin überein - muss auch Geld kosten. Es kostet Geld.

(Beifall PIRATEN)

Zum Schluss möchte ich noch einmal Stefan Schmidt, der hier mehrmals zu Recht zitiert worden ist, zitieren. Er hat in dem gleichen Interview noch etwas anderes gesagt:

„Die einzige Möglichkeit, für einen Flüchtling legal nach Deutschland zu kommen, ist, aus einem Flugzeug mit einem Fallschirm über Deutschland abzuspringen. Wir brauchen legale Wege nach Deutschland, um das Risiko, auf diesem Weg elend umzukommen, endlich zu minimieren und zu sagen: Ihr seid nicht nur willkommen, ihr habt ein Recht zu bleiben.“

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für den SSW hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich mit meiner eigentlichen Rede anfangen möchte, ich zwei Dinge vorausschicken. Erstens sage ich auch vonseiten des SSW Dank an den Innenminister für eine erfrischende **Flüchtlingspolitik**, wie ich das nennen will. Die Gedanken, die er äußert, und die Taten, die er diesen Gedanken folgen lässt, sind auch auf Bundesebene tatsächlich ein Anstoß, um eine Erneuerung der Flüchtlingspolitik in der Bundesrepublik Deutschland vorzunehmen. Dass das aus Schleswig-Holstein kommt, ist in meinen Augen herausragend.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens danke ich allen in diesem Hause, dass wir uns eigentlich immer über die Flüchtlingspolitik einig waren. Es gab immer auch oppositions- und re-

(Lars Harms)

gierungsparteienübergreifende Bündnisse in Sachen Flüchtlingspolitik. Deshalb gestatten Sie mir bitte folgende zarte Bemerkung: Ich empfinde den von der FDP beantragten Bericht als einen freundschaftlichen Hinweis, sich tatsächlich mit diesem Politikfeld zu befassen. Denn ich habe die FDP immer als eine Partei wahrgenommen, mit der man eine vernünftige Flüchtlingspolitik in Schleswig-Holstein machen kann. Das soll zumindest der Aufklärung dienen, meine Damen und Herren.

Nun komme ich zu meiner eigentlichen Rede. Ich glaube, es ist wichtig, Folgendes vorwegzuschicken: Kein Mensch verlässt gern seine Heimat und lässt Freunde, Nachbarn und Familienmitglieder zurück. Niemand macht sich freiwillig mit nur wenigen Habseligkeiten auf den Weg. Und kaum jemand denkt bei der Abreise daran, dass es möglicherweise überhaupt keine Rückkehr mehr geben wird.

Diese eigentlich bekannten Tatsachen stelle ich voran, weil wir uns immer wieder vor Augen halten müssen, dass die Menschen nicht freiwillig zu uns kommen. Sie kommen vielmehr zu uns, weil sie aufgrund von politischer Verfolgung oder existenzieller Not dazu gezwungen sind.

Ich möchte, dass wir uns daran erinnern, über was wir eigentlich reden. Wir reden über **Sprachkurse**, **Arbeitsplätze**, dezentrales **Wohnen** und eine angemessene Kinderbetreuung für die Flüchtlinge. Aber - daran möchte ich ausdrücklich erinnern - wir reden auch über **Mitmenschlichkeit**, **Nächstenliebe** und **Verantwortung**. Flüchtlingspolitik hat nur eine Zukunft, wenn wir wirklich begreifen, dass wir über Menschen sprechen.

Einige haben wir auf der Reise einer Delegation nach Rumänien und Mazedonien kennengelernt. Das war eine gute Reise, bei der wir wirklich viel haben lernen können. Schleswig-Holstein hat damit ein Zeichen auch in Richtung der anderen Bundesländer gesetzt, die es mit ganz ähnlichen Problemen zu tun haben. Auf der Reise haben wir mit Politikern und einigen engagierten Aktivisten gesprochen, die uns durchaus verdeutlichen konnten, dass das Flüchtlingsproblem auch in den nächsten Jahren nicht abnehmen wird. Wir haben aber auch die elenden Lebensumstände vieler Rumänen und Mazedonier gesehen, die wirklich erbärmlich sind. Familien leben in Pappkartons ohne ausreichenden Schutz - das auch im eiskalten Winter und natürlich ohne Privatsphäre. Die Versorgung mit Nahrung war wirklich eine Katastrophe. Wir reden über Verhältnisse, die der EU nicht würdig sind, meine Damen und Herren.

Ich denke, dass ich für alle Kolleginnen und Kollegen sprechen kann, die uns auf der Reise begleitet haben, dass uns hautnah klar wurde, dass solche sozialen Missstände die Menschen aus ihrer Heimat vertreiben. Es ist ein Akt der **Mitmenschlichkeit**, die Menschen, wenn sie zu uns kommen, menschenwürdig zu behandeln und ihnen gegebenenfalls auch eine Zukunft hier bei uns zu geben.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir hörten aber vom Teufelskreis des Flüchtlingschicksals, in dem vor allem die Kinder und Jugendlichen regelrecht stranden: immer wieder von einem Land ins andere und nach der Ausweisung dann wieder zurück. Jedes Mal wird die Schulbildung im Heimatland unterbrochen, und nach der Rückkehr hat dann ein Kind oder ein Jugendlicher den Stoff des vergangenen halben Jahres verpasst. Dies wiederum, meine Damen und Herren, erhöht die Perspektivlosigkeit in der Heimat, was dazu führt, dass man im nächsten Winter aus der schieren Not heraus wieder weiterzieht.

Dieses Beispiel zeigt, dass auch etwas in den Ursprungsländern getan werden muss. Hierbei ist insbesondere auch die Europäische Union für ihre ostdeutschen Mitgliedsländer verantwortlich.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Die Vorstellung eines Europas mit starken Regionen wird derzeit kräftig auf die Probe gestellt, wenn einige Regionen so schwach entwickelt sind, wie es in den osteuropäischen Mitgliedstaaten der Fall ist. Die Elendsquartiere, die wir sahen, haben nun wirklich nichts mit dem Rest Europas zu tun. Man fühlt sich eher wie in einem Entwicklungsland der Dritten Welt.

Ich denke, das haben wir alle auf der Reise gespürt: Brüssel ist politisch unglaublich weit entfernt. Darum sollte die **Europäische Union** ihre politischen Prioritäten überdenken. Allerdings wird auch klar, dass das kleine Schleswig-Holstein angesichts der riesigen Probleme die **soziale Situation** auf dem Balkan nicht allein verbessern kann. Vielleicht lassen sich durch uns aber Projekte in den Ursprungsländern unterstützen. „Schüler Helfen Leben“ hat gezeigt, dass das Engagement vor Ort durchaus Früchte tragen kann. Das sind kleine, aber feine Projekte. Ich glaube, solche Projekte, die hier aus Schleswig-Holstein kommen, sind es wert, von uns unterstützt zu werden.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

(Lars Harms)

Anknüpfend an das, was ich bereits am Anfang sagte, sollten wir uns davor hüten, dieses Politikfeld ausschließlich abstrakt zu betrachten. **Integration** erfordert nicht nur politische Maßnahmen, sondern auch zivilgesellschaftliche Veränderungen. Manches Boulevardblatt haut - im übertragenen Sinne - ordentlich auf die Flüchtlinge drauf und hütet sich dabei, Einzelschicksale zu schildern. Die Flüchtlinge sollen ganz bewusst entmenschlicht werden.

Wir sollten da gegensteuern. Es kommen eben nicht Flüchtlinge, sondern diese Menschen haben eine Geschichte, haben Vorlieben, haben Interessen und Talente. Dort müssen wir sie abholen: als neues Mitglied im Chor oder im Fußballverein.

Der SSW hat die dezentrale **Unterbringung** der **Flüchtlinge** immer wieder propagiert, weil die Vorteile auf der Hand liegen. Wichtig ist aber hierbei auch, dass man auch offen dafür ist, dass die Menschen möglicherweise dauerhaft hier bleiben werden. Deshalb brauchen Menschen **Sprachkurse** und den dauerhaften Kontakt zu ihrer näheren Umgebung. Nur so erreichen wir echte Integration - vom ersten Tag an. Wir können keinen Unterschied machen und sagen: Wir schauen einfach einmal, ob sie irgendwann einen Aufenthaltsstatus kriegen.

Unsere Aufgabe und unsere Verpflichtung ist es, dafür zu sorgen, dass diese Leute so schnell wie möglich in die Gesellschaft integriert werden. Wenn sie die Möglichkeit haben und durch diese Integrationsmaßnahmen eine Arbeit finden, sollten wir ihnen diese Chance eröffnen.

Das wäre eine nachhaltige Politik. Genau diese Politik wollen wir betreiben. Wir sind damit auf dem richtigen Weg.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich stelle zunächst fest, dass der Berichts Antrag Drucksache 18/1282 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Es wurde kein Antrag gestellt. Der Tagesordnungspunkt ist damit erledigt.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 54 auf:

Herausforderungen der Sparkassen

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/1215

Ich erteile das Wort dem Innenminister Andreas Breitner.

Andreas Breitner, Innenminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Landtag hat in seiner 14. Tagung den Berichts Antrag der FDP-Fraktion angenommen und die Landesregierung gebeten, einen Bericht zu den Herausforderungen der Sparkassen vorzulegen. Die Landesregierung wurde aufgefordert,

„schriftlich darzulegen, mit welchen konkreten Maßnahmen und in welcher jeweiligen Höhe die Landesregierung plant, die sich abzeichnende Eigenkapitallücke bei den schleswig-holsteinischen Sparkassen zu schließen, die sich durch die erhöhten Anforderungen der CRD-IV-Richtlinie (Basel III), die erhöhten Abschreibungen aus den Beteiligungen bei der HSH-Nordbank und der Landesbank Berlin sowie Zusatzbelastungen aus einer verschärften Einlagensicherung ergeben.“

Der Bericht liegt vor. Ich werde einige wichtige Punkte hervorheben. Zunächst möchte ich klarstellen, dass die Landesregierung es nicht als Aufgabe des Landes ansieht, sich direkt an **Sparkassen** zu beteiligen oder ihnen in anderer Form Kapital zuzuführen. Daher wird im Bericht auf diesen Teil des Auftrags nicht weiter eingegangen.

Darüber hinaus war bei der Erstellung des Berichts zu bedenken, dass nach § 203 Strafgesetzbuch bestraft wird, wer unbefugt ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis offenbart, welches ihm als Amtsträger anvertraut oder bekannt geworden ist. Daher haben wir den Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein unter anderem zu den Wertberechtigungen und der aktuellen Eigenkapitalausstattung um Beiträge gebeten. Diese sind in den Bericht wortwörtlich aufgenommen worden. Die Angaben zur Eigenkapitalsituation der Sparkassen Ende 2012 und die strukturellen Maßnahmen beruhen auch auf öffentlichen Berichten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die schleswig-holsteinischen Sparkassen mussten in der vergangenen Zeit erhebliche Belastungen tragen und stehen vor weiteren wesentlichen Herausforderungen. Die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank drückt auf die Ertragslage aller Kreditinstitute, die wie die Sparkassen und Genossenschaften in starkem Maße das Einlagegeschäft betreiben.

Die Wettbewerbssituation im Kreditwesen hat sich in den letzten Jahren beispielsweise durch Angebo-

(Minister Andreas Breitner)

te im Internet verschärft. Wertberichtigungen auf Beteiligungen belasten die Ertragslage. Gleichzeitig ergeben sich durch die Umsetzung von Basel III höhere Kapitalanforderungen. Schließlich werden die Auswirkungen der neuen EU-Regelungen zur Einlagensicherung, deren genaue Ausgestaltung zurzeit noch diskutiert wird, die Ertragslage zusätzlich belasten.

Der Bericht enthält eine Darstellung zu den **Auswirkungen durch Basel III**, die deutlich macht, wie differenziert das Regelwerk ausgefallen ist. Dass dies keine Einzelmeinung ist, macht eine Ausführung von Jörg Asmussen, immerhin Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank, deutlich. In einem Interview hat er gesagt, dass man bei der Finanzmarktregulierung inzwischen eine Komplexität erreicht habe, die man auch kritisch hinterfragen könne. Er persönlich glaube, dass wir in naher Zukunft Basel IV erleben werden, das wieder deutlich einfacher als Basel III ausfallen werde.

An dieser Stelle möchte ich auf einen Punkt hinweisen. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, BaFin, wird dem Vernehmen nach entscheiden, dass im Januar 2014 die **Quote** für das **harte Kernkapital** statt wie angegeben 4,5 % lediglich 4 % betragen soll. Entsprechend soll sich die Quote für das Ergänzungskapital von 2 % auf 2,5 % erhöhen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, besonders erwähnenswert ist an dieser Stelle die in diesem Jahr von den Sparkassen und dem **Sparkassen- und Giroverband** durchgeführten beziehungsweise eingeleiteten wesentlichen **Strukturmaßnahmen**. Die Landesregierung kommt in ihrem Bericht zu dem Ergebnis:

„... mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes“

- hat die Landesregierung -

„dem Landtag einen Vorschlag unterbreitet, die Rahmenbedingungen für die Sparkassen weiter zu verbessern. Insbesondere sollen die Möglichkeiten, die Kapitalbasis von öffentlich-rechtlichen Sparkassen bei Bedarf zu verbreitern, vergrößert werden.

Die Sparkassen ... haben erforderliche strukturelle Maßnahmen umgesetzt oder eingeleitet.

Alle Sparkassen haben - wie der SGV aufgeführt hat - die Basel-III-Anforderungen in ihren Mittelfristplanungen individuell berücksichtigt und daraus Kapitalplanungen abge-

leitet. Um die neuen Anforderungen erfüllen zu können, werden die Sparkassen in den nächsten Jahren alle gebotenen geschäftspolitischen Maßnahmen auf der Ertrags- und Kostenseite durchführen ... Den wesentlichen Beitrag liefert dabei im Ergebnis die Thesaurierung der Gewinne.

Die Sparkassen werden auch in Zukunft ihren öffentlichen Auftrag erfüllen können, die angemessene und ausreichende Versorgung aller Bevölkerungskreise und insbesondere der mittelständischen Wirtschaft mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen auch in der Fläche sicherzustellen.“

- Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das Wort hat der Antragsteller, der Fraktionsvorsitzende der FDP, Herr Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrter Herr Minister Breitner, vielen Dank für Ihren Bericht. In der Benotung müsste allerdings bei Ihnen aus meiner Sicht stehen: Er hat sich stets bemüht, dem Auftrag des Landtags nachzukommen, gelungen ist es ihm freilich nicht.

Aber die regierungstragenden Fraktionen haben es Ihnen ja auch schwer gemacht, als sie zu Beginn des Jahres mit einer Änderung des Sparkassengesetzes dem möglichen Helfer, der Haspa, rigoros die Tür zugeschlagen haben.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist vor allem deshalb verwunderlich, weil das Engagement der Haspa bei der freien Sparkasse Mittelholstein zugleich so gelobt wurde.

Ich konnte es kaum glauben, als ich in diesem Bericht gelesen habe, dass die Ausschüttungen der **Sparkassen**, die für viele **Gemeinwohlprojekte** im Land existenziell sind, in den nächsten zehn Jahren im Wesentlichen gegen null tendieren werden. Die Sparkasse ist ein regional verwurzelter Spender in unserem Land. Der Breitensport, die Kultur, aber auch viele soziale Projekte können ohne die Ausschüttungen der Sparkassen nicht mehr fortgeführt werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen der regie-

(Wolfgang Kubicki)

Tragenden Fraktion, ist Ihnen das eigentlich bewusst?

Ich möchte gern Seite 12 des Berichts zitieren:

„Um die neuen Anforderungen erfüllen zu können, werden die Sparkassen in den nächsten Jahren alle gebotenen geschäftspolitischen Maßnahmen auf der Ertrags- und Kostenseite durchführen - unter jederzeitiger Wahrung des öffentlichen Auftrages. Den wesentlichen Beitrag liefert dabei im Ergebnis die Thesaurierung der Gewinne.“

(Thomas Rother [SPD]: Das ist Seite 13!)

- Ja, es geht über von Seite 12 auf Seite 13, Herr Kollege.

Wissen Sie eigentlich, was das heißt? Ich übersetze es Ihnen einmal: Um die bevorstehenden Aufgaben seitens der Sparkassen zu bewältigen, sollen bis 2022 Arbeitsplätze abgebaut, Filialen geschlossen und die Bürgerdividende eingestellt werden. Es geht nicht nur um die Sparkasse Südholstein. Auch die Förde Sparkasse hat angekündigt, dass sie eine Reihe ihrer Filialen ausdünnen wird, weil die Kostenstruktur dies erfordert.

Die **Gewinne** sollen in den Sparkassen verbleiben, um die gesetzlich vorgeschriebenen Eigenkapitalquoten sicherzustellen.

Ich bin geradezu überrascht, dass die Sozialdemokraten diese Konsequenzen so gleichgültig zur Kenntnis nehmen. Meiner Fraktion und mir ist es nicht egal, wenn sich die Sparkasse Südholstein mangels Alternativen gezwungen sieht, 130 **Arbeitsplätze** im Land abzubauen. Ich wehre mich auch dagegen, den Sparkassensektor nachhaltig zu schwächen und den Sparkassen ökonomisch einen Rückzug aus der Fläche geradezu aufzudrängen. Aber genau das tut Ihr Gesetzentwurf. Er lässt die Sparkassen buchstäblich im Regen stehen, nachdem Sie ihnen den Rettungsschirm der Haspa weggenommen haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Bericht der Landesregierung ist unvollständig. Sie erwähnen zwar, dass die verschärften **Vorschriften** der **Einlagensicherung** die Sparkassen zwingen, 0,5 bis 1,5 % ihrer Einlagen in einen entsprechenden Fonds einzuzahlen, aber Einpreisen tun Sie diese Aufstockung bei den finanziellen Belastungen ausdrücklich nicht. Die Einlagen der schleswig-holsteinischen Sparkassen lagen zum Ende des letzten Geschäftsjahres bei 23,1 Milliarden €, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das heißt, die Sparkassen müssen in den nächsten zehn bis 15 Jahren über

360 Millionen € in einen Einlagensicherungsfonds zahlen. Die Risiken lassen sich weiter fortsetzen. So heißt es in dem Bericht - ich zitiere -:

„Derzeit gehen wir nicht davon aus, dass künftig mit signifikanten Abschreibungen zu rechnen ist, da bei den Unternehmensbewertungen“

- gemeint sind die HSH Nordbank und die Landesbank Berlin -

„zukünftige Risiken umfassend berücksichtigt wurden.“

Herr Minister, das kann man als mutig bezeichnen. Ich würde es in die Kategorie gefährlich einstufen. Denn im „Handelsblatt“ vom 11. Oktober dieses Jahres wird aus einem Schreiben des Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Georg Fahrenschon, an die Sparkassen zitiert. Darin kündigt der Präsident des DSGV eine „weitere mögliche, nicht unerhebliche Abschreibung“ bei der Landesbank Berlin an.

Einige Sparkassen in Deutschland haben den **Firmenwert** der **Landesbank Berlin** um bis zu 95 % abgeschrieben. Wenn die Sparkassen in Schleswig-Holstein dieses Verfahren nachvollziehen beziehungsweise nachvollziehen müssen, lösen sich alle bisherigen Planungen in Luft auf. Gegen dieses Szenario helfen dann auch keine Parteitagebeschlüsse und keine Solidaritätsbekundungen mehr. Dann müssen Abschreibungen vorgenommen werden. Am Ende haben wir es dann mit der unbes techlichen und dem politischen Zugriff entzogenen Mathematik zu tun. Da hilft es nicht zu Jammern und Zähneklappern schon gar nicht.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einen Satz aus dem Bericht zitieren, den ich wirklich bemerkenswert finde, Herr Minister. Ich zitiere aus Seite 12:

„Wir weisen darauf hin, dass Hochrechnungen und Planungen naturgemäß immer mit Unsicherheiten und Planerfüllungsrisiken verbunden sind.“

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Hey!)

Diese Binsenweisheit möchte ich im Kern gar nicht kritisieren. Tatsache aber ist, dass dieser Bericht von einem blauäugigen Optimismus und kaum besser verlaufenden Grundannahmen gekennzeichnet ist, die ich mir zwar für die Sparkassen im Land wünsche, die ich jedoch realistisch nirgends sehe.

Herr Präsident, ich beantrage die Überweisung in den Innen- und Rechtsausschuss und in den Finanzausschuss. - Ich bedanke mich herzlich.

(Wolfgang Kubicki)

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Tobias Koch das Wort.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Berichts Antrag zu den Herausforderungen der Sparkassen war mit der Fragestellung versehen - ich möchte das zitieren, was der Innenminister zu Beginn seiner Rede auch zitiert hat -

„... mit welchen konkreten Maßnahmen und in welcher jeweiligen Höhe die Landesregierung plant, die sich abzeichnende Eigenkapitalücke bei den schleswig-holsteinischen Sparkassen zu schließen ...“

Die Antwort auf diese Frage findet sich in gewisser Weise auch im vorgelegten Bericht. Ich zitiere wiederum:

„Die Landesregierung sieht es nicht als Aufgabe des Landes an, sich an Sparkassen zu beteiligen oder ihnen in anderer Form Kapital zuzuführen.“

Mit anderen Worten: Eine direkte Hilfe des Landes bei der Lösung von **Eigenkapitalproblemen** der **schleswig-holsteinischen Sparkassen** wird es nicht geben. Das Land beschränkt sich darauf, die Rahmenbedingungen für das Wirtschaften der Sparkassen zu setzen.

Im Folgenden erfahren wir eine ganze Menge darüber, worin die unter dem Stichwort **Basel III** bekannten erhöhten Eigenkapitalanforderungen für Banken bestehen und zu welchen Zeitpunkten sie in Kraft treten.

Anschließend geht der Bericht darauf ein, welche **Maßnahmen** im Bereich der **Sparkassen** bisher selbst ergriffen worden sind. In diesem Kapitel erfahren wir immerhin, dass das einzige Kapital, das den schleswig-holsteinischen Sparkassen in jüngster Zeit neu zugeflossen ist, aus der Kapitalerhöhung der Sparkasse Mittelholstein resultiert. Die Nettokapitalerhöhung betrug 30 Millionen €, und der Hauptkapitalgeber war die Hamburger Sparkasse.

(Volker Dornquast [CDU]: Das ist ja pfui!)

- Also genau der **Kapitalgeber**, den die Landtagsmehrheit in ihrer Weisheit aus dem Sparkassengesetz herausgestrichen hat, hat für die einzige echte

Kapitalzufuhr bei einer schleswig-holsteinischen Sparkasse in der letzten Zeit gesorgt. Hört, hört! Das sollte den Kolleginnen und Kollegen von SPD, Grünen und SSW zu denken geben.

(Zurufe)

Im Weiteren verweist der Bericht auf den in Beratung befindlichen Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Sparkassengesetzes. Bekanntlich soll als Alibiersatz für die gestrichene Hamburger Sparkasse eine **Beteiligungsmöglichkeit** für alle schleswig-holsteinischen **Kommunen** eingeführt werden. Wie wir alle wissen, verfügen die schleswig-holsteinischen Kommunen über prall gefüllte Rücklagen und gewaltige Haushaltsüberschüsse und würden lieber heute als morgen dieses Kapital in eine Sparkassenbeteiligung investieren. Ich bin sicher, dass diese Zahlen auch dem Innenministerium bekannt sind.

Das Fazit des Berichts lautet:

„Den wesentlichen Beitrag zur Erfüllung der Kapitalanforderungen liefert dabei im Ergebnis die Thesaurierung der Gewinne.“

Kollege Kubicki hat schon darauf hingewiesen.

Meine Damen und Herren, nachdem wir - der Kollege Kubicki, der Herr Innenminister und ich - mit unseren Zitaten hier fast den gesamten Bericht vorgelesen haben, ist das die Quintessenz: aus den **thesaurierten Gewinnen**. Mit anderen Worten: Die Sparkassen müssen sich am eigenen Zopf aus dem Sumpf ziehen, indem sie einfach genügend Gewinne erwirtschaften, diese einbehalten und ihr Kapital in den nächsten Jahren entsprechend aufstocken.

(Heike Franzen [CDU]: Tolle Idee! - Unruhe)

Was bedeutet das nun für die Sparkassen? Auf die **Auswirkungen** auf die **Gemeinwohlleistungen** hat Kollege Kubicki bereits hingewiesen. Was bedeutet das für das eigentliche Geschäft der Sparkassen?

(Serpil Midyatli [SPD]: Alternativen? - Lachen CDU und FDP)

- Frau Kollegin, ich wünsche mir, dass Sie die Frage noch einmal am Mikrofon stellen, damit ich ausreichend Zeit habe, Ihnen die Alternativen zu erläutern, die Sie gestrichen haben.

(Beifall CDU und FDP)

Was bedeutet die Eigenkapitalaufstockung aus einbehaltenen Gewinnen für die Sparkassen? Das führt in der Tat zu einem **Anstieg der Kernkapitalquoten**, wenn man Gewinne einbehält und gleichzeitig

(Tobias Koch)

das Geschäftsvolumen konstant hält. Das wäre die Voraussetzung. Denn die Risikoaktiva dürfen ja nicht steigen. Wenn die Gewinne einbehalten werden, erhöht sich das Eigenkapital, dann müssen die Risikoaktiva - -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist zu schwer für die!)

- Ich versuche ja gerade, es zu erklären, Herr Kollege Kubicki. - Etwas einfacher formuliert: Die Sparkassen dürfen dann nur so viele neue Kredite vergeben, wie gleichzeitig zurückgezahlt werden. Eine Ausweitung des Kreditvolumens kann und darf es dann zukünftig nicht mehr geben. Während die einbehaltenen Gewinne bislang dazu gedient haben, genau für ein solches Wachstum das erforderliche Eigenkapital aufzubringen, werden die einbehaltenen Gewinne jetzt dafür benötigt, die vorhandene Eigenkapitalücke bei unverändertem Geschäftsumfang zu schließen.

Was diese **fehlende Möglichkeit zur Ausweitung der Kreditvergabe** für die Finanzierung von Handwerk und Mittelstand in Schleswig-Holstein bedeutet und welche Konsequenzen sich daraus für die Stellung unserer Sparkassen im Wettbewerb mit anderen Banken ergeben, das kann sich jeder selbst ausmalen.

Meine Damen und Herren, zum Abschluss noch eine Zahl: Der letzten Seite des Berichts ist zu entnehmen, dass das Eigenkapital der Sparkasse Südholstein unter anderem auf einer stillen Einlage in Höhe von 60 Millionen € basiert. Jetzt lassen Sie uns noch einmal gemeinsam nachdenken: Von wem wurde diese stille Einlage geleistet? Richtig: von der Hamburger Sparkasse. Wenn also die Haspa, nachdem die Regierungsfractionen sie schon aus dem Sparkassengesetz gestrichen haben, jetzt konsequenterweise dieses Kapital bei Fälligkeit zurückfordert, dann können sich die übrigen schleswig-holsteinischen Sparkassen schon einmal auf die nächste Nachstützung bei der Sparkasse Südholstein freuen, um auch diese fehlenden 60 Millionen € auszugleichen.

Ich danke der Landesregierung dafür, dass sie uns mit dem vorgelegten Bericht die Konsequenzen der rot-grün-blauen Regierungspolitik deutlich vor Augen geführt hat. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Mitglieder der

AWO Bad Segeberg/Wahlstedt und Bürgerinnen und Bürger aus dem Kreis Pinneberg. - Seien Sie uns recht herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Thomas Rother das Wort.

Thomas Rother [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein herzliches Willkommen hoffentlich auch den Kunden der Sparkasse Südholstein, die hier schon eine Rolle gespielt hat. Aber auch von mir erst einmal vielen Dank an die Landesregierung für diesen Bericht. Denn er enthält - wie gefordert - eine allgemeine Übersicht über die künftigen **Anforderungen an die Kapitalstruktur der Sparkassen**. Das ist sowieso alles öffentlich, aber hier sehr gut und nachvollziehbar dargestellt.

Hinzu kommt, dass auf Seite 4 die erforderlichen **bilanziellen Wertberichtigungen** aufgrund von Wertminderungen durch die Beteiligung an der HSH Nordbank sowie der Landesbank Berlin - soweit bekannt - genannt werden. Dies stellt eine zusätzliche Belastung für die Sparkassen in unserem Land dar, ist aber auch nichts Neues.

Die politische Frage für den Landtag an dieser Stelle ist natürlich, wieweit die Sparkassen in Schleswig-Holstein die **Eigenkapitalanforderungen** erfüllen beziehungsweise in Zukunft erfüllen werden.

Über die wirtschaftlichen Herausforderungen an die Sparkassen haben wir hier schon des Öfteren geredet. Der Minister hat das in seiner Rede noch einmal dargestellt; das brauche ich hier nicht zu wiederholen. Im Ergebnis haben die von der Sparkassenorganisation eingeleiteten und umgesetzten Maßnahmen gemeinsam mit den von uns hier auf den Weg gebrachten gesetzgeberischen Maßnahmen im Sparkassengesetz sowie - auch das ist keine Neuigkeit - das Engagement der Haspa an der Stelle für die Sparkasse Mittelholstein, die Sie genannt haben, die noch vor einiger Zeit als sehr kritisch eingeschätzte Situation vieler Institute verändert und verbessert. Das ist ein großer gemeinsamer Erfolg mehrerer Akteure. Da kann man die Haspa ruhig nennen.

Der Kernsatz des Berichts findet sich meiner Meinung nach auf Seite 12, wenn der Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein ausführt, dass nach seinen von den Sparkassen zur Verfügung gestellten Informationen 12 von 13 Sparkassen in der

(Thomas Rother)

Lage seien, die in den kommenden Jahren stetig ansteigenden Kriterien hinsichtlich der Eigenkapitalausstattung, das heißt die verschärften Eigenkapitalanforderungen nach Basel III, aus eigener Kraft vollumfänglich zu erfüllen. Das ist gut, aber eine Sparkasse fehlt eben noch. Sie ist eben genannt worden.

Doch wenn wir den Entwurf zur Änderung des Sparkassengesetzes, der sich noch in der Ausschussberatung befindet, beschließen, werden wir den Weg für die 13. Sparkasse zur Erfüllung der Eigenkapitalkriterien öffnen. Ich finde es immer wieder bemerkenswert, wenn Südholstein nach der Änderung des Sparkassengesetzes als das böse Beispiel angeführt wird, als ob die Probleme von **Südholstein** allein durch die **Haspa** gelöst worden wären. Die Schließung von Filialen und der Mitarbeiterabbau haben natürlich auch ganz andere Ursachen. Ich vermisse Ihren Protest bei einer Sparkasse, bei der ich Kunde bin, bei der Sparkasse zu Lübeck. Die hat mit einer Haspa-Beteiligung von 25 % im oberen zweistelligen Bereich Personal abgebaut, weil dadurch natürlich Synergien freigesetzt werden, was dann leider zur Freisetzung von Arbeitsplätzen führt.

Wenn wir das mit der Änderung des Sparkassengesetzes machen, haben wir die Probleme der **Sparkassen** in Schleswig-Holstein - da gebe ich Ihnen recht - nur vorerst gelöst. Denn eine Aussage am Ende des Berichts - da stimme ich Ihnen zu - halte ich für etwas gewagt: Auf Seite 13 ist davon die Rede, dass die Sparkassen selbst im Wesentlichen durch Gewinnthesaurierung die Eigenkapitalanforderungen künftig werden erfüllen können. Angesichts der Zinsentwicklung - wir haben schon heute Vormittag zum Thema Zinsen darüber gesprochen - und der beschriebenen strukturellen Veränderungen, die vor allem durch das Verhalten der Sparkassenkunden selbst ausgelöst werden, werden viele Institute das nicht so einfach hinbekommen können, zumal sie - auch das ist angesprochen worden - nicht nur einen **öffentlichen Auftrag**, sondern auch einen **Gemeinwohlauftrag** erfüllen müssen. Das wirkt sich natürlich nicht unbedingt positiv auf den Gewinn aus, weil einfach Dinge ausgeschüttet beziehungsweise Geschäfte gemacht werden müssen, die nicht furchtbar profitabel sind.

Auch uns fehlen bei den Haushaltsberatungen die Gewinne der HSH Nordbank, über die wir uns in früheren Jahren gefreut und die wir gern ausgegeben haben. Wenn es so einfach wäre, würden wir die heutige Debatte nicht führen und hätten auch

die Debatten der letzten vier, fünf Jahre nicht geführt.

Da sich die Zukunft immer noch nicht zuverlässig voraussagen lässt und ebenso wenig klar ist - der Herr Innenminister hat darauf hingewiesen -, ob sich „Herr EZB-Asmussen“ mit seiner Vereinfachungsforderung durchsetzen wird, bleibe ich vorsichtig. Wir haben tatsächlich das Erforderliche getan, um die Sparkassen für die Herausforderungen der nächsten Jahre zu wappnen. Alles Weitere wäre tatsächlich Spekulation. Wir sollten den Bericht abschließend in den Ausschüssen, vor allem im Innen- und Rechtsausschuss beraten. Er passt gut zum Verfahren zur Änderung des Sparkassengesetzes.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt Herr Abgeordneter Rasmus Andresen das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich danke Innenminister Breitner für seinen Bericht. Ich finde, dass er die Herausforderungen für die Sparkassen in unserem Land sehr übersichtlich dargestellt hat.

Die aktuelle Niedrigzinspolitik der EZB und die **Umsetzung von Basel III** sind im Übrigen eine ganz gute Lehre aus dem, was wir in den letzten Jahren auf dem **Finanzmarkt** erlebt haben. Kollege Koch, bei Ihnen zweifelt man ja manchmal, ob Sie das noch als sinnvoll betrachten. Der verschärfte Wettbewerb gilt nicht nur für alle Sparkassen, sondern für alle Banken in Deutschland gleichermaßen.

Für die **schleswig-holsteinischen Sparkassen** ist die **Situation** aber durch die hohen Abschreibungen auf Beteiligungen an unserem Sorgenkind, der HSH Nordbank, oder auch an der Landesbank Berlin - auch das haben Kollegen genannt - noch ein bisschen schwerer. Hinzu kommen spezifische Lasten in den einzelnen Instituten, zum Beispiel bei der Nospa bei uns im Norden. Dort sind es zum Beispiel die Altgeschäfte der Flensburger Sparkasse. Bei der Sparkasse Südholstein haben die Finanzkrise und die Abschreibungen auf die HSH besonders tiefe Spuren hinterlassen, sodass sie erneut zum Stützungsfall wird.

(Rasmus Andresen)

Insgesamt muss man anerkennen, dass die Sparkassen in Schleswig-Holstein gemessen am Anteil der Stützungsfälle in einer besonders herausfordernden Lage sind. Der Bericht zeigt aber auch, wie viel Bewegung im Moment in der Sparkassenlandschaft steckt. Die **Sparkassen** reagieren mit ganz unterschiedlichen **Strategien** auf die **Herausforderungen**. Der Wegfall der Beteiligungsmöglichkeit der Haspa an den öffentlich-rechtlichen Sparkassen tut dem - auch wenn hier wieder das Gegenteil behauptet wurde - keinen Abbruch.

Da haben wir beispielsweise die Fusion der gestützten Sparkasse Bredstedt mit der Nospa. Ich kann mir gut vorstellen, dass es auch in Zukunft weitere Fusionen geben wird. Es hat einmal in Schleswig-Holstein etwa 60 Sparkassen gegeben, jetzt sind es nur noch 13. Der Trend geht weg von der Kleinteiligkeit. Dieser Prozess lässt sich nicht aufhalten und ist auch nicht unbedingt schlecht, solange das Regionalitätsprinzip - das ist für uns Grüne sehr wichtig - aufrechterhalten wird.

(Beifall Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das geht dann eben auch mit großflächigeren Sparkassen.

Die Kooperation der Sparkasse Hohenwestedt mit der Förde Sparkasse zeigt aber, dass es für kleine Institute auch noch andere Wege als die Fusion gibt. Gerade Hohenwestedt ist ein gutes Beispiel dafür, wie laut Sie geschrien haben, was jetzt alles wegbrechen werde und wie schwierig das alles sei. Kurze Zeit später kam die Lösung in der Sparkassenfamilie auf den Tisch.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

Anstatt sich dann hier hinzustellen und das anzuerkennen, blenden Sie das einfach in der Debatte aus und beziehen die gleiche Position wie vorher.

Die Sparkasse Südholstein hingegen wird erneut vom SGV gestützt und muss dafür stärker konsolidieren. In Zukunft wird der **Stützungsmechanismus des SGV** noch gestärkt. Dafür sorgen wir auch mit dem gerade noch in der Anhörung befindlichen Sparkassengesetz.

Eine Anmerkung zum Sparkassengesetz: Wir sind noch in der Anhörungsphase, es ist aber so, dass die bisher eingegangenen Stellungnahmen uns recht geben. Nicht nur die Sparkassenverbände Schleswig-Holsteins und des Bundes unterstützen unsere Position, sondern beispielsweise auch das Handwerk, das Sie vorhin in Ihren Redebeiträgen angesprochen haben.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Andresen, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Koch?

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Jetzt ja.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Tobias Koch [CDU]: Vielen Dank, Herr Kollege Andresen. Bei Ihrem gerade erhobenen Vorwurf, wir würden ausblenden, dass es zwischen der Sparkasse Hohenwestedt und der Förde Sparkasse eine Zusammenarbeit gibt, sprachen Sie von Kooperation. Kann es sein, dass Sie dabei ausblenden, dass es sich um eine Beteiligung handelt, die erst durch unser Sparkassengesetz ermöglicht wurde?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ja!)

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich blende gar nicht aus, was geändert und was dadurch ermöglicht wurde. Ich vertrete die Position, die wir hier in den letzten Monaten und im letzten Jahr in den Debatten zu den Sparkassen vertreten haben. Sie haben uns angedroht, dass es, wenn wir im Verfahren die Haspa-Klausel aus dem Gesetz nehmen, keine Lösung gibt. Ich weise Sie lediglich darauf hin, dass es, obwohl wir das gemacht haben, danach zu einer guten Lösung für die Sparkasse Hohenwestedt gekommen ist.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine zweite Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Koch?

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Tobias Koch [CDU]: Herr Kollege, wären Sie dann so freundlich, mir einen Redebeitrag aus der Vergangenheit zu zeigen, in dem Sie die Möglichkeit von Minderheitsbeteili-

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

gungen am Stammkapital von Sparkassen untereinander positiv begleitet haben?

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich habe keine Bibliothek mit meinen alten Redebeiträgen dabei,

(Heiterkeit)

aber ich bin mir ziemlich sicher, dass wir dazu entweder am Rande des Plenums oder auch bei der Anhörung noch diskutieren können, die wir nächste oder übernächste Woche zum Sparkassengesetz durchführen werden.

Für uns Grüne gibt es drei wichtige **Markenzeichen der Sparkassen**. Die wollen wir bewahren und weiter fördern. Das ist zum einen das Regionalitätsprinzip, ich habe es gerade erwähnt. Deshalb stehen wir dem CDU-Vorschlag - der auch heftig unter Beschuss steht, Herr Kollege Koch, was man feststellt, wenn man sich einmal die Stellungnahmen durchliest -, die Beteiligung an den Sparkassen auch für Institute außerhalb Schleswig-Holsteins zu öffnen, sehr kritisch gegenüber.

Zweitens möchten wir den öffentlich-rechtlichen Charakter der Institute auf jeden Fall bewahren.

Drittens wollen wir die Selbsthilfemechanismen, die die Sparkassen als Verbund auszeichnen, fördern und stärken. Ich dachte eigentlich auch immer, dass das auch Ihr Selbstverständnis in der Bankenpolitik ist, also Selbsthilfemechanismen und nicht immer nach staatlichen Lösungen zu schreien.

Innerhalb dieses Rahmens liegt es an den Sparkassen, so denken wir zumindest, den aktuellen Herausforderungen zu begegnen. Viel hängt meiner Meinung nach auch davon ab, ob es den Sparkassen in Zukunft gelingt, ihr lokal und regional ausgerichtetes Geschäftsmodell in einer vernetzten und globalisierten Welt zu verankern. Das muss kein Widerspruch sein. Ich glaube, dass es klappen kann. Aber dann müssen sich die Sparkassen beispielsweise auch weiter und stärker gegenüber neuen Kundengruppen wie beispielsweise Menschen mit Migrationshintergrund oder auch jungen Menschen öffnen als bisher. Der demografische Wandel schlägt gerade bei Sparkassen zu. Es wird nicht jede Filiale auf dem Land zu halten sein. Auch das ist angesprochen worden. Gleichzeitig müssen viele Sparkassen gerade ihr Online-Angebot weiterentwickeln.

Unsere Sparkassen rüsten sich gerade für die nächsten Jahrzehnte. Als Politik können wir nur einen

gemeinsamen Rahmen mit den Sparkassenverbänden entwickeln. Dazu sind wir auf einem guten Weg. Das machen wir übrigens noch einmal in Übereinstimmung mit den Verbänden. Ich bitte auch die Opposition, das in ihrer Kritik zu berücksichtigen. Ich freue mich auf die weiteren Beratungen im Ausschuss, vielleicht nicht zu dem Bericht, aber zu den Gesetzesänderungen. Die zweite Lesung dazu steht schon bald im Plenum an. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Piratenfraktion hat der Fraktionsvorsitzende, Herr Abgeordneter Torge Schmidt, das Wort.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Den Bericht zu den Herausforderungen der Sparkassen kann man ganz kurz zusammenfassen: Passt schon! - Wir haben in der Legislaturperiode schon diverse Male über die Sparkassen in Schleswig-Holstein debattiert. Wenn man Ihrem Bericht so folgt, könnte man glauben, dass passt alles schon. Ich wünsche mir, dass Sie dabei recht behalten.

Die **Sparkassen** stehen vor großen **Herausforderungen**. Sie haben in der Vergangenheit nicht nur unter dem Abschreiben von Anteilen an der HSH gelitten, in Zukunft müssen sie sich auch auf die Einführung von Basel III vorbereiten.

Sie sagen uns: Die Sparkassen sind alle für die **erhöhten Kapitalanforderungen** gerüstet, sie sind liquide genug, Eigenkapital ist auch genug vorhanden, die Sparkassen sind schon auf alles vorbereitet. - Passt schon!

In Ihrem Bericht zitieren Sie den Schleswig-Holsteinischen Sparkassen- und Giroverband, der uns sagt, dass künftig nicht mit erheblichen Abschreibungen zu rechnen sei. Einen Absatz später schreiben Sie, dass das Innenministerium auch das „Handelsblatt“ lese - soweit sehr löblich. Jedenfalls zitieren Sie den Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes mit der Aussage, dass man mit weiteren Abschreibungen auf die Beteiligung der Landesbank Berlin rechne. Punkt, Ende. Weiter führen Sie das nicht aus.

Ich frage mich, ob Sie dazu auch eine qualitative Aussage treffen können. Wenn Sie schon das „Handelsblatt“ lesen, fragen Sie sich dann nicht auch,

(Torge Schmidt)

was dies für Schleswig-Holstein bedeutet? Wie hoch sind die Anteile der Sparkassen in Schleswig-Holstein an der Landesbank Berlin? Wie hoch ist das Risiko für Schleswig-Holstein? Vor allem: Haben Sie auch **belastbare Fakten**, oder nehmen Sie Ihre Informationen nur aus der Zeitung?

Zudem ist der Bericht höchst missverständlich. Auf Seite 5 schreiben Sie, dass erstmals ein Verfahren zur Berechnung und Meldung einer **Verschuldungsquote**, das sogenannte Leverage Ratio, festgelegt worden sei. Auf Seite 8 erzählen Sie uns, dass die Ausgestaltung des Leverage Ratio noch nicht final verabschiedet worden sei. Im Jahr 2017 solle über das Ob und Wie erst entschieden werden.

Fassen wir zusammen: Wir wissen erstmals, wie wir es berechnen können, es wurde noch nicht entschieden, ob und wie es überhaupt kommt. Menschen, die jetzt nicht so tief im Thema drinstecken wie wir, würde Ihr Bericht komplett verwirren.

(Beifall PIRATEN)

Ein wichtiger Punkt ist natürlich auch die **Eigenkapitalausstattung**. Wir diskutieren diesen Punkt im Plenum häufiger. Ihren Optimismus in allen Ehren, ich würde diesen gern teilen: Bei einer weiteren Niedrigzinsphase frage ich mich, ob die Ertragssituation der Sparkassen so gut ist, dass die Einbehaltung von Gewinnen wirklich ausreicht, um genügend Eigenkapitalpuffer aufzubauen. Die Lösung, dass sich der Sparkassen- und Giroverband in Schleswig-Holstein im Zweifelsfalle auch an hilfebedürftigen Sparkassen beteiligen soll, wie wir das gerade im Ausschuss diskutieren, sehe ich als fragwürdig an. Wenn eine Sparkasse wie Mittelholstein, die mit 9,04 % Eigenkapital nicht wirklich üppig ausgestattet ist, die aber die viertgrößte Bilanzsumme der Sparkassen in Schleswig-Holstein hat, nun doch Eigenkapital braucht, frage ich mich, wo das herkommt. Von den anderen Sparkassen in Schleswig-Holstein? Ist der Rest denn so üppig mit Eigenkapital ausgerüstet?

Der Sparkassen- und Giroverband in Schleswig-Holstein kann auch nur so stark sein wie seine Träger.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Wie Sie sehen, haben wir noch genügend Fragen, welche wir in diesem Zusammenhang werden diskutieren müssen. Ich bitte daher, den Bericht in den Ausschuss zu überweisen, damit wir ihn im Rahmen der Anhörung zum Sparkassengesetz beraten können. - Ich danke Ihnen.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Herr Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In den letzten Wochen und Monaten haben wir immer wieder die Lage der Sparkassen debattiert und dabei meistens über Änderungen gesprochen, die kurz oder langfristig anstanden. Das ist hier, im Hinblick auf **Basel III**, zwar auch so, aber trotzdem können wir jetzt feststellen, dass inzwischen einige Weichen gestellt worden sind, die sich immer mehr als ein sicheres Gerüst für die **Sparkassen in Schleswig-Holstein** entwickelt haben. Ich denke hierbei natürlich zuallererst an die Gesetzesänderungen, die wir beschlossen haben und die den Sparkassen den sicheren Rechtsrahmen geben, den sie selber von uns zu Recht eingefordert haben.

(Zuruf SPD: Genau!)

Die Sparkassen im Norden haben gezeigt, dass sie diesen Rechtsrahmen nutzen wollen und sich sehr wohl vor allem selbst helfen und unterstützen können. Die Fusion von der Spar- und Leihkasse zu Bredstedt mit der Nospa und die Beteiligung der Förde Sparkasse an der Sparkasse Hohenwestedt haben gezeigt, dass eine Zukunft auch ohne eine Beteiligung der Haspa oder privater Investoren möglich ist. Jetzt geht es um die **Sicherung und Stabilisierung des Sparkassengeschäftes** in der Region. Daran arbeiten die jeweiligen Sparkassen gerade, und das Solidarsystem hat sich jetzt schon bewährt. Die Richtung stimmt. Wir haben den Sparkassen ihre verdiente Planungssicherheit gegeben, damit sie sich auf ihre erneuerte, kundenorientierte Geschäftsstrategie konzentrieren können.

Insofern können die Sparkassen jetzt auch einer sicheren und planbaren Zukunft entgegengehen. Das sehen sie auch selbst so. Im Bericht wird der Sparkassen- und Giroverband mit den Worten zitiert, dass 12 von 13 Sparkassen im Lande die Anforderungen aus Basel III aus eigener Kraft und vollumfänglich erfüllen könnten. Es gebe eine Sparkasse, die dieses derzeit allein nicht könne und deshalb gestützt werden müsse. Durch diese Stützung, so sagt man, sei es aber auch dieser Sparkasse möglich, die Eigenkapitalanforderungen von Basel III zu erfüllen.

(Lars Harms)

Diese Aussagen zeigen zweierlei: Erstens. Die Sparkassen sind lebensfähiger als mancher denkt. Und zweitens. Der Stützungsmechanismus der Sparkassengemeinschaft funktioniert.

Es ist richtig, dass man sich immer wieder vergewissert, dass die Sparkassen auch weiterhin die Kapitalmarktanforderungen erfüllen können. Das tun wir natürlich auch, und das tun vor allem auch die Sparkassen selbst. Die wichtigste politische Aufgabe ist aber unserer Meinung nach, dass die **Aufgabenstellung der Sparkassen** und ihre **Repräsentanz in der Fläche** gesichert werden. Es ist unter anderem die Aufgabe der Sparkassen und der Genossenschaftsbanken, die Kreditversorgung für kleine und mittlere Unternehmen und für Privatpersonen in der Fläche sicherzustellen. Gerade im ländlichen Raum ist ein breites Filialnetz unverzichtbar.

Die Sparkassen in unserem Land sind zweifelsohne in der Region verwurzelt. Die kommunale Trägerschaft ist und muss auch in Zukunft ein Leitbild sein, denn sie garantiert das Geschäftsmodell und auch den Umfang des Filialnetzes. Auf der Landesebene haben wir den Ausverkauf der Sparkassen verhindert, aber nun müssen wir auch politisch dafür sorgen, dass die EU nicht zu einer Bedrohung für die Sparkassen wird.

In anderen Ländern ist das deutsche Modell des **Sparkassen- und Genossenschaftsbankenwesens** unbekannt. Dort drängt man darauf, Banken überall in der EU gleich zu behandeln. Das könnte die öffentlich-rechtliche Trägerschaft von Sparkassen irgendwann einmal bedrohen, und deshalb ist es nicht nur wichtig, die anderen Länder von der **Daseinsberechtigung** unserer Sparkassen zu überzeugen, sondern vielmehr auch für unser Modell zu werben. Die Übernahme von Elementen unseres Sparkassenwesens in anderen Ländern wäre sicherlich die beste Garantie für das Bestehen unserer Sparkassen, wie wir sie heute kennen. Auf jeden Fall muss die Politik in Deutschland jetzt auf europäischer Ebene ganz klar für die **öffentlich-rechtlichen Sparkassen** eintreten.

Da sind Liberalisierungsfantasien genau der falsche Weg, der die Sparkassen förmlich zum Abschuss freigibt. Wir haben das hier in Schleswig-Holstein verhindert, und wir werden als rot-grün-blaue Koalition bei jeder Gelegenheit dafür werben, es uns gleichzutun und den Sparkassen auch in Zukunft beizustehen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW und SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Von der SPD-, der FDP- und der Piratenfraktion ist Überweisung in den Innen- und Rechtsausschuss beantragt worden.

(Zuruf PIRATEN: Und in den Finanzausschuss!)

- Und in den Finanzausschuss. Das füge ich jetzt hinzu.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Federführend!)

- Federführend in welchen Ausschuss, bitte? Das möchte ich genau wissen.

(Zuruf: Innen- und Rechtsausschuss!)

- Es gehört in den Innen- und Rechtsausschuss. - Schade. Es war einen Versuch wert.

(Heiterkeit)

Aber trotzdem mitberatend in den Finanzausschuss. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag wurde einstimmig in diese beiden Ausschüsse überwiesen.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 27 auf:

Vorratsdatenspeicherung stoppen!

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 18/1285 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das sehe ich nicht. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Torge Schmidt.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste! Die Geschichte der Vorratsdatenspeicherung ist eine Geschichte voller Ideen, die den Rechtsstaat gefährden.

(Beifall PIRATEN und SSW)

Genau aus diesem Grunde müssen wir endlich zu einer Atmosphäre kommen, in der es eine Selbstverständlichkeit ist, dass die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein frei von Angst vor Überwachung leben können.

(Beifall PIRATEN und SSW)

(Torge Schmidt)

Umso mehr freue ich mich über den breiten Konsens, der hier im Haus über unseren Antrag besteht. Ein Antrag, der von fast allen Fraktionen getragen wird, zeigt die Wichtigkeit dieses Themas auf.

Schleswig-Holstein ist damit ein **Vorreiter**. Wir sind das erste Bundesland, das sich gegen die **Vorratsdatenspeicherung** ausspricht.

(Beifall PIRATEN)

Dies ist ein sehr starkes Signal. Besonders in Zeiten von Prism & Co. können wir sehen, dass die gespeicherten Daten Begehrlichkeiten wecken, die viel zu oft weit über das Maß von Recht und Gesetz hinauszielen. Die wirren Ideen unseres Bundesinnenministers oder seines bösen, kongenialen Stichwortgebers Hans-Peter Uhl lassen oft Schreckliches befürchten.

(Heiterkeit und Beifall PIRATEN)

Aber wieso in die Ferne schweifen? - Siehe, die Verfehlungen sind doch so nah. Der BND schnüffelt direkt am weltweit größten Internetknoten in Frankfurt, und Herr Ziercke schreitet nach immer mehr Befugnissen. Auch wurden bereits kurz nach Einführung Rufe nach Daten aus der Maut-Datenerfassung laut. Gerade in den letzten Wochen haben diese Rufe an Intensität zugenommen. Oft reichen dafür auch schon Bagatelldelikte. Was Großmutter noch wusste: Die besten Daten sind die, die gar nicht erst erhoben werden.

(Beifall PIRATEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau aus diesem Grund muss für uns gelten: Wehret den Anfängen!

Jetzt einmal Tacheles, liebe Kollegen Albig, Stegner und Breitner! - Ich weiß, Herr Albig ist in China, Herr Stegner ist auf einer Trauerfeier.

(Zuruf FDP)

- Ich denke, dass Herr Albig in China ist, ist gut. - Sie, liebe Kollegen, haben es in der Hand, Sie persönlich. Wir wissen, dass in den **Berliner Koalitionsverhandlungen** bisher noch kein Konsens zum Thema Vorratsdatenspeicherung erzielt worden ist. Insbesondere Sie können dieses starke Signal aus Schleswig-Holstein nach Berlin tragen. Aus meiner Sicht können Sie es nicht nur, sondern Sie müssen es.

(Beifall PIRATEN und FDP)

Die Koalition hat im Jahr 2012 unter Abschnitt 8.3 ihres Koalitionsvertrags vereinbart, sich bei Bundesratsinitiativen an den Interessen des Landes und

an Inhalt und Geist der Koalitionsvereinbarungen zu halten. Beim letzten Mal hat das leider nicht ganz so gut geklappt; aber jeder hat eine zweite Chance verdient, auch Sie. Hier können Sie zeigen, wie viel Ihnen die Beschlüsse des Landtags und Ihr Koalitionsvertrags, aus dem dieser Antrag entlehnt ist, wert sind.

Herr Stegner, 2011 sprachen Sie sich noch für eine Vorratsdatenspeicherung aus.

(Zurufe SPD)

- Das Problem ist: Wenn Herr Stegner sich für etwas ausspricht - - - Wir schicken es gern schriftlich nach.

(Zuruf SPD: Das macht nichts! Er hört alles!

- Wolfgang Kubicki [FDP]: Er hört es auf dem Livestream! - Beate Raudies [SPD]: Wir werden sowieso überwacht!)

Herr Stegner hat sich noch bis 2012 für eine Vorratsdatenspeicherung ausgesprochen. 2012 ist er vordergründig zur Vernunft gekommen und hat seine Meinung diesbezüglich geändert. Ich finde das ausdrücklich gut und begrüße das und hoffe auch, dass Ihre Meinung nun etwas länger hält.

(Beifall PIRATEN)

Liebe Kollegen, nun einmal Butter bei die Fische! Wir sind gewählt worden, um die **Interessen der Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins** zu vertreten. Handeln wir entsprechend, und erteilen wir der Vorratsdatenspeicherung eine klare Absage, ganz gleich, ob in Schleswig-Holstein, in Berlin oder auf EU-Ebene. - Ich danke Ihnen.

(Beifall PIRATEN)

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein kurzer Antrag, auf den man auch kurz antworten kann. Wir hatten vor rund einem Jahr schon einmal Gelegenheit, uns ausführlich über das Thema **Vorratsdatenspeicherung** auszutauschen. Es wird Sie wahrscheinlich nicht verwundern, dass die Position der Union nach wie vor gilt. Wir halten eine maßvolle, mit Augenmaß geregelte Vorratsdatenspeicherung für richtig. Sie ist ein wichtiger **Baustein zur Verbrechens- und Terrorabwehr**. Entgegen dem Trend steigt die Zahl der Straftaten, die in Verbindung mit dem Internet stehen, deutlich an. Daran ist nicht das Internet schuld, es spielt aber in allen Lebensbereichen eine zunehmend größere Rolle.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Aber gern.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Kollege Dr. Bernstein, könnten Sie uns erläutern, was an einer Maßnahme, die unterschiedslos sämtliche Bürgerinnen und Bürger und sämtliche Telekommunikation erfasst, maßvoll sein soll?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Er meint die Auswertung!)

- Lieber Kollege Breyer, wir können jetzt lange darüber reden, was wer unter dem Begriff maßvoll versteht. Es gibt unterschiedliche Möglichkeiten, wie man Vorratsdatenspeicherung ausgestalten kann. Darauf komme ich noch. Das, was bei uns vorgesehen ist, halte ich für maßvoll.

Die Experten der Strafverfolgungsbehörden und der Deutsche Richterbund fordern deshalb auch die Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung. Gerade unter den Bedingungen, die das Bundesverfassungsgericht definiert hat, müssen Polizei und Sicherheitsbehörden auch bei uns in die Lage versetzt werden, entsprechende Daten abzurufen. Wir halten deswegen die **zeitlich begrenzte Speicherung** von Telekommunikationsverkehrsdaten durch die Unternehmen für unentbehrlich. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil 2010 festgestellt - ich zitiere:

„Eine Rekonstruktion gerade der Telekommunikationsverbindungen ist für eine effektive Strafverfolgung und Gefahrenabwehr von besonderer Bedeutung.“

Nun haben sich SPD, Grüne und SSW in ihrem Koalitionsvertrag leider darauf verständigt, dass sie dieses wichtige Instrument der inneren Sicherheit ablehnen wollen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ganz offenbar haben die Sozialdemokraten in Berlin aber ein realistischeres Gespür für die Sicherheitsbedürfnisse unseres Landes.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

Nicht umsonst ist ja in der zuständigen Arbeitsgruppe Innen und Recht innerhalb der Koalitions-

verhandlung kein Vertreter aus Schleswig-Holstein dabei. Wenn man sich anhört, wie die Wasserstandsmeldungen aus den Koalitionsverhandlungen aussehen, geht es ganz offensichtlich nicht mehr um die Frage, ob die Vorratsdatenspeicherung kommt, sondern um die Frage, in welcher Form sie eingeführt werden wird.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Das ist ja auch schon einmal von der Großen Koalition durchgedrückt worden!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Dr. Bernstein, gestatten Sie eine zweite Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Immer wieder gern.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Werter Herr Kollege, wenn Sie die Vorratsdatenspeicherung, also die verdachtslose und flächendeckende Erfassung aller Telekommunikationsdaten, als wichtiges Instrument der inneren Sicherheit bezeichnen, wie können Sie sich dann erklären, dass nach Einführung dieser Maßnahme in Deutschland die Aufklärungsrate gerade bei Internetdelikten zurückgegangen ist?

- Lieber Herr Kollege Breyer, Sie kennen alle einschlägigen Untersuchungen, gerade im Bereich der Sicherheitsbehörden der inneren Sicherheit, die genau diese These nicht stützen. Wir brauchen jetzt die Debatte aus dem vergangenen Herbst nicht zu wiederholen, in der von Ihnen gerade aus dem Bundesverfassungsgerichtsurteil selektive Argumente herausgezogen worden sind. Das können wir, wenn Sie wollen, alles noch einmal auf den Tisch legen.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Die SPD will offensichtlich - so wie wir das aus Berlin jetzt gehört haben - die EU-Richtlinie, die den Providern eine Speicherung von mindestens sechs Monaten und maximal zwei Jahren vorschreibt, verändern und eine geringere **Mindestspeicherfrist** anstreben. Darüber kann man reden. Dennoch sollten wir das europäische Recht aber zunächst einmal endlich umsetzen, nicht zuletzt, weil ein Vertragsverletzungsverfahren droht.

Es klang ja schon an: Jetzt kommen die großen Zwischenrufe und das Lamento - Snowden, NSA, GCHQ und so weiter. Eine Lehre aus der NSA-Af-

(Dr. Axel Bernstein)

färe - und sicher nicht die unwichtigste - zum jetzigen Zeitpunkt ist doch, dass deutsche Dienste und Sicherheitsorgane offensichtlich nicht auf Augenhöhe unterwegs sind.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie bedauern, dass sie das nicht können!)

Das mag vielfältige Ursachen haben, aber der rechtliche Rahmen ist sicherlich einer dieser Ursachen. Das ist eine Situation, die für die drittgrößte Wirtschaftsnation der Welt unerträglich und schädlich ist. Das gilt nicht nur mit Blick auf die Möglichkeiten eigener **Informationsgewinnung** und **Spionageabwehr**, sondern es geht auch gerade um den **Schutz der Daten deutscher Bürger**. Nur wenn wir weitgehend auch von den Leistungen befreundeter Dienste unabhängig sind, können wir den Schutz der Daten unserer Bürger und unserer Unternehmen durchsetzen. Das Thema Vorratsdatenspeicherung spielt hier nur am Rande eine Rolle, Seine Bedeutung zur Verbrechensbekämpfung ist aber immerhin unter Fachleuten weitgehend unstritten.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenbemerkung, diesmal des Herrn Abgeordneten Torge Schmidt?

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Auch das.

Torge Schmidt [PIRATEN]: Herr Kollege Bernstein, habe ich Sie eben richtig verstanden, dass Sie auf die Daten der Vorratsdatenspeicherung auch Zugriffe von Geheimdiensten und Verfassungsschutz zulassen wollen?

- Ich habe versucht darzustellen, dass ich der Auffassung bin, dass wir nur dann den Einblick in unsere Daten, die wir zur Verbrechensbekämpfung, organisierten Kriminalität und Terrorabwehr in Deutschland brauchen, von befreundeten Diensten verhindern können, wenn wir dies weitestgehend selber regeln. Denn das ist ja in erster Linie nicht nur eine technische Frage. Das lässt sich regeln. Es ist eine Frage der Durchsetzung, ob man dann, wenn jemand einem Informationen liefert, die man selber nicht hat und eigentlich brauchte, Nein sagen kann. Gerade aus Gründen des Datenschutzes müssen wir das künftig können.

Zur eigentlichen Bedeutung der Verbrechensbekämpfung hat Herr Ziercke in diesem Haus alles Notwendige und Richtige gesagt. Für uns gilt nach

wie vor: Die Vorratsdatenspeicherung ist ein notwendiges Instrument zur Verbrechensbekämpfung. Den Antrag von PIRATEN und Regierungsfractionen lehnen wir konsequenterweise ab. Ich bin guten Mutes, dass sich die SPD auf Bundesebene unserem Kurs anschließen wird. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Kai Dolgner das Wort.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man lernt bei solchen Debatten ja immer noch dazu. Sollen wir als Reaktion auf die NSA-Affäre et cetera jetzt nachrüsten und die amerikanischen Bürger abhören? Wie kann ich das verstehen? An welcher Stelle hilft da die Vorratsdatenspeicherung, egal ob man sie will? Das Argument ist doch an dieser Stelle verquer,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN, SSW und Wolfgang Kubicki [FDP])

außer man möchte eine Art virtuelles Wettrüsten veranstalten, nach dem Motto: Die hören uns ab, und das ärgert uns, und darum hören wir die ab. Das ist Globalpolitik von vor 100 Jahren, bloß mit anderen Mitteln. Ich hoffe, dass wir bald darüber hinweg sind.

(Volker Dornquast [CDU]: Das hat doch nie jemand gesagt!)

- Ach, Herr Dornquast, lesen Sie es doch einfach nach.

Zunächst einmal möchte ich mich jedoch bei den PIRATEN bedanken, dass sie wieder einmal einen Teil unseres Koalitionsvertrags zur Abstimmung stellen.

(Beifall PIRATEN und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Ich kann hier ganz „piratig“ erklären: Wir haben noch 2.500 Zeilen nach. Wir sehen das mit den Urheberrechten auch nicht so genau. Da haben Sie die nächsten Jahre noch gut zu tun.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, unabhängig von dem Für und Wider der einzelnen Maßnahmen -

(Dr. Kai Dolgner)

darüber haben wir wirklich sehr ausführlich gesprochen -, die unter dem Sammelbegriff Vorratsdatenspeicherung fallen - noch einmal ein **grundsätzliches Problem** von **Datensammlungen** hervorzuheben. Es kommt in der ganzen Debatte zu kurz, und man hätte es aus der NSA-Affäre lernen können. Denn wer massenhaft anlass- und lückenlos Daten erhebt, muss auch immer einkalkulieren, was passiert, wenn diese Datensammlung in falsche Hände gerät. Dieses Problem ist viel älter als die vernetzte Welt. Das sicherlich dramatischste und bekannteste Beispiel ist die per Lochkartensystem erfasste Religionszugehörigkeit bei der Volkszählung 1936 in den Niederlanden. Sie hatte während der deutschen Besatzung schreckliche Folgen für die jüdische Bevölkerung.

(Zuruf: So ist das!)

Dies soll jetzt keine völlig unangebrachten **historischen Parallelen** ziehen, aber Sensibilität aus den Lehren der Vergangenheit ist trotzdem angebracht, vor allem, weil damals auch aufgrund der Weltlage intensiv davor gewarnt wurde, die Religionszugehörigkeit im Hollerith-System zu erfassen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Welches Land will uns denn jetzt besetzen?)

- Herr Kubicki, ich habe eben etwas zu historischen Vergleichen gesagt. Es geht um das Sensibilisieren. Man darf aus der Vergangenheit lernen, ohne immer gleich zu sagen, dass sich die Vergangenheit wiederholt. Man darf sensibel sein.

Übrigens ist unsere Verfassung aufgrund der damaligen Vorkommnisse aus vielen Gründen sensibel.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Daten sammeln ist aber auch gefährlich, wenn dies durch einen Rechtsstaat, der idealerweise die Grundrechte seiner Bürger schützt, passiert. Kein noch so guter Staat kann garantieren, dass sich Unbefugte nicht seiner Datensammlung bemächtigen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Die Regierung der USA hätte das zum Beispiel von Bradley Manning und Edward Snowden lernen können. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Militär- und Geheimdienstakten zur Veröffentlichung bestimmt waren. Trotzdem haben sie das Licht der Öffentlichkeit erblickt.

(Uli König [PIRATEN]: Überraschung!)

In der Abwägung mag es nun noch angehen, dass wir zentral erfassen und speichern, wer der Halter welches Fahrzeugs ist und dies mit einem pseudonymen Nummernschild kenntlich machen. Aus diesen **Daten** kann man aber auch schon **Rückschlüsse**, zum Beispiel zu den Vermögensverhältnissen, ziehen. Wer aber an Maut-Brücken erfasst und speichert, wer wann wo gewesen ist, sammelt Daten, mit denen Menschen, wenn sie in falsche Hände geraten, zum Beispiel erpressbar sind.

(Beifall PIRATEN)

Das halten Sie eventuell für weit hergeholt, aber vielleicht ist der Halter ja dort unterwegs, wovon seine Partnerin gar nichts erfahren soll. Was ist Ihnen Ihre Ehe wert?

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kollege Kubicki, dem einen mehr, dem anderen weniger. In einem „Zeit“-Interview hatten Sie einmal etwas zum Thema Ehe gesagt. Sie wollten nicht nach Berlin gehen, um Ihre Ehe nicht zu gefährden. Das hat sich seit dem Interview offensichtlich geändert.

Erpressbar ist man aber auch mit Daten, die nichts mit Straftaten zu tun haben. Grund können der Besuch eines Psychiaters, persönliche Schulden, eine Suchtproblematik, eine versteckte Beziehung oder eine schwere Krankheit sein.

(Beifall PIRATEN)

Selbst eine lästerliche SMS über einen Kabinettskollegen oder einen engen Mitarbeiter birgt das Potenzial, großen Schaden anzurichten. Das ist gerade in der Politik so. Man kann dies ins Lächerliche ziehen, aber ich biete Ihnen einen Service an: Geben Sie mir Ihr E-Mail- oder Ihr Handy-Passwort, und ich finde mit großer Sicherheit Informationen, die Sie nicht auf Facebook finden wollen. Das ist ungeachtet dessen, dass Sie hier alle sicherlich keine Straftäter sind.

Schon J. Edgar Hoover, der jahrzehntelang Direktor des FBI war, wusste, dass Informationen eine ungeheure Macht darstellen. Er hatte deshalb große Teile der amerikanischen Regierung durch persönliche Informationen in der Hand. Was glauben Sie, warum sich die NSA für Merkels Handy interessiert hat; aus Gründen der Terrorbekämpfung? - Vermutlich glaubt das nicht einmal Herr Pofalla. Herr Röttgen könnte hier vielleicht eine andere Meinung haben, aber okay. Wenn sich die Menschen nicht sicher sein können, dass ihre Parlamente, Regierungen und Entscheidungsträger nicht durch gesamt-

(Dr. Kai Dolgner)

melte Informationen erpressbar sind, dann ist das der Anfang vom Ende der Demokratie.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW)

Um nicht in billigen Antiamerikanismus abzugleiten, sage ich: Es gibt durchaus unappetitlichere Geheimdienste und Regierungen auf der Welt als die NSA und die USA.

(Beifall PIRATEN und Dr. Heiner Garg [FDP])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Bernstein?

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Ja, gern.

Dr. Axel Bernstein [CDU]: Lieber Kollege Dr. Dolgner, Ihre Ausführungen, die Sie gerade machen, sind nachvollziehbar. Ihre Position dazu ist bekannt. Was genau hat das jetzt mit der Vorratsdatenspeicherung zu tun?

- Wie viele Minuten habe ich für die Beantwortung?

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ihre Redezeit ist abgelaufen, aber die Antwort dürfen Sie natürlich ausführlich geben.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Meinen letzten Absatz möchte ich gern auch noch darbringen.

Herr Dr. Bernstein, die ganze Rede soll zeigen, dass man dann, wenn man Vorratsdaten speichert, davon ausgeht, dass nur Befugte Zugriff auf die gesammelten Daten haben. Bei der Vorratsdatenspeicherung wird immer gesagt, man habe nur mit richterlicher Anordnung Zugriff auf die gesammelten Daten. Sie haben gerade gezeigt, dass das, was ich eingangs sagte, notwendig ist. Wir müssen uns auch mit einem anderen Aspekt beschäftigen: Wer Daten sammelt, der muss eine Antwort auf die Frage haben, was passiert, wenn Unbefugte Zugriff auf die Daten bekommen.

(Beifall PIRATEN)

Wenn Sie den **Missbrauch von hochsensiblen Daten** sicher verhindern wollen, dann dürfen Sie die Daten gar nicht erst sammeln.

(Beifall SPD und PIRATEN)

Wir können uns lange darüber unterhalten, was hochsensible Daten sind. Es ist aber blauäugig, anzunehmen, dass man alles sammeln darf, solange man nur einen Richtervorbehalt dazu vorsieht. Herr Manning und Herr Snowden haben Daten veröffentlicht, die gesammelt worden sind, jedoch nie zur Veröffentlichung bestimmt waren. Das ist hofentlich der Fall. Ich gehe davon aus, dass der amerikanische Geheimdienst ein paar eigene Sicherheitsvorkehrungen hat. Deshalb ist es wichtig, zu verstehen, dass man gewisse Daten erst gar nicht sammeln sollte.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW)

Wenn man eine Infrastruktur schafft, um auf diese Daten zuzugreifen und diese über das Internet zugänglich macht, ohne dass die Provider dies kontrollieren können, dann wissen Sie nicht, ob zum Beispiel das BKA oder Hacker, die von einer Regierung beauftragt wurden, Zugriff nehmen, um zu sehen, wo Daten von Politikern, Anwälten oder sonstigen Entscheidungsträgern sind, die man sich zunutze machen könnte. Sie können das nicht garantieren. Der Provider kann das übrigens auch nicht feststellen. Das heißt, wir schaffen die Infrastruktur, diese Daten auch noch abzugreifen. Das, was Herr Hoover sich mühsam zusammensammeln musste, packen wir auf ein Tablett. Davor setzen wir ein Schloss und garantieren, dass dieses Schloss - abgesehen von den Befugten - von niemandem geöffnet werden kann. Dieses Schloss ist in der Vergangenheit mehrfach aufgemacht worden, und es wird auch in Zukunft aufgemacht werden. Das sollte man bedenken, bevor man sagt, diese Daten sollen gesammelt werden.

(Beifall SPD, PIRATEN und SSW)

Ich komme zu meinem letzten Satz. - Sie haben die Zeit weiterlaufen lassen? - Ich war immer noch bei der Beantwortung der Frage.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Nein, wir haben die Uhr erst wieder angestellt, als Herr Dr. Bernstein sich wieder hingesetzt hatte und zufrieden war.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Ich würde mich sehr freuen, wenn auch die Mehrheit des Europäischen Parlamentes dies endlich be-greifen und die entsprechende Richtlinie verändern oder aufheben würde.

(Dr. Kai Dolgner)

(Beifall PIRATEN)

Herr Dr. Bernstein, Sie müssten auch dafür sein, dass diese Richtlinie aufgehoben wird, denn Sie haben gesagt, Sie wollen dies national regeln. Das können wir momentan aber nicht. Das heißt, nach Ihrem Redebeitrag müssten Sie ebenso für die Aufhebung der Richtlinie sein. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Rasmus Andresen das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es handelt sich bei einer solchen **Speicherung** um einen besonders schweren Eingriff mit einer Streubreite, wie sie die Rechtsordnung bisher nicht kennt. Je nach Nutzung der Telekommunikation kann eine solche Speicherung die Erstellung aussagekräftiger **Persönlichkeits- und Bewegungsprofile** praktisch jeden Bürgers ermöglichen. Auch steigt das Risiko von Bürgern, weiteren Ermittlungen ausgesetzt zu werden, ohne selbst hierzu Anlass gegeben zu haben. Darüber hinaus verschärfen die **Missbrauchsmöglichkeiten**, die mit einer solchen Datensammlung verbunden sind, deren belastende Wirkung. Da die Speicherung und die Datenverwendung nicht bemerkt werden können, ist die anlasslose Speicherung von Telekommunikationsverkehrsdaten geeignet, ein diffus-bedrohliches Gefühl des Beobachtetseins hervorzurufen, was eine unbefangene Wahrnehmung der Grundrechte in vielen Bereichen beeinträchtigen kann.

Mit diesen Worten begründete das Bundesverfassungsgericht 2010 die **Verfassungswidrigkeit** der 2007 eingeführten **Vorratsdatenspeicherung**.

(Beifall PIRATEN)

Keines dieser Worte hat an Gültigkeit verloren. Ein diffus-bedrohliches Gefühl des Beobachtetseins; das ist ein Ausdruck, der in Anbetracht der Enthüllungen von Edward Snowden eine ganz neue Dimension erreicht. Als das Bundesverfassungsgericht 2010 zudem forderte, die sogenannte **Überwachungsgesamtrechnung** im Auge zu behalten, hat sich niemand vorstellen können, wie sehr diese aus allen Nähten platzen würde. Das Verfassungsge-

richt schreibt vor, dass einzelne Maßnahmen nicht nur für sich genommen verhältnismäßig sein müssen, sondern dass die Summe aller Überwachungsmaßnahmen zusammen keine Totalüberwachung der Bürgerinnen und Bürger ermöglichen darf. Die überwachungspolitische Belastung der Bürgerinnen und Bürger hat die Grenze des Zumutbaren längst überschritten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Es ist unsere Aufgabe, dies wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Mehr Datenschutz und weniger wirkungslose Sicherheitsgesetze sind unsere Antwort. Die Vorratsdatenspeicherung erfolgt anlasslos und willkürlich. Sie verstößt so eklatant gegen die im Grundgesetz verankerte Unschuldsvermutung und damit gegen eine der wichtigsten Grundlagen unseres Rechtsstaats. Wenn die Vorratsdatenspeicherung eingeführt würde, könnten wir das Kommunikationsgeheimnis und das Recht auf Privatsphäre komplett aus unserer Verfassung streichen.

Das war 2010 so, und so ist es auch heute noch. Darum haben wir uns bereits im Koalitionsvertrag eindeutig gegen jede Form der Vorratsdatenspeicherung ausgesprochen. Es ist an der Zeit, alles in unserer Macht Stehende zu tun und dafür zu sorgen, dass die Große Koalition in Berlin keine Koalition der großen Überwachungsmaßnahmen wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW)

Es ist deshalb gut, dass der absurde Vorschlag von Innenminister Friedrich zur Nutzung von Mautdaten zu Sicherheitszwecken vorerst gestoppt wurde.

(Beifall PIRATEN)

Aber Vorsicht, wer weiß, ob solche Vorschläge nicht wieder aus der Mottenkiste kommen, falls sich der Zeitgeist ändern sollte. Ein Innenminister, der von einem sogenannten Supergrundrecht Sicherheit fabuliert, beweist nicht nur juristischen Nachhilfebedarf, sondern auch, wie kopflos unsere Innenpolitik in Berlin betrieben wird.

(Beifall PIRATEN)

Wie befreiend wäre es, **Sicherheitspolitik** über **reale Gefährdungsanalysen** zu definieren und nicht über den Einzelfall, der für ideologische Schreckgespinste erhalten muss.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW)

(Rasmus Andresen)

Aktuelle **Sicherheitsgesetze** sollten aus unserer Sicht stärker **zeitlich befristet** werden, und eine **Evaluierungsfrist**, wie sie zum Beispiel von Rot-Grün nach dem 11. September 2001 im Land bereits praktiziert wurde, sollte zwingend vorgeschrieben werden. Es wäre unerträglich, wenn die Große Koalition die Vorratsdatenspeicherung einführen würde, während der größte Geheimdienstskandal aller Zeiten noch nicht einmal vollständig aufgeklärt ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PIRATEN)

Natürlich ist diese Debatte auch eine **europäische Debatte**. Deshalb ist es wichtig, dass die Bundesrepublik in der EU endlich ihre Rolle als Anwältin für Bürger- und Bürgerinnenrechte wahrnimmt. Der zivile Ungehorsam von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger darf nicht ins Gegenteil verkehrt werden. Wir brauchen eine mutige Zivilgesellschaft und in den Ländern Koalitionen aller politischer Couleur gegen diese Überwachungsmaßnahmen aus dem Bund. Deshalb steht unsere rot-grün-blaue Koalition geschlossen gegen die Vorratsdatenspeicherung. Deshalb würden wir Grüne gern noch einen Schritt weitergehen. Unsere gemeinsame Antwort auf die aktuellen Überwachungsskandale kann aus unserer Sicht nur lauten: mehr Freiheit. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter - -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Noch gibt es uns, Herr Präsident! Das war nun schon das zweite Mal!)

- Herr Fraktionsvorsitzender, Sie haben selbstverständlich das Wort für die FDP-Fraktion.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon 17 Uhr, und für den Präsidenten ist es manchmal sehr schwierig, die Sitzung von dort oben zu leiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Vorgehen der **US-amerikanischen und britischen Geheimdienste**, das in den vergangenen Wochen und Monaten vor allem durch die Enthüllungen von Edward Snowden zutage getreten ist, hat uns allen deutlich gemacht, dass die Bürgerinnen und Bürger

in der Bundesrepublik Deutschland effektiv geschützt werden müssen. Sie müssen geschützt werden vor einer anscheinend immer unkontrollierbarer werdenden **staatlichen Datensammelleidenschaft**, die die **Freiheitsrechte des Einzelnen** in nicht mehr vertretbarem Maße beschneidet.

Vor diesem Hintergrund müssen wir uns als politisch Verantwortliche folgende Fragen ernsthaft stellen: Was passiert, wenn wir kein deutliches politisches Signal geben, dass wir einen solchen Schnüffelstaat nicht wollen? Was passiert eigentlich, wenn wir politischen Bestrebungen nachgeben, die eine Ausweitung staatlichen Zugriffs auf relevante Daten fordern? Ich empfehle in diesem Zusammenhang allen Beteiligten, doch einmal nach Italien zu gucken und sich das System **Serpico** anzuschauen, das die **italienischen Finanzbehörden** aufgelegt haben, mit dem 2.000 Server den gesamten Geld- und sonstigen Fiskalfluss aller Beteiligten überprüfen und Kreditkartenabrechnungen, Bankkontenbewegungen, Grundbucheintragungen, Katastereintragungen, Mitgliedschaften in Vereinen daraufhin überprüft werden, ob es möglicherweise Abweichungen gegenüber öffentlichen Erklärungen gibt - mit der Maßgabe, dass automatisch ein Anfangsverdacht begründet wird, wenn im System etwas auffällt. Ich warne alle Beteiligten.

Was passiert eigentlich, wenn wir jeden Eingriff in die Persönlichkeitsrechte mit Angst rechtfertigen? Angst vor Kriminalität, Angst vor Terror oder auch Angst vor wirtschaftlicher Rückständigkeit?

Ich bin seit 43 Jahren in der Politik und seit 23 Jahren im Parlament und höre immer wieder, dass wir ständig unsere **Gesetze verschärfen** müssten, dass wir aufrüsten müssten, damit mehr Aufklärung stattfindet. Und, Herr Dudda, wir stellen fest: In der Summe ändert sich gar nichts. Wir müssen vielleicht einmal darüber nachdenken, ob diese Form der technischen Aufrüstung unter Umständen eine Ausweichreaktion darauf ist, dass die verantwortlich Handelnden nicht genug nachgedacht haben und einen Teil ihres Versagens erklären müssen.

(Beifall FDP, PIRATEN und Lars Harms [SSW])

Wir bekämen als Resultat einen anderen Staat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir bekommen einen Staat, der das individuelle Bedürfnis nach **größtmöglicher Freiheit** dem Wunsch nach **größtmöglicher kollektiver Sicherheit** unterordnet. Wir erhalten einen ängstlichen Staat, der versucht, sämtlichen Unwägbarkeiten des Lebens durch ein außerordentlich hohes Maß an Überwachung zu begegnen.

(Wolfgang Kubicki)

nen. Das ist ein Staat, den ich nicht haben will und den wir auch nicht haben wollen können.

(Beifall FDP und PIRATEN)

Erfreulicherweise hat das **Bundesverfassungsgericht** deutlich gemacht, dass der freiheitliche Charakter des Grundgesetzes eigentlich verhindert, am Ende in einem solchen Staat zu landen. In seinem Urteil zur **Vorratsdatenspeicherung** vom 2. März 2010 können wir unter Randnummer 218 - ich gebe das an, damit alle, die daran interessiert sind, dies nachlesen können - folgenden, im Grund beruhigenden Satz lesen:

„Dass die Freiheitswahrnehmung der Bürger nicht total erfasst und registriert werden darf, gehört zur verfassungsrechtlichen Identität der Bundesrepublik Deutschland, für deren Wahrung sich die Bundesrepublik in europäischen und internationalen Zusammenhängen einsetzen muss.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß nicht, ob Ihnen bekannt ist, dass die **europäische Datenschutzrichtlinie** aus dem Jahre 1995 stammt. Kann sich noch jemand daran erinnern, wie damals die Computer ausgesehen oder die Handys haben und welche Möglichkeiten damals in Relation zu heute zur Verfügung standen? Uns trennen Welten, Universen in der Frage der technischen Möglichkeiten. Deshalb ist hier eine dringende Überarbeitung nötig.

(Beifall FDP)

Wenn wir jetzt aber lesen müssen, dass sich die **Koalitionspartner** in spe, also Union und SPD, weitgehend einig sind, die Vorratsdatenspeicherung einzuführen, dann müssen wir uns schon fragen, warum das so ist. Sind die NSA-Affäre, das Ausspionieren des Kanzlerinnenhandys oder das Auskundschaften von EU-Gebäuden schon so lange her? War die Aufregung hierüber also bloß politische Folklore? Waren diese Enthüllungen nur für eine öffentlichkeitswirksame kurzfristige Empörung geeignet, die ohne jede inhaltliche Rechtfertigung war? Wenn das so gewesen sein sollte, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Sozialdemokraten, dann wäre dies erschütternd und kein Ruhmesblatt für Union und Sozialdemokraten insgesamt.

(Beifall FDP und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die FDP mag in der Regierung während der letzten vier Jahr nicht sehr viel bewirkt haben. Aber wir haben verhindert, Herr Kollege Dr. Dolgner, dass die Vorratsdatenspeicherung eingeführt worden ist.

Wir sind dafür beschimpft worden, haben aber trotzdem aus innerer Überzeugung dazu gestanden.

(Beifall FDP)

Ich gehe davon aus, dass die innere Überzeugung der Sozialdemokraten, die sich hier ja auch im Koalitionsvertrag niedergeschlagen hat, ihre Bewährungsprobe bestehen wird, wenn die Große Koalition in Berlin installiert sein wird. Ich erwarte von Ihnen entsprechende öffentliche Reaktionen.

(Beifall FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der jetzt vorliegende Antrag ist aus zwei Gründen für uns nicht zustimmungsfähig, obwohl wir im Grundsatz der gleichen Auffassung sind: Erstens habe ich mich gefragt, wer gemeint ist, wenn die Abgeordneten Schmidt, Dr. Dolgner, Andresen und Harms schreiben, „wir“ werden uns auf verschiedenen politischen Ebenen - auch der **Innenministerkonferenz** - gegen die Vorratsdatenspeicherung einsetzen. Ich habe bisher nicht gewusst, dass Sie alle bei der Innenministerkonferenz beteiligt sind. Soweit ich weiß, nehmen keine Mitglieder des Landtages mit Ausnahme von Herrn Breitner an der Innenministerkonferenz teil. Aber vielleicht sind das schon wieder zu viele Details.

Zweitens. Wir haben bereits einen inhaltlich sehr **ähnlichen Antrag** im parlamentarischen Verfahren - mit „wir“ meine ich jetzt die **FDP-Fraktion** -, nämlich den Änderungsantrag meiner Fraktion in der Drucksache 18/1075. Im Innenausschuss war vereinbart, dass die fachpolitischen Sprecher aus den verschiedenen Anträgen zur elektronischen Kommunikation einen gemeinsamen, überparteilichen Antrag formulieren, übrigens unter Federführung des Kollegen Dr. Dolgner. Dass Sie jetzt von diesem Verfahrensvorschlag abweichen, finden wir bemerkenswert.

Aus diesen beiden Gründen können wir dem Antrag formal nicht zustimmen, inhaltlich schon; das will ich ausdrücklich mitteilen. Aber es spricht auch nichts dagegen, dass wir uns vielleicht noch darauf verständigen, etwas Gemeinsames zu machen, damit in der Sache wirklich etwas bewirkt wird und ein eindeutiges Zeichen von Schleswig-Holstein ausgeht. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Dolgner?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Sehr gern, weil ich seinen Redebeitrag ausgesprochen amüsant und richtig fand.

(Beifall SPD)

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Herr Kollege Kubicki, abgesehen davon, dass es bei der Formulierung des Personalpronomens ein bisschen das Problem des Plagiiers gab - das habe ich am Anfang auch etwas süffisant anzumerken versucht -, sehe ich nicht, dass sich mit diesem Antrag der sich noch im Verfahren befindliche Antrag, der sich in der Hauptsache mit der Spähaffäre und den Auswirkungen beschäftigt, in irgendeiner Weise erledigt hätte.

(Beifall PIRATEN)

Abgesehen davon kann man ja auch Dinge wiederholen, wenn sie richtig sind.

- Bei Letzterem stimme ich Ihnen durchaus zu, obwohl Sie uns gelegentlich vorwerfen, dass wir Dinge wiederholen, obwohl sie richtig sind. Gleichwohl sind wir bereit, wenn wir die Geschichte mit dem „wir“ in der Innenministerkonferenz vielleicht noch ein bisschen glätten, dem Antrag zuzustimmen, damit wir ein eindeutiges Votum des Hauses bekommen. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Herr Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die **Vorratsdatenspeicherung** stellt einen massiven Eingriff in die **informationelle Selbstbestimmung des Menschen** dar und verletzt damit ein elementares Grundrecht, nämlich das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit oder, wie es der Psychoanalytiker Erich Fromm definierte, das höchste Ziel des menschlichen Lebens. Und genau dagegen richtet sich die Vorratsdatenspeicherung. Zudem hebt sie das **Telekommunikationsgeheimnis** aus, welches ebenfalls ein unverzichtbares Grundrecht des Menschen ist.

Welch enormer Nutzen müsste solch **drastischen Einschränkungen unserer Grundrechte** gegenüberstehen, um auch nur im Ansatz legitim sein zu können? Die Freiheit, ein sicheres Leben in

Deutschland zu führen? Das glaubt doch niemand wirklich. Wie kann der Verzicht auf Freiheit zugleich Grundlage für den Erhalt von Freiheit sein? Das ist doch absurd.

Es wird immer gern behauptet, durch Vorratsdatenspeicherung ließen sich wesentlich mehr **kriminelle Straftaten** aufklären. Eine vom Bundesjustizministerium beauftragte Max-Planck-Studie kommt jedoch zu einem anderen Schluss: Die Vorratsdatenspeicherung hat in keinem einzigen Punkt zu Veränderungen in den Aufklärungsraten geführt, stellt das Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht fest - bei Tötungsdelikten nicht, bei Raubüberfällen nicht, bei Cyberkriminalität nicht und auch bei Kinderpornografie nicht.

Es ist auch kein einziger Fall bekannt, in dem die Erhebung personenbezogener Daten zur Vereitelung eines geplanten Terroranschlags geführt hat. Das alles zeigt, dass es erst einmal überhaupt keinen sachlichen Grund gibt, der für die Vorratsdatenspeicherung spricht. Die nackten Tatsachen sprechen sogar eher für das Gegenteil. Die Studie belegt, dass es eben keinen positiven Effekt hätte, die Vorratsdatenspeicherung anzuwenden. Wenn es nachweislich keinen positiven Effekt gibt, dann fällt sozusagen die Geschäftsgrundlage für die Vorratsdatenspeicherung weg.

Hingegen darf man bezweifeln, wie sicher die Datenspeicherung vor Zugriffen Dritter ist. Wenn es noch nicht einmal möglich ist, die Kanzlerin effektiv vor dem Abfragen ihrer Verbindungsdaten zu schützen, was müssen dann alle anderen erst befürchten? Wie kann **Vertraulichkeit im elektronischen Datenverkehr** dann noch gewährleistet werden - in Arztpraxen, in Anwaltskanzleien, in Zeitungsredaktionen, in Wirtschaftsbetrieben, in der Politik und nicht zuletzt von Millionen heimischer PCs?

In diesem Land sollte auch weiterhin der Grundsatz gelten, dass personenbezogene Datenerhebungen erst dann aufgenommen werden, wenn es einen **be gründeten Anfangsverdacht** gibt. Die Vorratsdatenspeicherung stellt dieses Prinzip auf den Kopf. Sie stellt Millionen unschuldige Bürgerinnen und Bürger unter Generalverdacht - und das wohlge merkt ohne einen nachweisbaren Nutzen.

Außer Spesen also nichts gewesen, könnte man sagen, und das ist durchaus wörtlich gemeint; denn ironischerweise müssen die Menschen für ihre Überwachung ja auch noch selbst bezahlen. Die Telekommunikationsunternehmen bekommen schließlich keinen Cent für den Job als staatliche Erfül-

(Lars Harms)

lungsgelieferten und leiten die anfallenden Speicherkosten direkt an die Kunden weiter.

(Beifall PIRATEN)

Deshalb bleiben wir dabei: Was machbar ist, ist noch lange nicht richtig. Die Vorratsdatenspeicherung ist Unrecht am Menschen und gehört abgeschafft.

(Beifall SSW und PIRATEN)

Ich freue mich, dass die PIRATEN diesen wichtigen Abschnitt in unserem Koalitionsvertrag ausgemacht und in einen Antrag gegossen haben. Deswegen sind wir diesem ja auch beigetreten. So erhält insbesondere die CDU die Möglichkeit zu zeigen, ob sie dazugelernt hat, seit Whistleblower wie Edward Snowden dank vertraulicher Kommunikationsmöglichkeiten begonnen haben, das Ausmaß weltweiter elektronischer Überwachung aufzudecken. Allerdings habe ich nach der Rede des Kollegen Bernstein Zweifel daran, ob die CDU hier ihre Grundhaltung ändert.

Wir stehen an einem Scheideweg, der unsere Gesellschaft für immer verändern wird. Sollen wir jetzt aufrüsten oder uns für eine Abrüstung einsetzen? Unsere Antwort steht bereits im Koalitionsvertrag. Wir freuen uns über jeden Abgeordneten hier im Haus, der unsere Haltung über den vorliegenden Antrag unterstützt. Wir sind froh, dass wir hier eine breite Mehrheit für mehr Freiheit haben. Ich hoffe, dass wir jetzt eine Formulierung hinbekommen haben, die es auch der FDP ermöglicht, dem Antrag zuzustimmen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ja!)

Je breiter die Mehrheit, desto besser ist es. Was das angeht, muss ich sagen, sind wir ein klasse Parlament.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bevor wir zu den Dreiminutenbeiträgen kommen, kann ich schon einmal den geänderten Wortlaut verlesen:

„Die Vorratsdatenspeicherung ist ein hochproblematischer Eingriff in die Grundrechte. Deshalb werden wir uns auf Europa- und Bundesebene gegen jede Form der Vorratsdatenspeicherung einsetzen.“

Gestrichen sind die Worte „im Bundesrat“ und „der Innenministerkonferenz“. Ist das so richtig? - Ich

sehe Nicken bei der FDP und bei den Antragstellern. Dann ist die Fassung des Antrags für die weitere Diskussion klar.

Jetzt kommen wir zu den Dreiminutenbeiträgen. Zunächst hat der Abgeordnete Wolfgang Dudda von der Piratenfraktion das Wort.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Instrument des Dreiminutenbeitrags habe ich bisher erst zweimal genutzt. Ich nutze es ernsthaft; denn das Thema ist mir sehr wichtig. Es ist eine **Herzensangelegenheit**, und zwar nicht nur für mich, sondern für viele tausend Menschen, für die 34.000 Menschen, die in Karlsruhe erfolgreich geklagt haben, genauso wie für die Mitglieder der über 100 NGO, die auf Europaebene gegen die Vorratsdatenspeicherung vorgehen.

(Beifall PIRATEN)

All diese Menschen sind **überzeugte Demokraten** und keine Terroristen und Straftäter. Diese Menschen stehen hinter dem Staat. Sie engagieren sich für ihn, und sie verdienen unsere Anerkennung, weil sie sich Sorgen um die Demokratie machen. Sie haben es nicht verdient, unter Generalverdacht gesetzt zu werden, wie es die Vorratsdatenspeicherung vorsieht.

(Beifall PIRATEN)

Demokratie heißt nämlich auch, dass dem Einzelnen oder der Einzelnen **maximale Freiheitsräume** zugestanden werden, in denen sie frei und ungehindert kommunizieren und sich bewegen können. Wie nötig das ist, möchte ich einmal anhand eines Beispiels, das uns Deutschen besonders fremd sein mag, darstellen.

Als Anfang der 80er-Jahre in **Frankreich** überlegt wurde, den **fälschungssicheren Personalausweis** einzuführen, war die Mehrheit der Franzosen dagegen. Die Begründung finde ich total spannend und interessant; sie hat anarchische Züge. Die Franzosen haben gesagt: Wir können das nicht tun; denn wenn wir wieder besetzt werden, dann können wir keinen Widerstand leisten, weil wir unsere Ausweise nicht fälschen können. - So denken die Menschen in einem Land, das besetzt war. Wir Deutschen denken da anders. Wir sind eher die Besetzer gewesen und fühlen uns wohler, wenn wir uns mit der urdeutschen Eigenschaft, Bürokraten und Verwaltungs- und Staatshandeln blind zu vertrauen, betätigen.

(Wolfgang Dudda)

Wie unberechtigt dieser Blankoscheck für das Vertrauen ist, hat der Bericht aus dem NSU-Ausschuss ganz klar gezeigt.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt, es ist kein Misstrauen gegenüber der Polizei, aber einen Blankoscheck können wir nicht ausstellen.

Dann frage ich etwas, was historisch statthaft ist. Ich frage mich nämlich, ob es möglich gewesen wäre, dass die Mauer fällt, wenn die Stasi die Vorratsdatenspeicherung gehabt hätte. Stellen Sie sich das bitte einmal bis zu Ende vor. Das wäre nicht möglich gewesen.

Ein anderes Beispiel möchte ich Ihnen nennen. Wir waren gerade unterwegs mit Matthäus Weiß, der uns erklärt hat, dass Romanes eine Sprache ist, die man bewusst nicht in der Schule unterrichtet haben möchte; denn es muss eine letzte Möglichkeit geben, wie man sich verständigen kann, wenn es wieder einmal bedrohlich wird. - Das halte ich für sehr sinnvoll. Dieses Denken ist bei uns vorhanden. Die Vorratsdatenspeicherung passt zu diesem Denken und zu unserer Historie überhaupt nicht.

(Beifall PIRATEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es geht dabei - da haben Sie vollkommen recht, Herr Kubicki - um ein Instrument für die Polizei, das sie personell gar nicht ausreichend nutzen kann, weil sie nicht genug Personal hat. Ich will auch ganz klar sagen: Wenn ich als Ermittler solche Daten nutzen wollte und sauber ermittelt habe, dann habe ich das ratzfatz innerhalb von wenigen Stunden zusammen gehabt - aber dann mit einem begründeten Anfangsverdacht. Dann kann man es auch sauber einsetzen und muss dokumentieren, was man dort tut.

Die Datenverstöße hat Herr Dolgner dargestellt. Er hat klar gemacht, wie leicht man an Daten kommt. Schlösser sind dazu da, um aufgemacht zu werden, und nicht dazu, etwas zu beschützen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie bitte zum Ende.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Ja. - Eine durch die Vorratsdatenspeicherung pseudobehütete Gesellschaft ist nicht sicherer als eine ohne Vorratsdatenspeicherung. Das möchte ich auch sagen.

Wenn es mir gelungen ist, einige von Ihnen zum Nachdenken zu bringen, dann freut mich das. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag hat der Herr Abgeordnete Uli König von der Piratenfraktion das Wort.

Uli König [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir müssen gegen die Einführung der **Vorratsdatenspeicherung** in Deutschland kämpfen. Wenn wir unsere **Freiheit** aufgeben, um uns - vor wem auch immer - zu schützen, dann haben wir schon verloren.

(Beifall PIRATEN und SSW)

Zur Freiheit gehört auch ein **effektiver Datenschutz** und damit auch Datensparsamkeit. Kollege Dolgner hat das vorhin schon eindrucksvoll ausgeführt. Je mehr Daten erhoben werden, desto höher ist auch das Missbrauchsrisiko. Lassen Sie uns deshalb diese unsinnige Datenerhebung verhindern.

(Beifall PIRATEN)

Lars Harms hat es gerade schon ausgeführt: Die Vorratsdatenspeicherung ist **sehr teuer**. Daten müssen erhoben, sicher gespeichert und über Schnittstellen weitergeleitet werden. Das klingt erst einmal nicht teuer, ist es aber. 81 % der Bürger in Deutschland haben einen Internetzugang. Das ist oft mehr als ein Anschluss pro Person. Das sind ein Anschluss zu Hause, ein oder mehrere Smartphones und ein Anschluss auf der Arbeit. Jeder dieser Anschlüsse muss nun überwacht werden. Das kostet für Spezialsoft- und -hardware, die wir alle mit unseren Nutzungsgebühren bezahlen müssen, richtig viel Geld. Dieses Geld steht zum Beispiel für den Breitbandausbau nicht zur Verfügung.

In Österreich sind dies etwa 8 Millionen € pro Jahr. Auf Deutschland hochgerechnet reden wir hier von 80 Millionen € im Jahr. Für Schleswig-Holstein sind es 2,8 Millionen €. Das können sich alle ausrechnen. Stellen Sie sich einmal vor, wie lange wir über einen Haushaltsposten von 2,8 Millionen € diskutieren würden. Das ist richtig viel Geld.

(Beifall PIRATEN und SSW)

(Uli König)

Lassen Sie uns deshalb diese unsinnige Geldverschwendung verhindern.

(Beifall PIRATEN)

Stellen Sie sich einmal vor, wir würden in Deutschland pauschal alle 17 Milliarden Briefe und Postkarten, die pro Jahr versendet werden, überwachen, egal, ob aus dem Urlaub, vom Arzt, Anwalt oder von der Inkassofirma. Genau das soll im Wege der Vorratsdatenspeicherung geschehen, allerdings mit elektronischer Post. Lassen Sie uns deshalb diesen Angriff auf unsere Freiheit verhindern.

(Beifall PIRATEN und SSW)

Setzen Sie sich nachdrücklich gegen die Vorratsdatenspeicherung ein, und zwar nicht nur hier, sondern auf allen Ebenen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag hat der Herr Abgeordnete Dr. Patrick Breyer das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich mit meiner Rede an die Kolleginnen und Kollegen von der **CDU-Fraktion** wenden. Ich bitte jeden von Ihnen, sich wirklich zu überlegen, ob Sie es mit ihrem Gewissen vereinbaren können, dass zukünftig unterschiedslos sämtliche telefonischen und elektronischen Kontakte, sämtliche unserer Bewegungen und sämtliche unserer Internetidentitäten ins Blaue hinein gespeichert werden sollen. Ich erinnere daran, dass Ihre eigenen Kolleginnen und Kollegen im Bundestag sehr wohl ihr Gewissen geprüft haben und dass Bundestagsabgeordnete aus Schleswig-Holstein gegen dieses Gesetz gestimmt haben. Darauf können Sie ein Stück weit stolz sein.

(Beifall PIRATEN und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Öffentlichkeit ist zu Recht empört über Enthüllungen, dass ausländische Geheimdienste unsere Kommunikation flächendeckend und ohne jeden Anlass abfangen und erfassen. Im Kampf gegen diese **permanente Menschenrechtsverletzung** können wir doch jetzt nicht selbst anfangen, eine ungezielte Vorratsdatenspeicherung vorzunehmen. Eine so weitreichende **Registrierung des Verhaltens** der Menschen in ganz Schleswig-Holstein und Deutschland ist völlig inakzeptabel. Ohne Verdacht einer Straftat sollen In-

formationen über unsere sozialen Beziehungen, auch die Geschäftsbeziehungen, über unsere Bewegungen und über die individuelle Lebenssituation von 80 Millionen Bürgern in Deutschland gesammelt werden.

Dazu gehören Kontakte zu Ärzten, zu Rechtsanwälten, zu Psychologen und zu Beratungsstellen. Auf diese Art und Weise höhlt eine Vorratsdatenspeicherung das Anwaltsgeheimnis, das Arztgeheimnis, das Seelsorge-, Beratungs- und andere **Berufsgeheimnisse** aus. Sie begünstigt **Datenpannen und Missbrauch** und beschädigt den Schutz journalistischer Quellen im Kern. Sie beeinträchtigt dadurch insgesamt die **Funktionsbedingungen unserer Demokratie** in Deutschland.

Um noch ein Argument zu nennen: Repräsentativen Umfragen zufolge lehnen zwei von drei Menschen in Deutschland eine anlasslose Vorratsdatenspeicherung ab. Selbst unter den Anhängern von CDU und CSU wollen 56 % eine Speicherung nur bei Verdacht einer Straftat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie vertreten die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land. Bei dieser Entscheidung, bei der wir eine so breite Mehrheit im Hause bekommen könnten, ist es wichtig, dass Sie Ihr Gewissen prüfen. Von allen Überwachungsgesetzen stellt diese Vorratsdatenspeicherung die bisher größte Gefahr für unsere Privatsphäre dar, weil erstmals flächendeckend jeder Bürger, ob verdächtig oder nicht, erfasst werden soll.

Mit dieser grenzenlosen Logik, es könnte irgendwann einmal nützlich sein, wenn wir diesen Weg weiter gehen, wird es dahin kommen, dass wir in Schlafzimmern Videokameras aufbauen, weil da auch eine Straftat begangen werden könnte.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie bitte zum Ende!

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Diese Vorratslogik darf keinen Einzug bei uns halten. Deswegen appelliere ich an Sie: Lassen Sie uns gemeinsam diesen Wahnsinn verhindern! Es geht ums Ganze!

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Nun hat noch einmal der Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion, Wolfgang Kubicki, das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich noch einmal gemeldet, weil ein Argument des Kollegen König in der Debatte keine Rolle spielen sollte, nämlich die Frage der **Kosten**. Wenn ich es umdrehen würde, würde ich sagen: Wenn es preiswerter wird, darf man es machen - das kann nicht der richtige Weg sein. Unabhängig davon, was es kostet, selbst wenn wir es zum Nulltarif bekommen könnten, wäre es unangemessen und für mich nicht akzeptabel. Deshalb ist die Frage, ob das 8 Millionen €, 80 Millionen € oder 800 Millionen € kostet, nicht die richtige Fragestellung. Das war nur ein Teil meines Wortbeitrags.

Der zweite Teil: Sie alle produzieren Daten wie wild. Wir sollten darauf hinweisen, dass es auch unsere politische Aufgabe ist, gelegentlich den Menschen zu erklären, dass sie **sorgfältig** mit sich selbst und ihren **Daten umgehen** sollten. Smartphones werden jetzt angeboten. Sie können mit Fingerabdrücken entsperret werden.

Wenn Sie einmal Seminare beispielsweise des Chaos Computer Clubs besuchen, dann wird man Ihnen sagen, dass Sie diesen Fingerabdruck nicht nur elektronisch speichern können, sondern überall aufbringen können, wo Sie ihn aufbringen wollen. Wenn ich mir vorstelle, dass sich kriminelle Organisationen dieser Fingerabdrücke bemächtigen, dann: „Gute Nacht, Marie!“ Das hat übrigens mit der Frage zu tun, wie man anschließend kriminelle Straftaten aufgrund von Spurenlagen ermittelt, die elektronisch hergestellt werden konnten.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Kubicki, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Ja.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön, Herr Dr. Breyer.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Kollege Kubicki, zur Frage der Kosten: Sie und ich, uns ist egal, wie viel Vorratsdatenspeicherung kostet, wir sind auf jeden Fall dagegen. Aber die Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion argumentieren mit der **Sicherheit**. Würden Sie mir nicht zustimmen, dass, wenn wir sagen könnten, wie viel eine Vorratsdatenspeicherung kostet, und was wir

sonst mit dem Geld Sinnvolles machen könnten, wie viel Polizeibeamte wir damit beispielsweise auf die Straße bringen könnten, das ein wichtiges Argument gegen die Vorratsdatenspeicherung ist, weil sie völlig ineffizient ist?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Nein, es ist für mich überhaupt kein Argument, was es kostet. Wenn es für die CDU ein Argument wäre zu sagen, es kostet 800 Millionen €, dann stimmen sie zu, dass es nicht kommen soll, dann sagen wir: Es kostet 800 Millionen €!

(Heiterkeit - Beifall FDP, SPD, SSW und PIRATEN)

Verstehen Sie, es gibt ja Sicherheitsexperten in diesem Land. Die haben effektivere Maßnahmen, die nichts kosten, die wir, obwohl sie nichts kosten, aber nicht wollen, weil sie unserem Grundrechtsverständnis zuwiderlaufen. Folter will ich nicht. Es gibt Leute, die sagen: Folter ist sehr effizient - man kennt andere Beispiele -, das kostet kaum etwas. Aber es ist inakzeptabel. Deshalb ist das Kostenargument in der Frage des Schutzes von Rechten überhaupt kein Argument.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Kubicki, jetzt habe ich eine weitere Wortmeldung von Herrn Dr. Bernstein. - Bitte schön.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Mit besonderer Freude, Herr Kollege Bernstein.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Sie dürfen sprechen, Herr Dr. Bernstein.

Dr. Axel Bernstein [CDU]: Herr Kollege Kubicki, ist Ihnen von der Union oder der SPD, ganz egal, eine Forderung bekannt, dass Vorratsdatenspeicherung von staatlichen Stellen technisch bewerkstelligt werden sollte? Das wäre eine ganz interessante Frage im Zusammenhang mit den Kosten.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Mir ist momentan keine solche Forderung bekannt. Ich bin sicher, dass der nächste Schritt, Herr Bernstein, der sein wird, dass man den privaten Anbie-

(Wolfgang Kubicki)

tern der entsprechenden Telekommunikationsdienste auf Dauer nicht vertrauen darf, dass sie mit den Daten sorgfältig umgehen und dass das deshalb eine staatliche Behörde übernehmen muss. Wir hatten das übrigens und haben es nach wie vor im Finanzsektor bei der **Kontenabfrage**. Alle Konten werden noch einmal gespiegelt, bei der BaFin gehalten, weil man den Banken unter Umständen zutraut, im Rahmen ihrer eigenen Möglichkeiten Veränderungen herbeizuführen, die man nicht will. War das jetzt ordentlich beantwortet? - Gut.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, haben Sie Zeit und Lust für eine weitere Zwischenbemerkung oder -frage?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Ich habe Zeit und Lust auch.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön, Herr Abgeordneter Dr. Dolgner.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Herr Kollege Kubicki, würden Sie als Strafverteidiger zugestehen, dass es relativ egal für die Würdigung der eigentlichen Sache ist, ob man etwas in Auftrag gibt oder etwas selber macht?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Nein, da würde ich Ihnen nicht zustimmen. Vom Strafmaß her ist es identisch, weil der Anstifter wie ein Täter bestraft wird. Es gibt aber einen Unterschied zwischen einem Anstifter und einem Täter, Herr Dr. Dolgner. Der Täter ist derjenige, der handelt, der Anstifter ist derjenige, der den Täter zur Tat anstiftet. Insofern macht es einen Unterschied. Aber in der Rechtsfolge wäre es identisch. Und vom Unrechtsgehalt her wäre es auch identisch.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Noch eine Anmerkung?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Das war jetzt kostenlos, das Nächste ist gebührenpflichtig.

(Heiterkeit)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenbemerkung?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Ja.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Ist es in dem Zusammenhang, wenn wir so weit sind, bezogen auf die Anmerkung von Herrn Dr. Bernstein, nicht vollkommen egal, ob der Staat etwas selber macht oder etwas in Auftrag gibt?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Es ist im Prinzip die gleiche Frage, nur etwas anders formuliert. Sie bekommen von mir die gleiche Antwort. Es ist im Tatbestand ein Unterschied, in der Rechtsfolge identisch.

Was ich noch sagen wollte, ist: Warum habe ich gegen die Vorratsdatenspeicherung geklagt, übrigens Frau Leutheusser-Schnarrenberger auch? Es war ein Novum in der Geschichte Deutschlands, dass eine amtierende Justizministerin beim **Bundesverfassungsgericht** als Klägerin gegen ein Gesetz auftritt, das sie anschließend selbst nicht gerechtfertigt hat, sondern durch Mitarbeiter des Bundesjustizministeriums hat rechtfertigen lassen.

Jede kommunikative Beziehung kann aufgeheilt werden. Gerade **Berufsgeheimnisträger** wie Ärzte, Psychologen, Anwälte, Strafverteidiger und auch Journalisten stehen in der besonderen Gefahr, dass der Staat mit technischen Möglichkeiten etwas ins Werk setzt, was er rechtlich gar nicht darf.

Ich weiß nicht, ob Sie sich daran erinnern, dass das Bundeskriminalamt einmal die Durchsuchung von Redaktionsräumen erwirkt hat - Cicero. Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, das ist rechtswidrig. Das hat die Staatsanwaltschaft aber vorher nicht daran gehindert, das zu versuchen.

Was meinen Sie, was passieren würde, wenn man wissen will, ob Dienstgeheimnisse verraten worden sind? Man holt sich von einem Amtsgericht einen Beschlagnahme- oder Durchsuchungsbeschluss gegenüber den entsprechenden Anbietern, den Providern, und hat die Daten. Sie erfahren davon gar nichts, weil Sie gar nicht benachrichtigt werden. Das bedeutet, die Menschen sind urplötzlich Gegenstand eines Verfahrens, ohne dass sie unterrichtet werden, was man offen umgekehrt nicht machen könnte. Deshalb ist es hier in besonderer Weise gefährlich, weil es im **Hintergrund** passiert und damit jede Möglichkeit genommen wird, rechtzeitig

(Wolfgang Kubicki)

einzugreifen, damit der Staat sich nicht an eine Stelle setzt, die von Rechts wegen verboten ist. Deshalb müssen wir dafür Sorge tragen, dass dies nicht geschehen kann - eines der wesentlichen Argumente, warum man gegen die Vorratsdatenspeicherung antreten muss. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen aus dem Parlament liegen nicht vor. - Jetzt hat Herr Innenminister Andreas Breitner für die Landesregierung das Wort.

Andreas Breitner, Innenminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag gibt sehr genau die Formulierung des zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und dem SSW für die Legislaturperiode vereinbarten Koalitionsvertrags wieder. Dieser Koalitionsvertrag trägt auch meine Unterschrift.

Inhaltlich ist dem von mir nichts hinzuzufügen. Die vorbereiteten verfahrensrechtlichen Hinweise lasse ich weg. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. - Wir kommen jetzt zur Abstimmung, denn es wurde auch kein Überweisungsantrag gestellt. Ich lasse über die jetzige Form des Antrags abstimmen und nenne die Stellen, die sich geändert haben. Die Worte „im Bundesrat“ und „der Innenministerkonferenz“ werden in der zweiten und dritten Zeile gestrichen. Wer dieser geänderten Form des Antrags zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Zustimmung aller anderen Fraktionen und Abgeordneten so angenommen.

(Beifall PIRATEN)

Wir kommen nun zum letzten Tagesordnungspunkt für heute, nämlich zum Tagesordnungspunkt 34:

Initiative für eine wachstumsorientierte Mittelstandspolitik

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1309

Mittelstandspolitik durch qualitatives Wachstum und gute Rahmenbedingungen

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 18/1328

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete und Vorsitzende der CDU-Fraktion, Johannes Callsen.

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ministerpräsident dieses Landes spricht von „wachstumsorientierter Politik“, und er sieht zu, wie seine Regierungskoalition am laufenden Band **wirtschaftsfeindliche Gesetze** verabschiedet, die von den Unternehmen, wenn man sie fragt, als „Folterinstrumente“ empfunden und bezeichnet werden.

(Lachen Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie überziehen den Mittelstand mit Misstrauen, Bürokratie und finanziellen Belastungen. Tariftreue- und Vergabegesetz, Mindestlohngesetz, Mindestlohnregister, Erhöhung der Grunderwerbsteuer, Abwasserabgabe - die Liste der mittelstandsfeindlichen Gesetze und Verordnungen wird bei Ihnen immer länger.

(Beifall CDU)

SPD, Grüne und SSW haben in der Tat kein Konzept für mehr Arbeitsplätze; sie setzen nur ihre Ideologie durch. Genau deswegen sollte sich in diesem Land niemand wundern, wenn die positiven **Wachstumseffekte** von CDU und FDP jetzt von Rot-Grün-Blau zunehmend zunichte gemacht werden.

Erste Bremsspuren sind deutlich erkennbar. Die Zahl der **Arbeitslosen** ist im Vergleich zum Vorjahr um 4,4 % angestiegen. Die **Konjunkturwerte** der Kammern sind schlechter als 2011, zur Regierungszeit von CDU und FDP. Nur noch 33 % der Unternehmen bezeichnen ihre Geschäftslage als gut. Im Herbst 2011 waren das noch fast 45 %.

Bitter ist, wenn jetzt selbst die Agentur für Arbeit in Schleswig-Holstein von einem „ausgebremsten Aufschwung“ spricht. Stillstand am Arbeitsmarkt

(Johannes Callsen)

ist das Ergebnis rot-grün-blauer Politik in Schleswig-Holstein.

(Beifall CDU und FDP)

Die Menschen in diesem Land aber wollen eine gute Wirtschaftsentwicklung. Sie wollen mehr Arbeitsplätze. Sie wollen, dass ihre Familien wirtschaftlich abgesichert sind. Dafür brauchen wir eine neue Initiative für eine **wachstumsorientierte Mittelstandspolitik** ohne den bürokratischen Ballast aus Vergabegesetz, Mindestlohngesetz und Korruptionsregistergesetz.

Dazu gehören konkrete Maßnahmen zum Abbau des bürokratischen Aufwands für Mittelstand und Handwerk. Der Bericht des Ministerpräsidenten zum **Bürokratieabbau**, den wir in der letzten Landtagsdebatte miteinander besprochen haben, war ein einziges Armutszeugnis und zeigte, wie eine Chefsache von Herrn Albig wieder einmal zur Nullnummer wurde.

Jedes Unternehmen muss wachsen können. Erweiterungen und Neuansiedlungen müssen im neuen **Landesentwicklungsplan** genauso möglich sein wie im Landesentwicklungsplan von 2010, und zwar auch im ländlichen Raum.

(Beifall CDU und FDP)

Ich finde, es ist schon ein Alarmsignal für alle Handwerker und für alle Betriebe im ländlichen Raum, dass Sie in Ihrem Antrag mit keinem Wort auf diese Problematik eingehen und ein klares Bekenntnis zu diesen Mittelständlern verweigern.

(Beifall CDU und FDP)

Wir sollten alles tun, um Investitionen zu beschleunigen - ohne wettbewerbsverzerrende Umweltverträglichkeitsprüfungen, mit der Überprüfung bestehender und ohne neue Verbandsklagerechte.

Anstatt Schleswig-Holstein zum Spitzenreiter der Wirtschaftsentwicklung zu machen, wird unser Land unter Rot-Grün-Blau Spitzenreiter bei der **Grunderwerbsteuer**. Sie haben die höchsten Steuereinnahmen und kassieren trotzdem kräftig ab.

(Beifall CDU und FDP)

Mit diesen Steuererhöhungen erschweren Sie Betriebsansiedlungen und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Es ist bemerkenswert, dass auch die Zahl der Existenzgründer in diesem Land leider wieder zurückgeht. Gerade ihnen könnte die Anhebung der Kleinunternehmergrenze in unserem Umsatzsteuerrecht helfen.

Wir haben heute Nachmittag auch schon über die negativen Folgen Ihrer Sparkassenpolitik für die Finanzierung des Mittelstands diskutiert.

(Beifall CDU und FDP)

Wir wollen mit den Wirtschaftsverbänden über diese und weitere Vorschläge reden, damit wir gemeinsam zu mehr Wachstum in Schleswig-Holstein kommen. Wir haben bis 2005 bitter erfahren, wie sich rot-grüner Mehltau auf das Land legt und wie Arbeitsplätze vernichtet wurden.

(Lachen SPD - Zurufe SPD: Oh!)

Es war CDU-Politik, die gemeinsam mit der FDP in der letzten Wahlperiode dazu beigetragen hat, die Zahl der Arbeitslosen auf unter 100.000 zu senken.

(Beifall FDP - Lachen SPD)

Diese Erfolge dürfen jetzt nicht gefährdet werden. Ich beantrage Überweisung in den Wirtschaftsausschuss, damit wir über diese Vorschläge reden können. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Olaf Schulze das Wort.

Olaf Schulze [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das war wieder ein heißer Auftritt des Oppositionsführers. Er hat die ganzen alten Geschichten von früher her ausgeholt. Gestern haben Sie uns noch vorgeworfen, wir sollten nicht immer die alten Dinge von gestern oder vorgestern ausgraben und Schuldzuweisungen von früher bringen. Aber das, was Sie aus der Zeit vor 2005 herausgeholt haben, ist schon interessant. Wenn ich mir anschau, dass Sie vier Wirtschaftsminister innerhalb von sieben Jahren verbraucht haben, zeigt das schon, welche Wirtschaftspolitik Sie betreiben.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

- Deswegen muss man das auch noch einmal sagen.

Meine Damen und Herren, den ersten Absatz des Antrags der Kollegen von der CDU-Fraktion kann ich unterstützen.

(Beifall FDP und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

„Mittelstand und Handwerk sichern und schaffen in Schleswig-Holstein den weit

(Olaf Schulze)

überwiegenden Anteil der Arbeits- und Ausbildungsplätze und sichern wirtschaftliche Entwicklung in allen Teilen des Landes.“

Dazu können und sollten wir uns bekennen; das tun wir auch, Herr Callsen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auch die Wirtschaft will ganz überwiegend gute Arbeit, eine funktionierende Tarifautonomie, Dumping und Korruption bekämpfen sowie im Wettbewerb durch Qualität überzeugen. Der Ansatz des CDU-Antrags greift wie meistens zu kurz. Wer will, dass wirtschaftliches Wachstum die ganze Gesellschaft umfasst, darf sich nicht in Entlastungsforderungen erschöpfen, sondern muss dafür umfassender ansetzen.

(Beifall SPD und Flemming Meyer [SSW] - Dr. Heiner Garg [FDP]: Oh!)

Es kommt auf **gute Arbeit** an. Dabei geht es um den Grundsatz, dass man von seinem Arbeitseinkommen anständig leben kann. Gute Arbeit setzt bei Löhnen und Gehältern an, beim Zugang zu Ausbildung, Fortbildung und Weiterbildung, bei Arbeitsbedingungen, bei der sozialen Absicherung im Fall von Krankheit, Pflegebedürftigkeit oder Arbeitslosigkeit.

Wirtschaft ist kein Selbstzweck. Wirtschaft dient der Produktion und dem Tausch von Waren, der Erbringung und Inanspruchnahme von Dienstleistungen. Wirtschaft braucht unter anderem transparente und faire Regeln in Form von Gesetzen, die für alle gelten und die vom Staat auch durchgesetzt werden können. Herr Callsen, das ist wahre Wirtschaftspolitik.

(Johannes Callsen [CDU]: Genau!)

Welche Regeln dafür gelten, regelt in einer **sozialen Marktwirtschaft** nicht der Markt, sondern das ist eine der Aufgaben für die gewählten Abgeordneten in den Parlamenten des Bundes, der Länder, Europas und der Kommunen, also auch für uns.

(Beifall SSW)

In Schleswig-Holstein nehmen wir diese Aufgaben sehr ernst. Tariftreue, Mindestlohn und Register zum Schutz fairen Wettbewerbs beschreiben die Grenzen. Bei Dumpinglöhnen und Korruption hört bei uns der Spaß auf - die freie unternehmerische Entfaltung ebenso.

(Beifall SPD, SSW und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wer vor einigen Monaten noch geunkt hat - Sie tun das immer noch, weil Sie nicht mit den Menschen geredet haben; es hieß, unser schleswig-holsteinisches Tariftreuegesetz werde von einem Ungetüm von Verordnungen flankiert -, wird in diesen Tagen eines Besseren belehrt. Das durften jedenfalls die Wirtschaftsorganisationen feststellen, die zur Verordnung angehört wurden. Sie haben es Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sicher mitgeteilt. Es wäre schön gewesen, wenn Sie zugehört und das heute hier dargestellt hätten.

Die letzten großen Pannen wie der Ausfall der **Rader Hochbrücke** oder der **Stopp des A-20-Baus** sind nicht sozialdemokratischen Umsetzungsschwächen geschuldet, sondern - das wissen Sie - Baumängeln und zuletzt gravierenden Planungsmängeln aus Ihrer Regierungszeit. Leidtragende sind die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft. So geht es nicht weiter.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe)

- Ich weiß: Die Wahrheit ist manchmal hart. Dass Sie die nicht hören wollen, wissen wir auch.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Olaf Schulze [SPD]:

Selbstverständlich gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Dr. Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Herr Kollege, auch wenn Ihre Retrospektive auf die vier vergangenen Unionsverkehrsminister offensichtlich zum guten Ton dieser Landtagsdebatte gehört, würden Sie mir recht geben, dass keiner der vier für die Baumängel an der Rader Hochbrücke verantwortlich ist?

Olaf Schulze [SPD]:

Da würde ich Ihnen recht geben, dass keiner von ihnen für die Mängel verantwortlich ist. Es wäre jedoch schön gewesen, wenn der letzte Wirtschaftsminister früher gehandelt hätte. Dann hätte das, was jetzt behoben worden ist, früher erkannt werden können, und wir hätten früher handeln können. Das werfe ich ihm schon vor.

(Vereinzelter Beifall SPD - Zurufe CDU)

(Olaf Schulze)

Das alles war ja schon ein bisschen länger bekannt.

Die nächsten großen Herausforderungen liegen im **demografischen Wandel**, den wir so gestalten wollen, dass Menschen in Schleswig-Holstein davon profitieren, das heißt, die Menschen, die in diesem Land wohnen, die hier arbeiten und hier wirtschaften. Natürlich brauchen wir dafür gute Rahmenbedingungen. Das sind gerade **Investitionen** in die **Infrastruktur**. Anstelle nach Gutsherrenart Förderungen in Autohäuser zu stecken, müssen wir in ein gut ausgebautes Breitbandnetz in Schleswig-Holstein investieren.

(Vereinzelter Beifall SPD, PIRATEN und SSW)

Hierin stecken Chancen für unseren Mittelstand. Deshalb ist es richtig, dass die Küstenkoalition Mittel für eine **Breitbandoffensive** bündelt und viel Geld, rund 20 Millionen €, in die Hand nimmt. Wir müssen auch in neue Zukunftstechnologien, wie zum Beispiel die **Erneuerbaren Energien**, weiter investieren und helfen, hier die Spitzenposition zu halten.

(Lachen Dr. Heiner Garg [FDP])

- Ja, deshalb ist einer unserer Schwerpunkte auch die **Bildung**. Denn wenn wir dem demographischen Wandel Rechnung tragen wollen, brauchen wir Fachkräfte, die gut ausgebildet sind und so die Herausforderungen der Zukunft meistern können. Fachkräfte sind nämlich das Herzstück für unseren Mittelstand. Hier müssen wir ansetzen, und hier werden wir in Zukunft auch wesentlich mehr Geld investieren.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns den Herausforderungen einer modernen Wirtschaft von morgen stellen wollen, können wir dies nicht gegen die ökologischen Belange tun, sondern nur im Einklang mit einer **sozialen, ökologischen und finanziellen Nachhaltigkeit**.

Der Antrag der CDU erschöpft sich aber weitgehend darin, den Mittelstand auf Kosten der öffentlichen Hand von finanziellen und rechtlichen Belastungen freizustellen, nach der Devise: immer mehr Wirtschaftsförderung mit immer weniger Geld. Daran werden wir uns erinnern, wenn Sie uns im Dezember in der Haushaltsdebatte Schuldenpolitik vorwerfen werden.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie bitte zum Ende!

Olaf Schulze [SPD]:

Ich komme zum Ende. Sie können allerdings sicher sein, dass Minister Meyer der richtige Mann ist, wenn es darum geht, eine Balance zwischen Wirtschaft, Schutz der natürlichen Ressourcen und guter Arbeit mit geeigneten Maßnahmen zu flankieren. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der Fraktion der CDU ist keine Initiative für den Mittelstand, er ist die summarische Aufstellung zahlreicher Gesetze und Initiativen der Koalition verbunden mit der Aufforderung - wundert es? -, diese abzulehnen,

(Johannes Callsen [CDU]: Richtig!)

und das, nachdem bei diesen aufgezählten Gesetzen bereits ein komplettes parlamentarisches Verfahren durchlaufen worden ist, beziehungsweise diese schon im Verfahren stehen. Das Tariftreue- und Vergabegesetz ist verabschiedet; Sie haben Ihre Ablehnung öffentlich kundgetan und im Landtag dagegen gestimmt. Dasselbe gilt für das Korruptionsregistergesetz. Die Grunderwerbsteuer soll nach Ihrem Antrag nicht erhöht werden. Und so geht es weiter über Landesentwicklungsplanung, das Verbandsklagerecht und so weiter und so weiter. Mich wundert, dass Sie das Wasserabgabegesetz vergessen haben. Da scheint bei Ihnen ein technischer Fehler passiert zu sein.

(Serpil Midyatli [SPD]: Hat er!)

- Ach so, Entschuldigung, dann habe ich das übersehen.

Sie wollen Debatten, die längst gelaufen sind oder die an anderer Stelle in dem dafür vorgesehenen Rahmen zu führen sind, revitalisieren. Die CDU will ihre verlorenen Schlachten noch einmal kämpfen.

Sie wollen auch **öffentliche Einnahmen** nicht erhöhen, sondern sie senken. Eine Anhebung der Kleinunternehmensgrenze würde für Schleswig-Holstein circa 8 Millionen € Mindereinnahmen be-

(Detlef Matthiessen)

deuten, bei der derzeitigen Situation wären das zwangsläufig höhere Schulden.

Ihre Anträge, meine Damen und Herren von der CDU, sind nicht glaubwürdig. Manchmal ist es ja doch positiv, wenn man nicht erst seit dieser Legislaturperiode hier im Parlament Mitglied, sondern schon ein bisschen länger mit dabei ist. Ich kann mich noch an die Debatten um die Einführung der OWAG beziehungsweise die Erhöhung der GruWAG erinnern, bei denen die CDU hier wirklich quer über den Bänken hing - im Protest.

(Lars Harms [SSW]: Schöner Anblick!)

Was ist passiert? Haben Sie die OWAG wieder abgeschafft, nachdem Sie hier zwei Legislaturperioden regiert haben?

(Olaf Schulze [SPD]: Nein!)

Haben Sie die Erhöhung der GruWAG zurückgenommen, nachdem Sie hier zwei Legislaturperioden regiert haben?

(Lars Harms [SSW]: Nein!)

In der Opposition stehend hat die Abgeordnete Monika Heinold gefordert oder darauf aufmerksam gemacht, dass es landespolitisch vielleicht vernünftiger sein könnte, die Grunderwerbsteuer zu erhöhen.

(Wortmeldung Hartmut Hamerich [CDU] - Hartmut Hamerich [CDU]: Ich bin auch so laut genug, ich brauche das Mikro nicht!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das brauchen wir aber für das Protokoll. Bitte nehmen Sie ein anderes Mikrofon. - Entschuldigen Sie, Herr Abgeordneter. Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich war gerade dabei zu erzählen, dass die Abgeordnete Monika Heinold sich für eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer eingesetzt hatte. Was war? - Großer Protest der Regierungskoalition zum damaligen Zeitpunkt: Die Grünen würden ja wohl spinnen! Ich glaube, es war ein Vierteljahr später, als Sie dann selbst die Grunderwerbsteuer erhöht haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe CDU)

Im Lichte dieser Erfahrungen versinkt doch Ihr Antrag im Dunkel eines Mittelstandspopulismus.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter!

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sie mögen Ihren Antrag für einen besonders gelungenen Trick halten, Sie missbrauchen aber den Mittelstand für Ihre Machtspielchen.

(Widerspruch CDU)

Da spielen wir nicht mit, sondern wir werden Ihren Antrag ablehnen. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie noch eine Frage des Herrn Abgeordneten Hamerich?

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident, ich habe jetzt zwar noch einen erheblichen Teil meiner Redezeit übrig, aber damit ist das Thema auch wirklich abgeräumt.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Mehr Minuten oder auch Sekunden möchte ich ihm nicht opfern.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW] - Zurufe CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Dann hat für die FDP-Fraktion jetzt Herr Abgeordneter Oliver Kumbartzky das Wort. - Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn es nach uns geht, sollte Schleswig-Holstein das mittelstandsfreundlichste Bundesland werden.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und SPD)

- Nach euch auch, das freut mich.

(Oliver Kumbartzky)

Dazu müssen **Bürokratie abgebaut** sowie die **Infrastruktur** und die **Ausbildungsmöglichkeiten verbessert werden**. Die Wirtschaftsförderung ist zu optimieren, Wege in die Selbstständigkeit sind zu erleichtern, und es müssen bessere Rahmenbedingungen für nachhaltiges Wachstum geschaffen werden. Da geht der Antrag der CDU wirklich in die richtige Richtung. Wir begrüßen also den Antrag.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Im Vergleich zu dem Tagesordnungspunkt vorher schlagen wir uns hier wieder auf die Seite der CDU. Man kann das auch Lückenschlussverfahren nennen.

(Heiterkeit)

Wir werden dem Antrag zustimmen.

Denn in der Tat hat der Antrag recht, wenn in ihm geschrieben steht: Tariftreue- und Vergabegesetz, das Landesmindestlohngesetz und das Korruptionsregistergesetz schaden dem Handwerk und dem Mittelstand massiv.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] und vereinzelt CDU - Zuruf Olaf Schulze [SPD])

- Ja, bei dem Kollegen Callsen eben hat der Kollege Garg mehr geklatscht. Das wird noch besprochen werden.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, seit Beginn dieser Legislaturperiode glänzen die wirtschaftspolitischen Initiativen der regierungstragenden Fraktionen vor allem dadurch, dass Unternehmer unter Generalverdacht gestellt werden, dass die Verwaltungen Gesetze umsetzen müssen, die nicht handhabbar sind und dass jeder unternehmerische Eigeninitiative bereits zu Beginn die Lust genommen wird. Man könnte wirklich sagen: Sie kastrieren mit Ihrer Politik den Mittelstand.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] - Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Schon wieder kastrieren! Nein! - Heiterkeit)

Herr Schulze, ich wünschte mir, Sie hätten die Zeit, die Sie für Ihre Investitionsbremsegesetze aufgewendet haben, dafür verwendet, die **Rahmenbedingungen** für die **Wirtschaft** zu verbessern.

(Vereinzelter Beifall CDU - Dr. Heiner Garg [FDP]: Dafür hat er die Latte aber nicht zu hoch gehängt!)

Wenn ich mir Ihren schwachen **Änderungsantrag** anschau, kann man wirklich auf den Gedanken kommen: Na, vielleicht ist der Ministerpräsident bewusst in dieser Woche nach China geflogen, weil er sich für diesen Antrag so sehr schämt.

(Beifall FDP - Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Der Änderungsantrag beinhaltet einen ganz denkwürdigen Satz - ich zitiere ihn -:

„Der Schleswig-Holsteinische Landtag bittet die Landesregierung, im Land weiterhin gute Rahmenbedingungen zu schaffen und zu unterstützen, um Mittelstand und Handwerk zu stärken.“

- Bittet weiterhin! Ja, das ist doch Realsatire!

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Das kann doch nicht ernst gemeint sein, dass Sie bei den ganzen Gesetzen, die ich eben schon erwähnt habe, meinen, dass das gute Mittelstandspolitik sei.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Doch, das Schlimme ist, sie meinen das wirklich! - Zurufe SPD)

Fakt ist, Sie befinden sich auf einem wirtschaftspolitischen Blindflug, und die Warnungen des Mittelstandes werden konsequent ignoriert.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Es gab im März 2013 ein **Mittelstandsbarometer**, das war für Sie ein ganz scharfer Schuss vor den Bug. Vielleicht habe ich den eben von mir zitierten Satz aber auch falsch interpretiert. Man könnte ihn natürlich auch anders interpretieren. Schließlich bitten Sie die Landesregierung, dafür zu sorgen, dass gute Rahmenbedingungen geschaffen werden. Es könnte also auch eine Art Hilferuf an den Wirtschaftsminister sein, an den politischen Tatortreiniger, der es wieder richten und Ihre verkorksten Gesetze vielleicht nicht umsetzen oder andere Rahmenbedingungen schaffen soll, als Sie als Fraktion es getan haben.

(Beifall FDP - Lachen SPD)

Mir tut der Wirtschaftsminister des Öfteren wirklich leid.

(Serpil Midyatli [SPD]: Er sieht aber noch ganz gut aus, finde ich! - Weitere Zurufe SPD)

- Ja, ich glaube, wenn er allein ist, dann sieht er nicht mehr so glücklich aus.

(Oliver Kumbartzky)

(Heiterkeit)

So, weiter geht es. - Gerade der Wirtschaftsminister und auch Ihre Kabinettskolleginnen und -kollegen haben in ihren Stellungnahmen zum **Registergesetz** oder zum **Vergabegesetz** unüberhörbar um Hilfe gerufen. Aber auch diese Hilferufe haben Sie konsequent ignoriert. Jeder, der den Sozialstaat erhalten und zukunftsfest machen will, muss daran arbeiten, dass die Wirtschaft entsprechend wachsen kann. Mit Ihren Gesetzen kann die Wirtschaft nicht wachsen. Ich frage mich, wie wir die Schuldenbremse einhalten wollen, wie wir dem demografischen Wandel begegnen wollen, wie wir den Sozialstaat erhalten wollen, wenn wir nicht für Wachstum sorgen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Mit Zinssicherung!)

Ihr Ministerpräsident höchstpersönlich hat am 21. Januar dieses Jahres im Landtag erklärt, dass wir mehr Steuereinnahmen nicht über höhere Steuersätze, sondern über mehr Wachstum generieren können. Stärken Sie Ihrem Ministerpräsidenten den Rücken, unterstützen Sie **Initiativen für Wachstum** und **Fortschritt**, und ermöglichen Sie damit, dass das Wohlstandsniveau für alle Menschen in Ihrem Lieblingsland wieder wächst!

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, wenn Sie keinen Mut zum Konsolidieren haben und den **Haushalt** vor allem über Steuern und Abgabenerhöhungen und Kürzungen bei den Investitionen sanieren wollen, dann erzeugen Sie im Land keine Aufbruchstimmung. Mit Ihrem bisherigen Kurs in der Wirtschaftspolitik werden keine Investitionen ausgelöst und erst recht keine neuen Unternehmen angelockt. Auch das Lohnniveau wird nicht steigen. Vergessen Sie nicht Folgendes: Eine positive Wirtschaftsentwicklung führt zu mehr Chancengerechtigkeit und zu einer Gesundung der öffentlichen Kassen. Ich bitte Sie ganz herzlich: Wachen Sie einfach endlich auf!

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Dr. Patrick Breyer das Wort.

(Unruhe)

- Herr Abgeordneter Dr. Breyer, ich bitte Sie jetzt zum Mikrofon.

(Zurufe)

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Sehr verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebes Mikrofon!

(Heiterkeit)

Ein starker Mittelstand ist für unser Land wichtig und hat sich gerade in der Wirtschaftskrise bewährt. Deshalb ist Schleswig-Holstein recht gut durch die Krise gekommen.

Der **Antrag** der **CDU-Fraktion** kann trotzdem nicht die volle Zustimmung vonseiten der PIRATEN finden.

(Tobias Koch [CDU]: Die Hälfte reicht schon!)

Denn Ihre Kritik am Tariftreue- und Vergabegesetz, am Landesmindestlohngesetz und am Korruptionsregistergesetz ist nur in Teilen gerechtfertigt und geht im Übrigen zu weit. Vom Grundgedanken her sind **Tariftreue**, **Mindestlohn** und **Korruptionsregister** durchaus Instrumente, die wirtschaftsverträglich ausgestaltet und umgesetzt werden können. Wir haben dazu konkrete Vorschläge vorgelegt. Nur leider hat die Landesregierung diese Vorschläge nicht aufgegriffen. Insofern ist die Kritik durchaus berechtigt.

(Unruhe)

Da der **Antrag** der **Koalitionsfraktionen** die drei Gesetze, die Sie in sehr problematischer Form umgesetzt haben, völlig undifferenziert lobt, ist er ebenfalls nicht zustimmungsfähig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, Sie sprechen an, dass Bürokratie abgebaut werden müsse, verkennen aber, dass die Landesregierung doch recht wenig Einfluss auf den **Bürokratieaufwand der Unternehmen** hat. Hauptsächlich sind Bund und Europäische Union dafür verantwortlich. Im Übrigen glaube ich, dass man Bürokratie nicht durch ein Programm, das in sechs Monaten vorgelegt werden soll, reduzieren kann, sondern dass das ein kontinuierlicher Prozess sein muss. Deswegen habe ich schon mehrmals die Idee eines Normenkontrollrats ins Gespräch gebracht.

Die Piratenpartei teilt die in Ihrem Antrag zum Ausdruck kommende Ablehnung der **Grunderwerbsteuererhöhung**. Insbesondere ist aus meiner Sicht die geplante Verwendung der Mittel für allgemeine Haushaltszwecke zu kritisieren. Wenn Sie Mittel aus der Grunderwerbsteuererhöhung zum Beispiel verwenden würden, um auf der anderen Seite den Grunderwerb für Menschen zu fördern, die wirtschaftlich schlechtergestellt sind, könnte

(Dr. Patrick Breyer)

man die abschreckenden Effekte eher neutralisieren, oder wenn Sie die Mittel zum Abbau der Schulden verwenden würden. Aber nichts davon ist geplant und in Sicht.

Ihre Kritik am **Verbandsklagerecht** kann ich nur zurückweisen. Sie können Rechtsverstöße nicht dadurch heilen, dass Sie den Menschen einfach den Weg zu Gerichten abschneiden.

(Beifall PIRATEN und SPD)

Ebenso ist es richtig, dass die EU die **Umweltverträglichkeitsprüfungsrichtlinie** überarbeitet hat. Wir PIRATEN freuen uns sehr, dass hier erstmals Vorgaben zum Thema Fracking enthalten sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gestern Abend konnten wir im Fernsehen in einem Beitrag über geplanten Quarzabbau in Schleswig-Holstein wieder einmal sehen: Die **Industrie** gegen die Interessen der **Bürgerinnen** und **Bürger** in unserem Land durchzusetzen, funktioniert auf Dauer einfach nicht. Ein starker Mittelstand in Schleswig-Holstein kann von einem starken Umweltschutz durchaus profitieren. In Zeiten des Fachkräftemangels wissen wir, wie wichtig es ist, dass unser Land lebenswert ist, und die Natur in unserem Land trägt dazu bei.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Anhaltende Unruhe)

Die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner leben laut Glücksatlas 2013 am glücklichsten in ganz Deutschland, und darauf kann unser Land, auch unsere Wirtschaft, stolz sein.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Der **Mittelstand** mit seinen kleinen und mittleren Unternehmen ist das **Rückgrat der schleswig-holsteinischen Wirtschaft**. Er ist Impuls- und Ideengeber im Land, bildet Fachkräfte aus, sichert Arbeitsplätze und sichert die wirtschaftliche Entwicklung in allen Teilen des Landes. Der Mittelstand in Schleswig-Holstein zeichnet sich darüber hinaus durch seine Vielseitigkeit und Flexibilität aus.

Daher nehmen wir unsere Aufgabe ernst, wenn es darum geht, den Mittelstand bei uns im Land zu sichern, weiter zu unterstützen und weiterzuentwickeln.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dafür setzen wir die Rahmenbedingungen.

Wir setzen uns für eine funktionierende **Infrastruktur** ein, um Mobilität, Transport und Kommunikationstechnologie im Land zu gewährleisten und auszubauen. Wir bringen die **Bildung** im Land voran, indem wir auch den Schwächeren im Land eine echte Chance bieten. Niemand wird außen vor gelassen. Mit einer guten Ausbildung geben wir den jungen Menschen das Rüstzeug für ihr weiteres Leben und für einen guten Start ins Berufsleben an die Hand. Wir unterstützen **innovative Ideen** im Land und setzen dabei auf **Nachhaltigkeit**. Wir setzen den Rahmen für mehr **soziale Gerechtigkeit**, und wir wollen, dass Betriebe in einem fairen Wettbewerb existieren können.

(Beifall Olaf Schulze [SPD])

Dafür haben wir die Grundpfeiler gelegt und bei uns im Land ein Mindestlohngesetz, ein Tariftreugesetz und das Korruptionsregister auf den Weg gebracht. Wir wollen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in landeseigenen Betrieben, öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen sowie Zuwendungsempfänger künftig einen **fairen und existenzsichernden Lohn** bekommen.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Je nachdem wie die Verhandlungen in Berlin weiter verlaufen, bekommen wir demnächst womöglich eine entsprechende bundesweite Regelung.

Mit dem **Tariftreugesetz** sorgen wir dafür, dass unsere Betriebe eine Chance haben, den Zuschlag für einen öffentlichen Auftrag zu bekommen, ohne dass dies auf Kosten der Löhne geht.

(Beifall SSW und Olaf Schulze [SPD])

Mit dem **Korruptionsregister** werden unzuverlässige Unternehmen identifiziert, damit diese nicht von öffentlichen Aufträgen profitieren. Damit haben wir bundes- und EU-rechtskonforme Regelungen auf den Weg gebracht, zum Schutz unserer Unternehmen.

Nun möchte ich noch kurz auf einige Forderungen des CDU-Antrags eingehen. Bei der **Novellierung**

(Flemming Meyer)

des **LEP** soll allen Gemeinden ermöglicht werden, dass sich ortsansässige Betriebe erweitern können. Dagegen kann niemand etwas haben. Die Ansiedlung ortsangemessener Betriebe in allen Gemeinden zu ermöglichen, führt zu Kannibalismus unter den Gemeinden und zu einem unkontrollierten Wildwuchs von Gewerbegebieten. Das ist nicht gesund für die kommunale Ebene. Das kann nicht das Ziel einer übergeordneten Landesplanung sein.

Als ich gelesen habe, dass die Beschleunigung von Investitionsprojekten auf Kosten des **Verbandsklagerechts** vorangebracht werden soll, kam mir sofort das Urteil zur A 20 in den Sinn. Das Projekt wurde nicht gestoppt, weil es Verbandsklagerechte gibt, sondern weil seinerzeit - politisch motiviert - mehrere Faktoren außer Acht gelassen oder gar nicht erst geprüft wurden. Sowohl die naturschutzfachlichen Belange wie auch alternative Streckenführungen wurden nicht ausreichend berücksichtigt.

Hätte man dies seinerzeit entsprechend getan, stünden wir heute nicht mit diesem Urteil da.

Den **Abbau des Bürokratieaufwandes** bei kleinen Unternehmen und Freiberuflern durch die Anhebung der Kleinstunternehmergrenze voranzubringen, hat durchweg einen gewissen Charme. Das aber wäre nicht zum Nulltarif zu haben. Die Umsetzung einer solchen Forderung würde für Schleswig-Holstein Mindereinnahmen in Millionenhöhe bedeuten. Hier vermisste ich einen entsprechenden Gegenfinanzierungsvorschlag vonseiten der CDU.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sind alles keine tragfähigen Forderungen. Aus diesem Grund lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen aus dem Plenum sehe ich nicht. Dann hat jetzt der Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Herr Reinhard Meyer, das Wort.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Vielen Dank, Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor Kurzem hat sich der „Economist“ mit dem deutschen **Wirtschaftswunder** befasst. Die Überschrift lautete: „The German Mittelstand“. Schleswig-Holstein ist besonders geprägt vom Mit-

telstand. Wir haben viele „Hidden Champions“, die zeigen, dass der Mittelstand ganz elementar für die Wirtschaftsstruktur in Schleswig-Holstein ist. Ich bin nun seit 17 Monaten als Wirtschaftsminister im Amt und habe bereits viele Unternehmen in Schleswig-Holstein besucht. Ich erlebe selbstbewusste, flexible, regional verankerte Betriebe, die - häufig mit einem hohen Exportanteil - auf vielen Märkten unterwegs sind. Ich sehe dahinter Unternehmer mit großer regionaler Verantwortung, die gesellschaftlich aktiv sind, viele Arbeitsplätze schaffen und sichern, die nicht selbstzufrieden sind. Aber sie sind zufrieden mit dem, was wir als Landesregierung tun. Diese Unternehmer im Mittelstand prägen den Standort Schleswig-Holstein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Frage, die sich stellt, lautet natürlich: Was hilft dem Mittelstand? Wie kann Politik den Mittelstand unterstützen? Diese Frage ist in der Debatte auch schon gestellt worden. Dazu liegen nun zwei unterschiedliche Anträge vor. Natürlich glaube ich nicht, dass man sich für den Antrag der Regierungsfractionen schämen muss, die hier den allgemeinen Rahmen für Mittelstandspolitik setzen. Aber dieser allgemeine Rahmen muss natürlich auch ausgefüllt werden.

Beim CDU-Antrag fällt mir auf: Sie nennen, ohne dass es einen erkennbaren Zusammenhang gibt, wie ein Lobbyistenverein Einzelmaßnahmen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass dahinter ein Konzept steht, das Sie einfordern. Deshalb möchte ich Ihnen, auch wenn es jetzt schon spät ist, ein wenig von dem zeigen und Ihnen erläutern, was das **Konzept der Landesregierung für den Mittelstand** ist.

Wir wollen einen Mix aus aktiver Förderung und den richtigen Rahmenbedingungen; denn unser Ziel ist ganz klar und eindeutig: Wir wollen Wachstum und Arbeitsplätze für Schleswig-Holstein.

(Beifall Oliver Kumbartzky [FDP])

Da geht es mir um sechs Punkte.

Erstens. Wir wollen Strukturpolitik für Schleswig-Holstein, wir wollen den Blick auf das ganze Land richten. Uns geht es nicht darum, dass Kiel gegen Lübeck - oder umgekehrt - ausgespielt wird. Uns geht es nicht darum, dass wir mehr tun für die Metropolregion und weniger für den Rest - oder umgekehrt. Es geht stattdessen darum, Entwicklungsachsen zu definieren und weiterzuentwickeln, zum Beispiel entlang der Autobahnen, entlang der A 23, der

(Minister Reinhard Meyer)

A 7, der A 1. Uns geht es darum, Entwicklungsräume zu definieren und sie voranzubringen, übrigens auch und gerade im ländlichen Raum mit der **Westküsteninitiative**.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Oliver Kumbartzky [FDP]: Was ist das eigentlich? Gibt es das noch?)

Sie werden erleben, wie wir die Westküste voranbringen, und wir werden das auch mit Geld tun

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und mit klugen Programmen. Das wird die erste Landesregierung sein, deren Politik eine **regionalpolitische Komponente** hat und die den Blick auf die Westküste richtet. All das werden Sie erleben.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Hartmut Hamerich [CDU]: Wahnsinn!)

Das gehört zu einem Dachprogramm der EU-Fonds. Die Kollegin Spoorendonk wird Ihnen die **Wachstumsstrategie 2020** der Landesregierung morgen hier im Landtag vorstellen.

(Beifall Birgit Herdejürgen [SPD] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Der zweite Punkt. Wir wollen eine moderne und nachhaltige **Wirtschaftsförderung**. Wir wollen Tradition und Moderne verbinden und die Stärken des Landes Schleswig-Holstein weiterentwickeln. Aber das heißt in der Wirtschaftsförderung: keine Gießkannenförderung, dafür Konzentration auf wirkliche Schwerpunkte. Ich sage noch einmal auch in diesem Hause als jemand, der aus Mecklenburg-Vorpommern - Aufbau „Ost“ - kommt: Wir haben 1995 aufgehört, Autohäuser zu fördern. Ich habe diese Förderung hier in Schleswig-Holstein vorgefunden. Ich habe mich an der Stelle erschrocken, in welcher Breite hier Dinge gefördert wurden, ohne sich zu konzentrieren.

(Beifall SPD, SSW, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Oliver Kumbartzky [FDP])

Deswegen heißt **Konzentration der Wirtschaftsförderung**: Forschung und Entwicklung. Wir brauchen mehr **Innovation** für Schleswig-Holstein. Wir wollen das Thema energetische Optimierung gerade für Unternehmen in den Vordergrund rücken. Wir wollen die Modernisierung von Tourismusbetrieben, und wir wollen Investitionen mit Struktureffekten.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Das werden unsere Schwerpunkte für eine Wirtschaftsförderung sein.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Selbstverständlich gehört als dritter Punkt der Erhalt und die Sicherung der **Infrastruktur** dazu. Da sind wir uns schnell einig. Dafür können wir auch gemeinsam etwas tun, weil es nicht reichen wird, wenn wir als Land Schleswig-Holstein allein etwas dafür tun. Wir brauchen auch die Unterstützung vom Bund, ob bei Straßen, groß wie klein, bei der Schiene, bei Wasserwegen, bei Häfen. Natürlich können wir auch im Zusammenhang mit der Diskussion um die Freien Berufe - das habe ich gestern bereits angekündigt - mit der **Breitbandförderung** etwas tun. Das ist Zukunftsinfrastruktur für Schleswig-Holstein. Wir wollen Mobilität und Erreichbarkeit in der Infrastruktur als aktive Mittelstandsförderung.

Der vierte Punkt ist komplizierter: **Unternehmensfinanzierung und Steuerpolitik**. Ich glaube, wir müssen für den Mittelstand in Schleswig-Holstein dafür sorgen, dass wir uns auf **Basel III** vorbereiten. Wir haben dazu Informationsveranstaltungen angeboten. Das Interesse ist nicht allzu groß. Deswegen äußere ich auch hier die Bitte, dass wir diese Themen weiter beobachten; denn sie sind ganz wichtig für den Mittelstand. Dahinter steht auch die Skepsis der EU gegenüber einem **Drei-Säulen-System der Finanzierung** in Deutschland. Insbesondere die Sparkassen, die Volks- und Raiffeisenbanken und die Genossenschaftsbanken sind das Fundament unserer Mittelstandsförderung in Schleswig-Holstein, die müssen wir gemeinsam insbesondere vor Brüssel schützen.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben bei der Unternehmensfinanzierung - da danke ich all denjenigen, um auch über die Vergangenheit zu sprechen, die in der Vergangenheit dieses System aufgebaut haben - einen Standortvorteil im Zusammenspiel zwischen Investitionsbank, Mittelständischer Beteiligungsgesellschaft und Bürgerschaftsbank zusammen mit der WTSH. Das ist ein kluges Zusammenspiel, um den Mittelstand in Schleswig-Holstein zu unterstützen. Deswegen müssen wir sie weiter stärken.

Lassen Sie mich noch etwas zu den Steuergeschenken sagen, die hier unter anderem im Antrag der CDU gefordert werden, was die Kleinunternehmer

(Minister Reinhard Meyer)

angeht. Ich will Ihnen bei all den Forderungen, die auch Sie immer wieder im Interesse des Mittelstandes erheben - für Infrastruktur, für öffentliche Daseinsvorsorge -, deutlich sagen: Es ist nicht die Zeit für Steuergeschenke, und das werden Sie auch in Berlin bei den Koalitionsverhandlungen erleben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der fünfte Punkt: **Fachkräftegewinnung und -sicherung**. Das ist ein ganz wichtiger Punkt für den Mittelstand in Schleswig-Holstein. Die Fachkräfteinitiative ist ein breites Bündnis für den Mittelstand. Das neue Arbeitsmarktprogramm aus ESF-Mitteln für Schleswig-Holstein orientiert sich vor allem an dieser Frage der Fachkräftesicherung für die Zukunft unseres Landes. Das klare Ziel ist der erste Arbeitsmarkt. Das nutzt dem Mittelstand. Wir haben viele Maßnahmen gemeinsam vereinbart - von der Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit bis hin zum Thema Zuwanderung. Selbstverständlich gehört auch das Thema gute Arbeit dazu. Da will ich Ihnen nicht ersparen, was der OECD-Bericht für Deutschland in seiner jüngsten Ausgabe - eine Meldung im Handelsblatt von gestern - sagt, ein sinngemäßes Zitat des zuständigen Herrn Fuentes von der OECD für Deutschland: Wir - die OECD - meinen, dass ein allgemeinverbindlicher Mindestlohn, festgesetzt von einer unabhängigen Kommission, besser für Deutschland ist als das jetzige Verfahren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auch hier kommt aus berufenem Munde noch einmal der Hinweis. Dahinter steht natürlich auch politisch, was dem Mittelstand nützt: dass wir die Nachfrage in Deutschland weiterhin verbessern können.

Ich weiß, ich überziehe die Zeit, aber eine letzte Bemerkung mache ich, da Sie ein bisschen über das Konzept für Mittelstandspolitik in Schleswig-Holstein hören wollen: Wir brauchen ein **verbessertes Standortmarketing** für Schleswig-Holstein.

(Beifall Regina Poersch [SPD], Olaf Schulze [SPD] und Lars Harms [SSW])

Wir wollen Schleswig-Holstein und seine Stärken auch nach außen bekannter machen. Sie sind nämlich gar nicht so bekannt, wie wir hier im Land immer glauben. Wir wollen auch das Wir-Gefühl - einschließlich das des Mittelstandes - nach innen stärken. Jeder glückliche Schleswig-Holsteiner ist der beste Botschafter für dieses Land, wenn er außerhalb des Landes auftritt. Wir wollen auch mehr

Selbstbewusstsein schaffen. Der Mittelstand hat es. Das wollen wir nutzen. Wir wollen das Land nicht schlechtden. Wir wollen es besser machen.

Das ist die Mittelstandspolitik dieser Landesregierung, und das werden Sie alles in den nächsten Jahren erleben. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um 4 Minuten 40 Sekunden überzogen. Wenn noch Bedarf besteht - -

(Zuruf von der SPD: Geschenk! - Serpil Miyatli [SPD]: Besser geht es nicht!)

- Weitere Wortmeldungen liegen also nicht vor. Damit ist die Beratung abgeschlossen.

Die CDU-Fraktion hat beantragt, den Antrag in der Drucksache 18/1309 sowie den Änderungsantrag in der Drucksache 18/1328 als selbstständige Anträge dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer dem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der CDU-, der Piraten- und der FDP-Fraktion. Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Sehe ich nicht. Dann ist dieser Überweisungsantrag mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion der PIRATEN abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache. Es ist beantragt worden, über die Anträge in der Sache abzustimmen. Ich schlage abweichend von § 75 der Geschäftsordnung des Landtags vor, den Änderungsantrag - -

(Wortmeldung Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Bitte sehr!

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das machen Sie, glaube ich, schon, Herr Präsident: für selbstständig erklären!

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das wollte ich gerade sagen. Danke für den Hinweis. Ich schlage also vor, den Änderungsantrag zu einem selbstständigen Antrag zu erklären. - Wider-

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

spruch sehe ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 18/1309 abstimmen. Wer diesem CDU-Antrag zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW sowie der Fraktion der PIRATEN abgelehnt.

Nun kommen wir zu dem Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW in der Drucksache 18/1328. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Mit den Stimmen der SPD-

Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW ist dieser Antrag angenommen. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Damit schließe ich den Tagesordnungspunkt und die heutige Sitzung und wünsche allen einen angenehmen Abend und eine angenehme Nachtruhe.

Bis morgen früh um 10 Uhr; dann werde ich die Sitzung fortsetzen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:14 Uhr